Freitag, den 30. September 1921 | Einzelnummer 25 Pf. | 32. Jahrgang — Nr. 229

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.— Mk., auswärts 1.25 Mk., Anzeigen unter Text 3.— Mk., auswärts 3.75 Mk., Stellenangebote, Familienanzeigen 0.40 Mk., Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 0.40 Mk. Kleine Anzeigen pro Wort 0.60 Mk., das fette Wort 1.— Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4c6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und wird durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4c6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und durch alle Austräger zu beziehen. Wöchentlich 1.— Mk., monatlich 3.20 Mk., vierteljährlich 15.30 Mk. (einschließlich Bestellgebühr), durch die Post bezogen vierteljährlich 15.30 Mk. (ohne Bestellgebühr), frei ins Haus durch die Post = = = = monatlich 6.10 Mk., vierteljährlich 18.30 Mk. = = = = =

Schwierigkeiten der neuen Koalitionsbildung.

Die Regierungsumbildung.

Unser Berliner Büreau meldet:

Am Mittwoch abend hat bei dem Kanzler ein Abendessen mit politischen Führern stattgefunden. Natürlich hat man sich dort nicht nur über das Wetter unterhalten, sondern die Zusammenkunft hatte den Zweck einer unverbindlichen politischen Aussprache. Nach der ganzen Art der Zusammenkunft war die Unterhaltung vertraulicher Natur. Trotzdem ist die ganze Berliner Abendpresse vom Donnerstag mit Sensationsmeldungen über dieses „hochpolitische Abendessen" versehen. Den Vogel schießt die „Vossische Zeitung" ab, die unter der Ueberschrift „Die Koalition der Mitte gesichert" in allen Einzelheiten über den Verlauf des Abends unterrichtet sein will. Um diese Stimmungsmanöver zu durchkreuzen, teilen wir auf Grund genauer Kenntnis der Vorgänge mit, daß die ganzen Meldungen der „Voß" auf Erfindung beruhen. Es ist unrichtig, daß am morgigen Sonnabend der Schlußstein zu der Umgestaltung des Reichskabinetts mit der nach rechts erweiterten Koalition gelegt werden wird. Die Verhandlungen sind bisher in nichts gefördert worden. Lächerlich ist natürlich die Behauptung, daß man der Deutschen Volkspartei das Reichsfinanzministerium, den Vizekanzler und wer weiß noch was übertragen wolle, während der jetzige Vizekanzler Bauer sich auf das Reichsschatzministerium beschränken wolle. Es ist an dem Abend beim Reichskanzler überhaupt nicht über Personalien gesprochen worden. Am richtigsten beurteilt das „Berliner Tageblatt" die Lage, wenn es schreibt, daß man in der Sozialdemokratie die Lage nicht besonders optimistisch beurteile. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird sich erst am heutigen Freitag abend mit der Regierungsumbildung beschäftigen. Nach wie vor ist für unsere Partei die Stellung der Deutschen Volkspartei zur Republik und zur Steuerfrage entscheidend. Ohne völlige Klärung dieser beiden Fragen kann eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei überhaupt nicht in Erwägung gezogen werden.

Es bleibt auch dabei, daß uns eine Erweiterung der Regierung nach links viel lieber ist, als nach rechts. Die Unabhängigen täuschen sich, wenn sie in ihrer Presse es so darstellen, als sei es uns mit den Angeboten an die USP. nicht recht ernst. Nichts ist uns ernster als der Wunsch, daß die Unabhängigen mit uns zusammen den sozialistischen Einfluß in der Regierung verstärken. Es wäre ein Segen für die deutsche Politik, ein hochbedeutsames Ereignis für die deutsche und die internationale Arbeiterklasse, wenn die USP. ganz allgemein zu der Ueberzeugung sich durchränge, die ein Teil ihrer besten Führer innerlich längst hat, nämlich daß sie zur Sicherung der Republik und zur Erlangung möglichster Vorteile für das Proletariat in die Regierung eintreten muß. Wagt die USP. das nicht, so verstärkt sie die Position der Deutschen Volkspartei und ladet eine furchtbare Verantwortung auf sich.

Die Neubildung des Kabinetts in Preußen

ist entgegen bürgerlichen Meldungen überhaupt noch nicht in das Stadium der Verhandlungen eingetreten. Wenn zahlreiche Zeitungsnachrichten als sozialistische Ministerkandidaten benennen: Severing für Inneres, Braun für Wohlfahrt und Prof. Radbruch für Justiz, so braucht man nicht zu leugnen, daß wohl jeder Sozialdemokrat im Falle eines Eintritts unserer Partei in die Regierung diese bewährten Männer gerne auf solchen Posten sehen möchte. Für die Reichstagsfraktion wäre die Uebernahme eines preußischen Ministerpostens durch Radbruch ein großer Verlust.

Die Berliner Parteigenossen gegen den Görlitzer Beschluß.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Die Berliner Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei nahmen am Donnerstag Abend Stellung zu dem Ergebnis des Görlitzer Parteitages. Als Referenten waren die Genossen Franz Krüger und Ströbel, die über die Koalitionsfrage geteilte Ansichten vertreten, vorgesehen. Krüger wies nach, warum die Görlitzer Taktik eingeschlagen wurde, betonte aber ausdrücklich, daß, solange die Deutsche Volkspartei monarchistische Propaganda treibt, sie die Verwaltung sabotiert und solange sie keine ehrliche republikanische Politik treibt, uns gestohlen bleiben könne. Würden die Unabhängigen auch weiterhin an ihrer Abstinenzpolitik festhalten und den Eintritt in die Reichsregierung vorläufig noch ablehnen, dann wäre die Frage der Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung nie aufgeworfen worden. Ströbel spricht gegen das Zusammenarbeiten zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei, obwohl auch er durchaus nicht verkennt, daß eine Koalierung mit der Deutschen Volkspartei gewisse Vorteile bringt. Dennoch aber lehne er die nach rechts erweiterte Koalition ab, zumal sich zweifellos in Gemeinschaft mit Zentrum und Demokraten wenig habe durchsetzen lassen und noch weniger erreicht werden würde, wenn der Bremsklotz der Volksaprtei noch hinzukommt. Nach eingehender Debatte gelangte eine Resolution der Ortsgruppe Steglitz mit zwei Drittel Mehrheit zur Annahme, die eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ablehnt. Die Resolution Stampfer-Heinig, die den Görlitzer Beschluß grundsätzlich anerkennt und im übrigen dem Parteivorstand freie Hand geben will, wurde mit drei Fünftel Mehrheit abgelehnt. In der Versammlung wurden u. a. auch eine ganze Reihe Resolutionen eingereicht, die Verhandlungen des Parteivorstandes mit den Unabhängigen fordern.

Konferenz der Parteiredakteure.

Im Reichstage war am Donnerstag eine stark besuchte Sitzung der politischen Redakteure unserer Partei aus dem ganzen Reiche versammelt. Der Görlitzer Parteitag und die Taktik der Partei in der gegenwärtigen politischen Lage waren Gegenstand einer langen sachlichen und kameradschaftlichen Aussprache. Der Verlauf der Konferenz war ein Beweis für die innere Geschlossenheit unserer Partei, die unvermeidliche Meinungsverschiedenheiten über eine taktische Situation durchaus vertragen kann.

Eingehend wurde auch über den Ausbau unserer Berichterstattung aus Berlin gesprochen. Die Gründung unseres Telegraphenbüros „Soz. Parlamentsdienst G. m. b. H." wurde lebhaft begrüßt. Das Unternehmen ist finanziell, technisch und redaktionell durchaus gesichert und hat schon jetzt den Einfluß der bürgerlichen Telegraphenbüros auf unsere Parteipresse weit zurückgedrängt. Die große Mehrzahl der sozialistischen Zeitungen, darunter natürlich auch die „Volkswacht", ist dem „Soz. Parlamentsdienst" angeschlossen. Das Büro siedelt am 1. Oktober in den „Vorwärts" über und wird dort seinen Dienst in vergrößertem Maßstabe fortsetzen.

Der Reichsverband für die Rathenausche Wiedergutmachungsorganisation.

Nach einer lebhaften Diskussion über die Organisation der Leistungsverbände, an der sich auch Regierungskommissar Bakoß, der Nachfolger Guggenheimers, beteiligte, wurde auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in München laut Abendblättern über die Stellung der Industrie zu den Leistungsverbänden eine Resolution angenommen, in der es heißt: Der Reichsverband der deutschen Industrie erklärt sich grundsätzlich bereit, nach allen Kräften die Regierung bei der Durchführung der Sachleistungen für die Wiedergutmachung zu unterstützen. Diese Sachleistungen werden nach Möglichkeit in freier Vereinbarung aufzubringen sein. Soweit die Bildung von Leistungsverbänden notwendig werden sollte, wird sie freiwillig erfolgen müssen. Auch da, wo man die zwangsweise Billigung von Leistungsverbänden nicht glaubt umgehen zu können, ist sie ausdrücklich auf den einzigen Zweck der Sachleistungen für den Wiederaufbau zu beschränken, ohne sie mit anderen, insbesonderen sozialpolitischen Bestimmungen, zu belasten. Nach Annahme der Resolution begann die Diskussion über die Finanzfrage.

* * *

Im Verlaufe der heutigen Schlußsitzung hat der Reichsverband der deutschen Industrie eine Entschließung angenommen, derzufolge Präsidium und Vorstand des Verbandes der Reichsregierung folgendes erklären: Die Industrie ist zu Verhandlungen darüber bereit, wie unter Ausnutzung des Kredits, den sie im Ausland genießt, der Reichsregierung Gold oder Devisen zur Verfügung gestellt werden können. Die Voraussetzung dabei ist, daß die übrigen Kreise der Wirtschaft: Landwirtschaft, Handel, Banken und Bankiers in gleicher Weise sich betätigen und daß unverzüglich wirksame Maßnahmen durchgeführt werden, die die jetzige Finanzwirtschaft als den Kredit des Reiches und der Privatwirtschaft untergrabend beseitigen.

Eine Erklärung des Reichskanzlers über OS.

Den Blättern zufolge wird zu Beginn der heutigen Reichstagssitzung der Reichskanzler eine Erklärung über Oberschlesien abgeben. Hierauf erfolgt die Begründung der beiden Anträge auf Aufhebung der Ausnahmeverordnung durch die Antragsteller, worauf der Reichskanzler antworten wird.

Das Reichskabinett

beschäftigte sich am Donnerstag außer mit geschäftsordnungsmäßigen Angelegenheiten auch mit der heutigen Reichstagssitzung, in der bekanntlich die deutschnationalen Anträge zur Debatte stehen. Der Reichskanzler wird die Stellungnahme der Reichsregierung zur Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten selbst begründen. Es ist anzunehmen, daß nach ihm auch noch der Reichsminister des Innern und der Reichsjustizminister das Wort nehmen.

Der Auswärtige Ausschuß für den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit dem deutsch-amerikanischen Friedensvertrag. Die Sitzung wurde als vertraulich erklärt. Nach vierstündiger Aussprache beschloß der Ausschuß auf Anregung des Vorsitzenden Dr. Stresemann, dem Reichstag, der den Vertrag heute besprechen wird, die Zustimmung zu dem Gesetz über den am 25. August 1921 vereinbarten deutsch-amerikanischen Friedensvertrag zur Regelung der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu empfehlen.

Der Zug nach links.

Der Präsident des hessischen Landesamtes (Schulministerium) Dr. Strecker hat an den Staatspräsidenten und an den Vorstand der Demokratischen Partei Hessens einen Brief gerichtet, in dem er seinen Austritt aus der Demokratischen Partei und seinen Uebertritt zur Sozialdemokratie bekanntgibt. Dr. Strecker teilt mit, daß er diesen Schritt lange überlegt hat und erst durch die in letzter Zeit in der Schweiz gewonnenen Eindrücke den lang gehegten Entschluß faßte. Wen die Demokratische Partei an seine Stelle in das Ministerium entsenden wird, ist bisher unbestimmt. Jedenfalls aber wird ein Wechsel im Parteiverhältnis innerhalb des Ministeriums nicht eintreten.

Der neue deutsche Gesandte in der Tschechoslowakei.

Laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung" ist nunmehr die Ernennung des bisherigen sächsischen Gesandten in Berlin, Dr. Koch, zum deutschen Gesandten in Prag erfolgt. Dr. Koch wird, nachdem die tschechoslowakische Regierung das Agrement erteilt hat, voraussichtlich am 15. Oktober seinen neuen Posten beziehen.

Heraus aus dem Wohnungselend! Hinein ins Paradies!

Von H. Peus-Dessau.

Es ist für die Sozialdemokratie von allergrößter Wichtigkeit, daß sie eine ideale Lösung der Wohnungsfrage jetzt herbeiführe, jetzt in dem Sinne, daß unmittelbar heute damit begonnen wird, das ideale Gartenheim zu schaffen, und daß jeder sich sagen kann, auch er komme dazu, wenn er die von ihm mit Recht zu fordernden persönlichen Anforderungen erfülle, und soweit für die Gesamtheit dafür überhaupt eine technische Möglichkeit bestehe.

Keine Mietskaserne mehr!

muß die Losung sein. An denen, die wir haben, haben wir genau so viel zu viel, als überhaupt existieren. Jedes neue Haus sei ein Kleinhaus mit Garten, am besten das Einfamilienhaus mit Garten. Wir hätten dafür keinen Platz? Papperlapapp! Ihr habt noch nie gerechnet. Auf einem Kreise, der um Berlin herum mit dem Radius Berlin-Potsdam liegt, wohnen 1 Million Familien auf 30 Millionen Quadratmeter Fläche. Gebt jeder dieser 1 Million Familien, ich sage jeder dieser in den zahllosen Mietskasernen zusammengepferchten Familien, 1000 Quadratmeter Fläche, 100 Quadratmeter fürs Haus und 900 Quadratmeter für den Garten, und ihr behaltet noch zwei Drittel der Fläche dieses Kreises übrig für Flüsse, Straßen, Plätze, Wälder und öffentliche Gebäude. Welches Nahrungsquantum würde diese Million Familien aber in ihren Gärten von 900 Quadratmeter wachsen machen, wieviel Obst, wieviel Gemüse, spielenderweise! Gewiß, was da steht als Mietskaserne muß auch weiter verbraucht werden. Nur aber keine neue Mietskaserne. Baut rund um die Stadt herum, wie es erfreulicherweise der Oberbürgermeister Wagner von Breslau auf dem ersten Schlesischen Heimstättentag sagte, einen

Kranz von Gartenheimen,

von idealen Wohnungen, die ein Paradies auf Erden bedeuten. Bedenkt doch, wie die moderne Technik die geräumige Bauweise begünstigt. Da ist das Telephon, das unzählbare persönliche Zusammenkünfte überflüssig macht. Da ist das Fahrrad, das die Entfernungen gewaltig abkürzt, das Motorrad tut es noch besser. Und für den Wohlhabenden spielt das Automobil diese Rolle in noch viel höherem Grade. Straßenbahn und Eisenbahn sind auch noch nicht auf dem Gipfel ihrer Entwicklung angelangt. Es besteht also gar kein Grund, auf die geräumige Wohnweise im Garten zu verzichten. Sie ist technisch möglich und muß sozial, wirtschaftlich und finanziell durchgeführt werden.

Die Sozialdemokratie muß das leisten. Ich meine damit nicht nur die S. P. D. Alle drei oder zwei Arbeiterparteien, die ganze Arbeiterschaft, muß sich zu dem Zweck fest zusammenschließen. Hier gilt es, absolut einig zu sein gegen das Grundstückspekulantentum, dies 1 Prozent der Bevölkerung, von dem sich dummerweise die übrigen 99 Prozent bisher ausbeuten lassen. Die Sozialdemokratie, die Arbeiterklasse, findet ja dabei auch noch Verbündete im Bürgertum, demjenigen Teile des Bürgertumes, das sich von Adolf Damaschke zur Bodenreform führen läßt. Der Teil kann vielfach zu unseren Gunsten ausschlaggebend werden. In Artikel 155 der Weimarer Verfassung hat das schon seinen Ausdruck gefunden. Man kann diesen Artikel gar nicht oft genug bekannt machen. Er lautet:

Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhütet und dem Ziele zustrebt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu sichern. Kriegsteilnehmer sind bei dem zu schaffenden Heimstättenrecht besonders zu berücksichtigen.

Grundbesitz, dessen Erwerb zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses, zur Förderung der Siedlung und Urbarmachung oder zur Hebung der Landwirtschaft nötig ist, kann enteignet werden. Die Fideikommisse sind aufzulösen.

Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft. Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeits- und Kapitalaufwendung auf das Grundstück entsteht, ist für die Gesamtheit nutzbar zu machen.

Alle Bodenschätze und alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte stehen unter der Aufsicht des Staates. Private Regale sind im Wege der Gesetzgebung auf den Staat zu überführen.

Aber auch im Görlitzer Parteiprogramm heißt es nun ausdrücklich:

„Grund und Boden, die Bodenschätze, sowie die natürlichen Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Volksgemeinschaft zu überführen. Gesetzliche Maßnahmen gegen die Spekulation oder die gänzlich unzureichenden landwirtschaftlicher Bodenflächen oder deren Verschwendung zu privaten Luxuszwecken."

Tun wir nun aber auch dornach! Arbeiten wir energisch mit den Bodenreformern zusammen, im Reich, Land und Gemeinde!

lieren. Das Volk wird uns dankbar dafür sein. Da wird es fühlen, daß es wirklich in eine neue Zeit gekommen. Her mit einer kräftigen **Wertzuwachssteuer**, her mit progressiver **Grundwertsteuer**, her mit einem **Ankaufsrecht** der Gemeinden zum versteuerten Werte, organisieren wir die Mieter zur Abschaffung ihrer selbst, zwingen wir jeden Staatsbürger, in eine Wohnungskasse den Wert seines Eigen-Gartenheims als individuelles, unpfändbares, aber vererbbares Guthaben zu sparen, statt wie jetzt dauernd an den gewerbemäßigen Wohnungsvermieter und seine Hintermänner, den Hypothekengläubiger und Grundstücksspekulanten, zu verlieren. Wenn das Individuum nicht sittlich genug, nicht klug genug ist, aus sich selber heraus, sowie für seinen eigenen Rock, so auch für sein eigenes Haus zu sorgen, so laßt den kollektiven Verstand, den Verstand der Gesamtheit, zur Geltung kommen. Ihr zwingt ja auch jeden, wenigstens einigermaßen für sein Alter zu sorgen. Zwingt so auch jeden jungen Menschen, ob Mann oder Weib, 1—3 Prozent seines Jahreslohnes, je nach Einkommen und Versorgungspflicht, in die Wohnungskasse zu sparen, damit sie, wenn sie um die Mitte ihres dritten Jahrzehnts heiraten, ihr Einfamilienheim mit Garten schon mit 10 Prozent seines Wertes anzahlen können. Und sollten sie gar noch etwas mehr haben, dadurch, daß sie ihre gesparten Wohnwerte zusammenlegen, so wäre das auch kein Unglück. Für Möbel und sonstige Hauseinrichtung können sie es vortrefflich brauchen. Was die Jugend nicht spart, muß sie nach der Verheiratung in viel höherem Maße sparen, in die Tasche des Hausbesitzers und der Abzahlungsgeschäfte verlieren.

Parteigenossen! Laßt uns nicht mehr über Theorien schwätzen, laßt uns praktisch die Welt sozialistisch einrichten! Es muß eine Lust sein zu leben, jeder Tag muß uns neue Freude über neue Erfolge bringen. Hört es, mit welch glühendem Optimismus auf dem Heimstättentag gesprochen worden ist. Hier arbeiten zusammen begeisterte, auf praktischen Erfolg abzielende Parteigenossen und verständig, gesund und idealistisch denkende Bürgerliche, die es satt haben, daß ein unsittliches Grundstücksspekulantentum die Wohnungswelt beherrscht.

Wir können uns durchsetzen, wenn wir wollen. Und wir wollen, wenn wir begreifen und an uns glauben.

Kommt am Sonntag zu vielen Tausenden in die Jahrhunderthalle, hört euren Löbe, hört Damaschke, hört den Oberschlesier Fronober. Wir müssen und wollen heraus aus dem Wohnungselend!

Mittel für den Wohnungsbau und das Reichsmietengesetz.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit der Frage, ob er zunächst den Gesetzentwurf über die Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz) oder die Vorschläge zur Beschaffung von neuen Mitteln für den Wohnungsbau beraten solle. Es liegen zu dem letzteren Zwecke ausführlich begründete Vorschläge eines Unterausschusses vor, der im August und September getagt hat. Genosse Silberschmidt und die meisten anderen Redner aus dem Hause sprachen sich im Gegensatz zu dem Vertreter der Reichsregierung und der Länder dahin aus, zunächst diese Vorschläge zu beraten. Die Beschaffung von Geld für den Wohnungsbau sei doch noch dringender als das auch sehr wichtige Reichsmietengesetz. Der Ausschuß entschloß sich dafür, am Montag in die Beratung der Vorschläge des Unterausschusses einzutreten. Nötigenfalls will er auch während der Parlamentsferien tagen.

Neuer Privatkapitalismus statt Sozialisierung?

Die staatlichen Bergwerke Preußens sollen in eine andere Verwaltungsform überführt werden, um ihre Verwaltung beweglicher zu machen. Am besten eignet sich dazu die Form der Aktiengesellschaften. Der „demokratische" Minister für Handel und Gewerbe, Fischbeck, stand dieser Umwandlung zunächst ablehnend gegenüber. Neuerdings hört man gerüchtweise, daß er sich mit einer solchen Umwandlung einverstanden erklärt, aber unter Umständen, gegen die aufs schärfste protestiert werden muß. Herr Fischbeck soll sich nämlich mit der Absicht tragen, einen erheblichen Teil der Aktien der neuen Gesellschaften in den Börsenverkehr zu bringen, ihn also dem Privatkapitalismus auszuliefern. Das Loch im preußischen Staatssäckel könnte allerdings auf diese Weise gestopft werden, aber um einen Preis, den man unter keinen Umständen zahlen darf! Die Sozialdemokratische Partei, wie die Arbeiter und Angestellten der Staatsbergwerke, werden die gefährlichen Pläne des Handelsministers scharf im Auge behalten müssen!

Im Landtag ist ein ungeheurer Vorrat von Anträgen und kleinen Vorlagen zu erledigen. Am Donnerstag redet man zunächst weiter über die Königsberger Universität. Die Rechtsparteien nehmen die antisemitischen und nationalistischen Universitätsbehörden in Schutz, während der Unabhängige Mertins und der Kommunist Schulz an Angriffen nicht sparen. Dabei holt sich Herr Schulz den ersten Ordnungsruf. Dann kommt ein sozialdemokratischer Antrag an die Reihe, welcher der Verwüstung unserer Forsten durch die Kahlschläge der Privatbesitzer Einhalt tun soll. Auf der Rechten spricht man von Bevormundung und neuer Zwangswirtschaft. Aber Genosse Peters hat wenigstens die Demokraten von der Notwendigkeit überzeugt, den deutschen Waldbestand, vornehmlich in der Umgebung der Großstädte und Industrieorte für die Volksgesundheit zu erhalten. Herr Schulz tritt wiederum auf und holt sich den zweiten Ordnungsruf. Schärfer platzen die Gegensätze aufeinander bei der Beratung der sozialdemokratischen und unabhängigen Anträge, die

Milchversorgung der Säuglinge und Unbemittelten

sicher zu stellen. Genossin Ege begründet warmherzig und sachlich die Anträge, über die es eigentlich nur eine Meinung geben sollte. Sie nagelt die brutale Profitsucht gewisser Landbundkreise fest, die unbequeme Steuerpläne mit einem Milchstreik abwehren wollen. Das deutschnationale Echo ist eine rührselige und innerlich ganz hohle Agitationsrede der Frau Deutsch, die gleich nachher von dem verständigen Zentrumsmann Sprenger eine in der Form ruhige, in der Sache vernichtende Abfuhr erfährt. Dann wird die Debatte abgebrochen und das Haus vertagt sich wegen einiger Fraktionssitzungen auf morgen, wo noch eine Menge ähnlicher dringender Anträge zu erledigen ist.

Zur Aenderung der Angestelltenversicherung.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten trat am Donnerstag vormittag zusammen. Er beschloß, am Abend noch eine Sitzung abzuhalten, um zu den Anträgen auf Erhöhung der Unfallrente Stellung zu nehmen. Dann begann er mit der allgemeinen Aussprache über die Frage, ob die Angestellten-Versicherung als eine besondere Versicherung bestehen bleiben, oder der allgemeinen Invalidenversicherung angegliedert werden soll. Schließlich wurden einstimmig die Anträge der beiden sozialdemokratischen Parteien angenommen, das Arbeitsministerium zu ersuchen, bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages Ende Oktober einen Aenderungsvorschlag zu dem Entwurf zur Aenderung der Reichsversicherungs-Ordnung vorzulegen, der die Eingliederung der Angestelltenversicherung in die Invalidenversicherung so durchführt, daß die jeweils günstigeren Bestimmungen beider Versicherungen übernommen werden, und ferner sonstige Unterlagen für die Weiterberatung zu beschaffen.

Ein Verkehrshindernis.

In den Wandelgängen des Reichstages steht noch immer ein Denkmal Wilhelm I., das nur als Verkehrshindernis betrachtet werden kann. In dem Ausschmückungsausschuß des Reichstages äußerte sich der Schöpfer des Hamburger Bismarckdenkmals, Professor Lederer, dahin, daß das Standbild in der Wandelhalle wertlos sei. Es störe die Harmonie der großen Halle und der weiße Marmor des Denkmals wirke in der Umgebung sehr ungünstig. Hoffen wir, daß die Mehrheit des Reichstages diese geschmacklose und unkünstlerische Erinnerung aus wilhelminischen Tagen bald entfernen läßt.

Junkers Gartengerät.

Im Park des Junkers v. Heidebreck zu Köslin wurden unter Laub versteckt 2 Maschinengewehre gefunden. Man darf wohl annehmen, daß der Herr Baron die Maschinengewehre nicht aufbewahrt hat, um Spatzen zu schießen. Ob sich eine Polizei, ein Staatsanwalt und Richter in Pommern finden, die dem Sammler von Maschinengewehren der gebührenden Strafe ausliefern, muß man in Geduld und Fassung abwarten.

Fahrpreiserhöhung der Berliner Straßenbahn.

Der zuständige Ausschuß der Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat die Absicht, den Preis für eine Straßenbahnfahrt von bisher 1 Mark auf 1,30 Mark zu erhöhen.

Handwerkskammerpräsident Rahardt verhaftet.

Zu den Verfehlungen des Berliner Handwerkskammerpräsidenten Rahardt melden die Blätter, daß Rahardt bereits in das Untersuchungsgefängnis in Moabit eingeliefert worden ist. Wie bis jetzt feststeht, beträgt, laut Abendblättern, die Höhe der Unterschleife, die er gemeinsam mit seinem Sohne als Vorsitzender der Hauptstelle für den Einkauf gemeinsamer Handwerkslieferungen begangen hat, 1 100 000 Mark. Laut „Lokalanzeiger" wurde unter dem Verdacht der Mitbeteiligung ein Intendanturrat verhaftet. Ein zweiter höherer Verwaltungsbeamter hat sich seiner Festnahme durch Flucht entzogen.

Die monarchistische Rechtspartei firmiert als Deutschnationale Volkspartei, um mit dem Worte Deutschnational auf solche Kreise Eindruck zu machen, deren deutsches Bewußtsein besonders stark entwickelt ist. Nationale Gesinnung aber ist nicht ein Vorrecht der Deutschnationalen. Die Sozialdemokratie hat stets einen Unterschied gemacht zwischen berechtigtem Nationalgefühl, das auch Jaurès und Bebel vertreten haben, und nationalistischer Ueberhebung und Verhetzung. Das Charakteristikum der Deutschnationalen Volkspartei ist nicht nationale Gesinnung und nationales Tun. Die Eigenart dieser Partei ist ihr unentwegtes Bekenntnis zur Monarchie, zur Wiederherstellung des Hohenzollernschen Kaisertums, was zugleich eine wesentliche Schmälerung der Volksrechte, eine Beseitigung der Demokratie, voraussetzt. Vielen Volksgenossen wird das bei der Art der deutschnationalen Agitation nicht recht klar. Es ist daher eine Pflicht unserer Presse und unserer Agitatoren, die Deutschnationalen immer und überall als die **deutsch-monarchistische** Partei zu bezeichnen. Dann weiß jeder, was er von dieser Partei zu erwarten hat: Kaisertum, militaristischer Drill, Vernichtung der Volksrechte, alles da, was uns in das Unglück hineingeführt hat.

Kautsky an die Programmkommission.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Während des Parteitages wurde in Görlitz ein Gruppenbild der Mitglieder der Programmkommission aufgenommen, das Genosse Löbe mit der Unterschrift der einzelnen Mitglieder an den Schöpfer des Erfurter Programms Karl Kautsky richtete. Kautsky hat nunmehr unter dem 27. September an den Genossen Löbe folgendes Schreiben gerichtet:

„Lieber Genosse Löbe! Ich danke Ihnen und den Mitunterzeichnern für die freundliche Erinnerung aus Görlitz. Sie erinnert mich an die schönen Tage jener Zeit, als wir noch ein einig Volk von Brüdern waren. Ich hoffe, noch eine Wiederkehr dieser schönen Tage zu erleben, trotz aller zeitweiligen Mißgriffe von rechts und links, die sie hinausschieben.

Mit den herzlichsten Grüßen

Ihr

Karl Kautsky."

Verschiebung von oberschlesischen Selbstschutzwaffen bis Bremen.

Bremen, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch, den 5. Oktober, sollte im Parkhaus zu Bremen eine Kompagniefeier der aufgelösten oberschlesischen „Freiwilligen Hundertschaft Cosel" stattfinden, zu der Leutnant a. D. Dyes, jetzt Angestellter der Firma Mercator, Handelsgesellschaft, Einladungen versandte. Es besteht begründete Vermutung zu der Annahme, daß diese angebliche Kompagniefeier mit folgender, von zuverlässiger Seite aus Schlesien ergangenen Meldung im Zusammenhang steht:

Eine Sendung Waffen und Munition einer aufgelösten Selbstschutzorganisation, die unter dem Signum „Kognak und Sekt" an die Firma Ludwig Neukirch Bremen, (Speditionsgeschäft), adressiert war, befand sich auf dem Wege nach Bremen. Es ist festgestellt worden, daß der ehemalige Adjutant des Hanseatischen Infanterieregiments Nr. 75, Krose, der Sohn des Bremer schweizerischen Konsuls, sich bereits bei dem Prokuristen der Firma Neukirch, Herrn Gohlisch, danach erkundigte, ob die für ihn bestimmte Sendung Kognak und Sekt schon eingetroffen sei. Dies war zurzeit der Nachfrage noch nicht der Fall. Die Tatsache jedoch beweist den Zusammenhang zwischen Herrn Krose, der der oberschlesischen Freiwilligen-Hundertschaft angehörte und der beabsichtigten Waffenschiebung. Erfreulicherweise gelang es, die für Bremen bestimmte Munition unterwegs abzufangen und es wurden sofort Vorkehrungen getroffen, um zu verhindern, daß die verschobenen Waffen in die Hände der Rechtsbolschewisten gelangten.

Um Westungarn.

Die Vossische Zeitung meldet aus Budapest, daß am Mittwoch die Ausrufung des selbständigen westungarischen Staates vollzogen worden ist. Der unter Führung des früheren Ministerpräsidenten Stephan Friedrich stehende Landesverteidigungsrat hat eine Proklamation erlassen, derzufolge der Landesverteidigungsrat das Imperium über Westungarn übernimmt und das Land als selbständige Regierung verwalten wird. In einer Rede, die Friedrich in der Budapester Landes-Frauenliga hielt, erklärte er, wer es wage, Westungarn zu betreten, werde einfach erschossen.

Das Reutersche Büro erfährt, daß die Botschafterkonferenz gestern beschlossen hat, Ungarn zu benachrichtigen, daß die Freigabe des Burgenlandes bis zum 4. Oktober bedingungslos zu erfolgen hat. Auf die Nachricht, daß die ungarische Regierung beabsichtige, eine neue Klasse von 20 000 Mann zu mobilisieren, hat die Konferenz Ungarn verständigt, daß dies in keinem Fall gestattet werden würde.

100%

Roman eines Patrioten.

Von Upton Sinclair.

Amerikanisches Copyright by Malik-Verlag, Berlin-Halensee.

3] (Nachdruck verboten.)

III.

Peters Betrachtungen wurde dadurch ein Ende gemacht, daß jemand die Kiste von der Mauer fortschob. „Halle!" sagte eine Stimme.

Peter stöhnte, ohne aufzublicken. Die Kiste wurde noch weiter vorgezogen, und ein Gesicht blickte herein. „Weshalb verstecken Sie sich da?"

„Wa—a—s?" stammelte Peter schwach.

„Sind Sie verletzt?" fragte die Stimme.

„Ich weiß nicht," stöhnte Peter.

Die Kiste wurde vornübergestülpt, und der Insasse glitt heraus. Peter schaute auf, und erblickte drei oder vier Polizisten, die sich über ihn beugten. Er begann von neuem zu stöhnen.

„Wie sind Sie in die Kiste gekommen?" fragte einer der Polizisten.

„Ich kroch hinein."

„Weshalb?"

„Um zu fliehen . . . vor . . . vor . . . was war es denn eigentlich?"

„Eine Bombe," erwiderte ein Polizist, und Peter war dermaßen verblüfft, daß er völlig vergaß, den hilflosen Verletzten zu spielen.

„Eine Bombe!" rief er, und im gleichen Augenblick stellte ihn einer der Polizisten auf die Füße.

„Können Sie stehen?" fragte er. Peter versuchte es, vermochte zu stehen und vergaß, daß er ja eben einen Nervenchok erlitten habe. Er war mit Blut und Schmutz bedeckt, schaute furchtbar aus, doch fühlte er große Erleichterung, da er entdeckte, alle seine Glieder seien heil geblieben.

„Wie heißen Sie?" fragte ein Polizist und fügte, als Peter die Frage verneinend beantwortet hatte, hinzu: „Was ist Ihre Beschäftigung?"

„Ich habe keine," entgegnete Peter.

„Wo haben Sie zuletzt gearbeitet?" Nun mischte sich auch ein zweiter Polizist ins Gespräch: „Weshalb krochen Sie in die Kiste?"

„Mein Gott!" rief Peter, „ich wollte der Gefahr entkommen."

Die Polizisten schienen es verdächtig zu finden, daß er so lange in seinem Versteck geblieben war. Sie waren selbst in einem äußerst erregten Zustand; ein furchtbares Verbrechen war begangen worden und von dem Verbrecher fehlte jegliche Spur. Ein anderer Mann trat an sie heran; er trug keine Uniform, doch schien er große Autorität zu besitzen. Auch er fiel über Peter her, verlangte zu wissen, wer er sei, woher er komme, was er in der Menge getrieben habe. Peter wußte keine befriedigenden Antworten zu geben. Seine Beschäftigungen waren alle außergewöhnlich und etwas dunkel gewesen, seine Absichten aber konnte er einem mißtrauischen Frager nicht recht erklären. Der Mann war groß und kräftig, etwa einen Fuß länger als Peter. Da er mit ihm redete, beugte er sich nieder, starrte Peter in die Augen, als suche er nach düsteren, hinter Peters Schädel verborgenen Geheimnissen. Peter entsann sich, daß er ja eigentlich krank sei; seine Lider fielen zu, er schwankte. Ein Polizist hielt ihn aufrecht.

„Ich will mit dem Kerl sprechen," sagte der Mann in Zivil. „Führt ihn hinein." Rechts und links packte Peter ein Polizist am Arm, und so schleppten sie ihn über die Straße in ein Gebäude.

IV.

Peter kam in ein großes Warenhaus, das von der Polizei geöffnet worden war. Etliche Verwundete lagen auf dem Fußboden, Aerzte beugten sich über sie. Peter wurde über einen Korridor geführt, in ein Zimmer gebracht, in dem sich einige Männer, alle mehr oder weniger bewußtlos, befanden. Diese Leute waren der Polizei verdächtig und wurden bewacht.

Peters zwei Polizisten lehnten ihn gegen die Wand und begannen seine Taschen zu durchsuchen. Ein flüchtiger Inhalt kam zu Tage: ein schmutziger Zeken, zwei von der Straße aufgehobene Zigarrenstummel, eine gebrochene Pfeife, eine Uhr, die einst einen Dollar gekostet hatte, nun aber zu sehr ruiniert war, um versetzt werden zu können. Sonst konnten sie, soweit Peter wußte, nichts finden. Dennoch kam noch etwas aus den Taschen ans Licht: das Flugblatt, das Peter eingesteckt hatte. Der Polizist warf einen Blick darauf, rief „Mein Gott!" Er starrte Peter, dann den anderen Polizisten an, und reichte diesem das Blatt.

Im gleichen Augenblick betrat der Mann in Zivil das Zimmer. „Herr Gaffey," rief der Polizist, „schauen Sie dies an."

Der Mann nahm das Blatt, und Peter, der mit verwirrten angstvollen Augen die Szene beobachtete, erblickte etwas Erschreckendes. Es war, als habe der Mann jählings den Verstand verloren. Er stierte auf Peter, die großen starrenden Augen unter den schwarzen Brauen sprangen schier aus den Höhlen.

„Aha!" rief er. „Habe ich Sie erwischt?" Die Hand, die das Flugblatt hielt, zitterte, die andere Hand streckte sich aus wie eine gewaltige Kralle, packte Peters Kragen, zog ihn zusammen, bis Peter erstickend aufröchelte. „Sie warfen die Bombe!" zischte der Mann.

„Was?" keuchte Peter mit versagender Stimme. „Bombe?"

„Heraus damit!" schrie der Mann, sein Gesicht ganz nahe an Peters Wange drängend; seine Zähne funkelten, als wolle er Peters Nase abbeißen. „Heraus damit. Rasch! Wer half Ihnen?"

„Mein Gott!" stammelte Peter. „Ich weiß nicht, was Sie meinen."

„Sie wagen mich anzulügen?" brüllte der Mann und schüttelte Peter, als wolle er diesem die Zähne aus dem Munde schleudern. „Machen Sie keinen Unsinn! Wer half Ihnen?"

Peters Stimme schrillte zu einem Angstschrei auf. „Ich habe nie eine Bombe gesehen. Ich weiß nicht, wovon Sie reden."

„Folgen Sie mir!" Der Mann schritt der Tür zu. Es wäre sicherlich für Peter bequemer gewesen, hätte der Mann ihn erst umgedreht und ihn bei der Rückseite des Kragens gehalten; augenscheinlich jedoch betrachtete der Mann Peters körperlichen Zustand als vollkommen belanglos; er hielt Peter vorne am Rock fest, schob, schleppte ihn aus dem Zimmer, einen langen Korridor entlang, in den hinteren Teil des Gebäudes. Und während der ganzen Zeit zischte er in Peters Ohr: „Ich werde es schon aus Ihnen herausbekommen. Glauben Sie nur nicht, daß Sie mich anlügen können. Sie werden schon alles eingestehen müssen."

Der Mann öffnete eine Tür. Er schob Peter in eine Art Vorratskammer, schlug hinter ihnen beiden die Tür zu. „Heraus damit," sprach er. Dann steckte der Mann das bedruckte Blatt in die Tasche; — Peter sah es nie und erfuhr auch nie, was darauf gestanden hatte. Mit seiner freien Hand griff der Mann nach einem Finger von Peters Hand und bog ihn mit furchtbarer Kraft nach hinten. „Oh!" schrie Peter. „Lassen Sie los!" Und wild aufbrüllend: „Sie werden den Finger brechen."

(Fortsetzung folgt.)

der Sozialdemokratie.

Beim Abdruck des Parteiprogramms in der gestrigen „Volkswacht"-Nummer sind die letzten Absätze „Kultur- und Schulpolitik" und „Völkerbeziehungen und Internationale" durch ein Versehen des Korrektors unvollständig abgedruckt worden. Wir geben daher beide Absätze noch einmal vollständig wieder. Red.

Kultur- und Schulpolitik.

Recht aller Volksgenossen an den Kulturgütern. Oberstes Erziehungsrecht der Volksgemeinschaft.

Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache: Trennung von Staat und Kirche.

Ausgestaltung der Schule zur weltlichen Einheitsschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lernmittel und der Verpflegung in den Schulen.

Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsgemeinschaften der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter. Mitarbeit pädagogisch hervorragend begabter Laien, verantwortliche Mitwirkung der Eltern an der Schulerziehung und Schulaufsicht durch Elternräte.

Erziehung des heranwachsenden Menschen in der Familie, in der Schule und der freien Jugendbewegung zum bewußten Glied der sozialen Volks- und Menschheitsgemeinschaft, zu den Idealen der Republik, der sozialen Pflichterfüllung und des Weltfriedens.

Jugendhilfe, beginnend mit dem werdenden Kinde und endend mit dem Eintritt der Volljährigkeit, als selbständiges, öffentliches Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen.

Bildungsstätten für erwachsene Volksgenossen als freie Arbeitsgemeinschaften zum Aufbau einer lebendigen Volkskultur.

Völkerbeziehungen und Internationale.

Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens.

Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt und in dem die Parlamente aller Länder durch Delegierte nach der Stärke der Parteien vertreten sind. Ausbau des Völkerbundes zu einer wahrhaften Arbeits-, Rechts- und Kulturgemeinschaft. Entscheidung aller internationalen Streitigkeiten durch ein internationales Gericht. Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts. Völkerrechtlicher Schutz aller nationalen Minderheiten nach dem Grundsatz vollkommener Gegenseitigkeit. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes, Herabsetzung der Wehrmacht in allen Staaten auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten und die Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen des Völkerbundes erfordert. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes. Durchführung des Grundsatzes der Offenen Tür für alle wirtschaftlichen Austauschgebiete. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

Revision des Friedensvertrags von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und Anerkennung der nationalen Lebensrechte.

Internationaler Textilarbeiterkongreß in Paris.

An dem vom 19.—24. d. M. in Paris tagenden Internationalen Textilarbeiterkongreß nahmen 96 Delegierte teil, die 1 500 000 Mitglieder vertraten. England war durch 35 Delegierte vertreten, Deutschland hatte 25, Belgien 11, Frankreich 7, Italien 4, Tschechoslowakei (deutsch) 4, Tschechoslowakei (tschechisch) 2, die Schweiz und Holland hatten je 2 Delegierte entsandt. Es waren also zehn Länder vertreten. Amerika, Oesterreich und Ungarn waren aus persönlichen und organisatorisch-technischen Gründen nicht vertreten. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Ausbau des Streikfonds, für den eine Reihe wichtiger Bestimmungen, die Stärkung und Kräftigung des Fonds betreffend, angenommen wurden. Hinsichtlich der Arbeitszeit wurde die 48stündige als Höchstmaß für zulässig erachtet, täglich höchstens acht Stunden, bei Schichtwechsel, am Sonnabend nur vier Stunden. — Zur Behebung der Arbeitslosigkeit wurde eine Resolution angenommen, die ausspricht, daß die kapitalistische Produktionsweise die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen könne, sondern daß die sozialistische an ihre Stelle treten müsse, wenn das Ziel erreicht werden solle. Zum Punkt „Betriebsdemokratie und Betriebsräte" wurde besonders betont, daß zwar das Betriebsrätegesetz in Deutschland nicht allen Erwartungen, die man in dieses gesetzt hatte, entspricht, aber doch immerhin Fortschritte gebracht habe und zu weiteren Fortschritten benutzt werden könne. Die Washingtoner Arbeiterschutzbeschlüsse, das Internationale Arbeitsamt in Genf und sein Wirken wurden eingehend besprochen und dabei der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiterschaft der Welt diesem Institut seine Unterstützung nicht versagen werde, da es, wenn die Arbeiterschaft es wolle, durch die in ihm verkörperte Macht der Arbeiter zu höherer Wirtschaftlichkeit gebracht werden könne. Es wurde noch gerügt, daß die französische Regierung keinen Ausländer in Frankreich als Gewerkschaftsfunktionär dulden wolle. Schließlich wurde eine Resolution gegen den Krieg angenommen — er soll durch Verweigerung aller Arbeit, die der Kriegswirtschaft dienen könnte — unmöglich gemacht werden. Ferner wurde eine Resolution für den Wiederaufbau angenommen, durch die erklärt wird, daß er nur möglich sei bei Aenderung des Friedensvertrages zugunsten der im Kriege unterlegenen Staaten und bei ehrlicher und aufrichtiger Wirtschaftspolitik, die nicht auf Bereicherung und Bevorzugung einzelner Länder und Volksschichten hinausläuft, sondern als Ziel nur das gleichmäßige Wohlergehen aller Länder, Völker und Volksschichten kennt.

Der Kongreß war der zehnte seiner Art und hat sicher — nach dem langjährigen Kriege — zur Wiederfestigung der durch den Krieg etwas gelockert gewordenen Verbindungen viel beigetragen. Gegen das ausbeutende Kapital in den Hauptländern der Textilindustrie ist eine Macht zusammengeschmiedet, die als freigewerkschaftliche und als sozialistisch gerichtete Fronde dem Kapital gewiß noch viel zu schaffen machen wird. — Der nächste Kongreß soll 1924 in Neapel stattfinden.

Sozialdemokratischer Verein.

Der nächste und letzte Vortragsabend findet Montag, den 3. Oktober 1921, abends 7 Uhr, im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses statt und wird Genosse Srowig über

Kommunalpolitik

sprechen.

Aus der Provinz Schlesien.

An die Arbeiterjugendvereine Mittelschlesiens!

Die Bezirkskonferenz des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, Bezirk Mittelschlesien, findet für dieses Jahr am Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr, im kleinen Saale des Breslauer Gewerkschaftshauses, statt.

Die Tagesordnung ist folgende: 1. Bericht der Bezirksleitung über das verflossene Geschäftsjahr; 2. Jugendpflege oder Jugendbewegung? Referent Genosse F. Ohlig, Striegau; 3. Jugend und Bildung; 4. Anträge; 5. Verschiedenes.

Wir ersuchen die Ortsvereine, entsprechend ihrer Mitgliederzahl, Vertreter zu entsenden. Auf je 100 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Angefangene 100 gelten dabei als voll. Gäste sind willkommen. Partei- und Gewerkschaftsvertreter aus Orten, wo ein Arbeiterjugendverein erst gegründet werden soll, sind gleichfalls gern gesehen und werden ersucht, sich beim Vorstand besonders zu melden.

Jeder Ortsverein muß vertreten sein. Die Kosten gehen zu Lasten der delegierenden Vereine.

Anträge der Vereine werden bis zum 30. Septemb. einschließlich entgegengenommen und sind an die Adresse des Jugendbezirksvorstandes, Reinhold Zimmer, Breslau 9, Fürstenstraße 12, zu richten.

Mit der Konferenz ist eine Material-Ausstellung verbunden. Beginn der Tagung pünktlich 10 Uhr vormittags.

Die Bezirksleitung.

Zum Streik in der schlesischen Marmorindustrie.

Der Streik geht unvermindert und verschärft weiter. Verschärft durch das gänzlich ungesetzliche und provozierende Eingreifen einer halben Hundertschaft der Sicherheitspolizei.

Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen stehen im Kampf, demgegenüber spielen sämtliche Werkmeister, Polliere, Schleifer, Maschinen-Bruchmeister usw., die Rausreißer, obwohl einige davon bei Beginn des Streikes auf Befragen durch die Gauleitung erklärten, keine Streikarbeit zu verrichten. Jetzt lassen sich die gleichen Kulis wie die anderen als Ochsenjungen, Hilfsarbeiter und alles mögliche verwenden.

Selbstverständlich regten sich die kämpfenden Arbeiter darüber auf und versuchten, diese Streikbrecher durch ihr Zusehen bei der Arbeit von ihrem schändlichen Treiben abzuhalten. Tätlichkeiten kamen dabei nicht vor, obwohl die Aeußerung eines Maschinenmeisters bekannt war, die dahin ging, man müßte die streikenden Arbeiter mit dem Messer bearbeiten.

Der betreffenden Firma ist dieses bekannt, trotzdem benutzt man diesen Helden als Streikbrecher weiter. Alles dies spielt sich in Groß-Kunzendorf, Kreis Neisse, ab. Der dortige Gendarmeriewachtmeister konnte ohne jegliche Schwierigkeiten Ruhe und Ordnung überwachen. Keine einzige Klage wurde dem Ortsvorsteher des Ortes bekannt.

Trotz alledem erscheint eine halbe Hundertschaft grüne Polizei, an der Spitze ein, anscheinend seine Befugnisse nicht kennender Offizier, der ohne langes Zaudern die Arbeiter zum ersten, zum zweiten und zum drittenmal aufforderte, den Platz zu räumen. Die Mannschaft mußte sofort schußbereit machen. Dem Eingreifen der durch Zufall dazu kommenden Streikleitung ist es zu danken, daß nicht Blut geflossen ist.

Auf Befragen der Streikleitung beim Ortsvorsteher, wird uns die verblüffende Antwort, daß weder dem Amtsvorsteher noch dem Landrat von dem Herbeiholen der Grünen etwas bekannt sei. Der Gendarmeriewachtmeister erklärt sich nach wie vor imstande, die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten zu können, ebenso der Ortsvorsteher.

Wir fragen hiermit öffentlich bei den zuständigen Behörden an, welcher Behörde steht es zu, Sicherheitspolizei einzusetzen? Wir fragen, wer hat diese eingesetzt und auf wessen Anruf?

Wir fragen weiter, ob man bereit ist, den betreffenden Offizier für sein gänzlich unverantwortliches Verhalten zur Verantwortung zu ziehen, ihn nicht weiter auf friedlich kämpfende Arbeiter loszulassen, auf die Arbeiter, die bisher den wesentlichsten Teil öffentlicher Steuerlasten zahlten, damit diese Helden besoldet werden können?

Wer trägt die Verantwortung, wenn die Arbeiter, gereizt durch derartige Provozierungen, die Ruhe verlieren und zur Selbsthilfe greifen? Keine Stelle findet sich, die dafür zu sorgen bereit ist, daß den Arbeitern ein bescheidener Ausgleich für die übergroße Teuerung geboten und dadurch das Recht zum Leben gegeben wird. Blaue Bohnen sollen anscheinend wie vor, so auch nach der Revolution, das geeignete Mittel sein, die Arbeiter wieder in die Gewalt der rücksichtslosen Arbeitgeber zu treiben.

Man täuscht sich. Die Arbeiter werden umsomehr erkennen, daß es auszuhalten gilt und jede Provozierung wird den Entschluß hierzu stärken. Die bestreikten Firmen versuchen, die sogenannten Hetzer unter den Streikenden von der Wiedereinstellung auszuschließen. Es ist nicht notwendig, darzulegen, was den Arbeitgebern als hetzen gilt. Braucht es angesichts der überaus niedrigen Entlohnung, der großen Ueberteuerung, der Notlage der Arbeiterschaft noch Hetzer? Für die berechtigte Erregung und Empörung haben die Arbeitgeber und die grüne Polizei gesorgt. Alle Arbeiter, die als Hetzer gelten sollen, haben alles mögliche getan und tun es heute noch, die Erregung zu dämpfen, die bei weniger aufgeklärten Arbeitern leicht Ausartungen aufkommen ließe, wenn derartige Provozierungen erfolgen.

Wenn man schon ganz unnötigerweise glaubt, den Arbeitgebern militärische Hilfe mit Maschinengewehren (ein solches wurde auch auf dem Auto mitgeführt) angedeihen lassen zu müssen, ist es dann unbescheiden, wenn die Arbeiter verlangen, daß man auch ihnen hilft, ihre Lebensexistenz zu sichern, oder sie doch mindestens bei dem Kampf um diese ungeschoren zu lassen!

Wo ist eine Behörde, die nur annähernd so schnell zu diesem Zweck einzugreifen bereit ist, wie es dem Arbeitgeber gegenüber getan wurde, mit Maschinengewehren?

Wir warten darauf, werden aber vergebens warten.

Das Interesse der Allgemeinheit erfordert kein Eingreifen in solchen Angelegenheiten, wo es für die Arbeiter gelten sollte. Das lehren uns Antworten, die von Demobilmachungsbehörden stammen. Die Steinarbeiterschaft ganz Schlesiens steht hinter den im Kampf stehenden Berufskollegen, nicht zuletzt auch die Arbeiterschaft der den Kampforten naheliegenden Industrien. Die Arbeiter werden gestützt und unterstützt durch diese, den Kampf bis zum erfolgreichen Ende führen.

Trotz Maschinengewehren, trotz Kapitalisten und ihren besoldeten und unbesoldeten Trabanten. Arbeitsangebote nach dort sind unbedingt zu meiden!

Zentralverband der Steinarbeiter,
Gau II, Liegnitz.

Vom schlesischen Arbeitsmarkt.

Das Schlesische Landesarbeitsamt übersendet uns für die Zeit vom 15. bis 21. September folgenden Wochenbericht:

Wesentliche Aenderungen in der Arbeitsmarktlage waren in der Berichtswoche nicht zu beobachten. Die günstige Entwicklung hat anscheinend weiter angehalten, wenn sie auch verschiedentlich wird.

In der Landwirtschaft nahm die Vermittlungstätigkeit infolge des Bedarfs an Arbeitskräften für die Hackfruchternte erheblich zu. Besonders starke Nachfrage bestand an jüngeren Burschen und weiblichen Arbeitskräften.

Im Bergbau ist die Arbeitsmarktlage unverändert. Der Streik bei der Braunkohlengrube „Babina" bei Muskau OL. konnte beigelegt werden. Dagegen ist die Belegschaft der Grube „Erika" bei Hoyerswerda in Streik getreten; Verhandlungen wegen Wiederaufnahme der Arbeit schweben zurzeit noch. Wegen Lohndifferenzen streiken die Arbeitskräfte der Firma Thust & Hähnel, Marmorwerke in Gnadenfrei; es wird jedoch gehofft, den Streik baldigst beilegen zu können.

Die Beschäftigungslage in der Oberlausitzer Glasindustrie scheint sich etwas günstiger zu gestalten, da die vor einigen Wochen angekündigten Entlassungen vermieden werden konnten.

In der Metallindustrie hält die Besserung der Arbeitsmarktlage nach wie vor an. So konnten in Liegnitz sämtliche erwerbslose Schlosser untergebracht werden.

Auch im Holzgewerbe hält die Aufwärtsbewegung an; namentlich fanden Neueinstellungen in der Möbeltischlerei statt.

In der Papierindustrie konnte eine Anzahl Neueinstellungen, besonders im Habelschwerdter Bezirk, beobachtet werden.

Nach wie vor günstig ist die Arbeitsmarktlage in der Textilindustrie, wo zum Teil qualifizierte Arbeitskräfte in ausreichendem Maße nicht beschafft werden konnten.

Im Nahrungsmittelgewerbe fand eine Anzahl von Neueinstellungen, namentlich von weiblichen Arbeitskräften, in Gurkeneinlegereien und Konservenfabriken statt.

Das Bekleidungsgewerbe ist zurzeit ebenfalls noch gut beschäftigt. Nachfrage nach gelernten Schuhmachern übersteigt das Angebot.

Im Baugewerbe besteht weiterhin Mangel an Maurern und Zimmerleuten.

Ungünstiger gestaltet sich die Arbeitsmarktlage im Gastwirtsgewerbe, wo durch den Saisonschluß eine Anzahl von Arbeitskräften stellungslos geworden ist.

Im oberschlesischen Abstimmungsgebiet hat die Arbeitsmarktlage gegenüber der Vorwoche eine geringe Verschlechterung erfahren, die insbesondere in den Bezirken Königshütte und Oppeln in die Erscheinung trat. Die Nachfrage nach Arbeitskräften war am größten für ungelernte Lohnarbeit und häusliche Dienste (Hindenburg, Beuthen, Kattowitz), sowie für die Steinindustrie, das Bau- und das Bekleidungshandwerk (Kattowitz, Oppeln), geringer für den Bergbau Königshütte, Kattowitz) und unbedeutend für die Landwirtschaft (Leobschütz, Pleß).

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt ist die rege Nachfrage nach brauchbarem Hauspersonal bestehen geblieben.

Die Berufsberatung und Lehrstellenvermittelung in Schlesien.

Das Provinzial-Berufsamt zu Breslau teilt uns mit:

In der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni d. Js. sind die Berufsämter der Provinz von 11 106 männlichen, 7569 weiblichen Schulentlassenen, von 496 männlichen und 303 weiblichen Erwachsenen, zusammen von 19 429 Personen, in Anspruch genommen worden.

Davon wurden nach vorangegangener Berufsberatung in ein Lehrverhältnis überführt 6574 männliche, 3823 weibliche Schulentlassene, 83 männliche und 45 weibliche Erwachsene, zusammen 10 525. Auf das Handwerk allein entfallen davon 3529 männliche, 278 weibliche Schulentlassene, 120 männliche, 27 weibliche Erwachsene. In eine Laufbahn bezw. Arbeitsverhältnis gingen, soweit die Berufsämter bezw. Arbeitsnachweise hierbei beteiligt waren, 1128 männliche, 856 weibliche Schulentlassene, 216 männliche, 179 weibliche Erwachsene. — An der berufsstatistischen Berichterstattung sind 47 Berufsämter beteiligt, während 13 Fehlanzeigen erstattet haben.

In einzelnen Kreisen Niederschlesiens (Mittel- und Niederschlesiens) sind die Berufsämter erst im Entstehen begriffen, während in Oberschlesien die Tätigkeit in mehreren Kreisen gänzlich ruhte.

Wozu ein Landwirt den hohen Kartoffelpreis benötigt.

Die heutigen hohen Kartoffelpreise sind manchem Landwirt noch zu niedrig und man versucht sogar, Beweise dafür zu erbringen. Damit vergleiche man folgendes Beispiel, das unser Parteiblatt in Hannover, der „Volkswille", veröffentlicht:

„Einen Sprung von 200 Mark auf 10 000 Mark hat die Pacht der Feldmarksjagd zu Abbesbüttel bei Meine erlebt. Diese umfaßt 1100 Morgen und erbrachte bislang jährlich 200 Mark; jetzt wurde sie an den Landwirt O. Hinze, Abbesbüttel, für 10 000 Mark verpachtet. Er meinte, zwei Morgen Kartoffeln brächten ihm das reichlich ein."

Aus 2 Morgen Kartoffeln holt also dieser gute Mann so viel heraus, daß er den Pachtpreis einer Feldmarksjagd von 200 auf 10 000 Mark hinauftreiben kann.

Tschirne. Der Herr Stationsvorsteher von Tschirne, A. Nabig, huldigt als republikanischer Beamter (wenigstens sein Geld nimmt er von der Republik), echt monarchistischen Sitten. Ging er da am 25. d. Mts. gegen ½2 Uhr nach Haus und schmetterte, die Nachtruhe störend, ein kraftvolles „Heil dir im Siegerkranz" in die Luft, dem er schnell noch „Ich bin ein Preuße" folgen ließ. Als ihm die nächtliche Ruhestörung von Leuten untersagt wurde, drohte er ihnen mit Schlägen. Man trat ihm aber energisch gegenüber und der Held verschwand spurlos im Dunkeln. So sieht der republikanische Stationsvorsteher von Tschirne aus.

Neurode. Einen entsetzlichen Tod fand auf dem Bahnhof Ludwigsdorf der Streckenarbeiter Spitzer aus Königswalde. Als er die Gleise revidierte, blieb er mit einem Fuß zwischen zwei Schienen hängen und konnte sich nicht mehr befreien. Im selben Moment kam eine Lokomotive an diese Stelle, und Spitzer mußte bei vollem Bewußtsein dem Tode ins Auge sehen. Er wurde auf der Stelle getötet.

Beuthen. Ein Einbrecher erschossen. Bei einem Bäckermeister in Antonienhütte versuchten am Montag Einbrecher einzudringen, wurden jedoch von der Gemeindewache beobachtet und verfolgt. Drei Einbrecher konnten festgenommen werden, während der vierte, namens Schweda, bei der Verfolgung von der Gemeindewache erschossen wurde.

Die Valuta.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	26. 9.	28. 9.		26. 9.	28. 9.
amerikan. Dollar	0,61	0,78	Schweiz. Franken	4,70	4,58
englische Schilling	4,26	4,23	österr. Kronen . .	1383,12	1269,08
französ. Franken	11,44	11,13	polnische Mark. .	—,—	—,—
holländ. Gulden	2,55	2,45	tschecholl. Kronen	78,70	77,91

Wasserstand

vom 30. September 1921.

Ratibor	—	Neiße (Unter-Pegel)	1,87
Koppitz	2,07	Breslau (Ober-Pegel)	4,00
Cosel	—	(Unter-Pegel)	2,40
Brieg (Mastenkran)	1,55	Glogau	0,54
Ratibor	1,41	Steinau	—0,24
Neiße (Ober-Pegel)	3,78		

Wassertemp.: 12,1°.

Warten wir keinen Tag! Wir haben keinen Augenblick zu verlieren. Das Volk wird uns dankbar dafür sein. Da wird es fühlen, daß es wirklich in eine neue Zeit gekommen. Her mit einer kräftigen **Wertzuwachssteuer**, her mit progressiver **Grundwertsteuer**, her mit einem **Ankaufsrecht** der Gemeinden zum versteuerten Werte, organisieren wir die Mieter zur Abschaffung ihrer selbst, zwingen wir jeden Staatsbürger, in eine Wohnungskasse den Wert seines Eigen-Gartenheims als individuelles, unpfändbares, aber vererbbares Guthaben zu sparen, statt wie jetzt dauernd an den gewerbemäßigen Wohnungsvermieter und seine Hintermänner, den Hypothekengläubiger und Grundstücksspekulanten, zu verlieren. Wenn das Individuum nicht sittlich genug, nicht klug genug ist, aus sich selber heraus, sowie für seinen eigenen Rock, so auch für sein eigenes Haus zu sorgen, so laßt den kollektiven Verstand, den Verstand der Gesamtheit, zur Geltung kommen. Ihr zwingt ja auch jeden, wenigstens einigermaßen für sein Alter zu sorgen. Zwingt so auch jeden jungen Menschen, ob Mann oder Weib, 1—3 Prozent seines Jahreslohnes, je nach Einkommen und Versorgungspflicht, in die Wohnungskasse zu sparen, damit sie, wenn sie um die Mitte ihres dritten Jahrzehnts heiraten, ihr Einfamilienheim mit Garten schon mit 10 Prozent seines Wertes anzahlen können. Und sollten sie gar noch etwas mehr haben, dadurch, daß sie ihre gesparten Wohnwerte zusammenlegen, so wäre das auch kein Unglück. Für Möbel und sonstige Hauseinrichtung können sie es vortrefflich brauchen. Was die Jugend nicht spart, muß sie nach der Verheiratung in viel höherem Maße sparen, in die Tasche des Hausbesitzers und der Abzahlungsgeschäfte verlieren.

Parteigenossen! Laßt uns nicht mehr über Theorien schwätzen, laßt uns praktisch die Welt sozialistisch einrichten! Es muß eine Lust sein zu leben, jeder Tag muß uns neue Freude über neue Erfolge bringen. Hört es, mit welch glühendem Optimismus auf dem Heimstättentag gesprochen worden ist. Hier arbeiten zusammen begeisterte, auf praktischen Erfolg abzielende Parteigenossen und verständig, gesund und idealistisch denkende Bürgerliche, die es satt haben, daß ein unsittliches Grundstücksspekulantentum die Wohnungswelt beherrscht.

Wir können uns durchsetzen, wenn wir wollen. Und wir wollen, wenn wir begreifen und an uns glauben.

Kommt am Sonntag zu vielen Tausenden in die Jahrhunderthalle, hört euren Löbe, hört Damaschke, hört den Oberschlesier Fronober. Wir müssen und wollen heraus aus dem Wohnungselend!

Mittel für den Wohnungsbau und das Reichsmietengesetz.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit der Frage, ob er zunächst den Gesetzentwurf über die Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz) oder die Vorschläge zur Beschaffung von neuen Mitteln für den Wohnungsbau beraten solle. Es liegen zu dem letzteren Zwecke ausführlich begründete Vorschläge eines Unterausschusses vor, der im August und September getagt hat. Genosse Silberschmidt und die meisten anderen Redner aus dem Hause sprachen sich im Gegensatz zu dem Vertreter der Reichsregierung und der Länder dahin aus, zunächst diese Vorschläge zu beraten. Die Beschaffung von Geld für den Wohnungsbau sei doch noch dringender als das auch sehr wichtige Reichsmietengesetz. Der Ausschuß entschloß sich dafür, am Montag in die Beratung der Vorschläge des Unterausschusses einzutreten. Nötigenfalls will er auch während der Parlamentsferien tagen.

Neuer Privatkapitalismus statt Sozialisierung?

Die staatlichen Bergwerke Preußens sollen in eine andere Verwaltungsform überführt werden, um ihre Verwaltung beweglicher zu machen. Am besten eignet sich dazu die Form der Aktiengesellschaften. Der „demokratische" Minister für Handel und Gewerbe, Fischbeck, stand dieser Umwandlung zunächst ablehnend gegenüber. Neuerdings hört man gerüchtweise, daß er sich mit einer solchen Umwandlung einverstanden erklärt, aber unter Umständen, gegen die aufs schärfste protestiert werden muß. Herr Fischbeck soll sich nämlich mit der Absicht tragen, einen erheblichen Teil der Aktien der neuen Gesellschaften in den Börsenverkehr zu bringen, ihn also dem Privatkapitalismus auszuliefern. Das Loch im preußischen Staatssäckel könnte allerdings auf diese Weise gestopft werden, aber um einen Preis, den man unter keinen Umständen zahlen darf! Die Sozialdemokratische Partei, wie die Arbeiter und Angestellten der Staatsbergwerke, werden die gefährlichen Pläne des Handelsministers scharf im Auge behalten müssen!

Kleinarbeit im Landtag.

Im Landtag ist ein ungeheurer Vorrat von Anträgen und kleinen Vorlagen zu erledigen. Am Donnerstag redet man zunächst weiter über die Königsberger Universität. Die Rechtsparteien nehmen die antisemitischen und nationalistischen Universitätsbehörden in Schutz, während der Unabhängige Mertins und der Kommunist Schulz an Angriffen nicht sparen. Dabei holt sich Herr Schulz den ersten Ordnungsruf. Dann kommt ein sozialdemokratischer Antrag an die Reihe, welcher der Verwüstung unserer Forsten durch die Kahlschläge der Privatbesitzer Einhalt tun soll. Auf der Rechten spricht man von Bevormundung und neuer Zwangswirtschaft. Aber Genosse Peters hat wenigstens die Demokraten von der Notwendigkeit überzeugt, den deutschen Waldbestand vornehmlich in der Umgebung der Großstädte und Industrieorte für die Volksgesundheit zu erhalten. Herr Schulz tritt wiederum auf und holt sich den zweiten Ordnungsruf. Schärfer platzen die Gegensätze aufeinander bei der Beratung der sozialdemokratischen und unabhängigen Anträge, die

Milchversorgung der Säuglinge und Unbemittelten

sicher zu stellen. Genossin Ege begründet warmherzig und sachlich die Anträge, über die es eigentlich nur eine Meinung geben sollte. Sie nagelt die brutale Profitsucht gewisser Landbundkreise fest, die unbequeme Steuerpläne mit einem Milchstreik abwehren wollen. Das deutschnationale Echo ist eine rührselige und innerlich ganz hohle Agitationsrede der Frau Deutsch, die gleich nachher von dem verständigen Zentrumsmann Sprenger eine in der Form ruhige, in der Sache vernichtende Abfuhr erfährt. Dann wird die Debatte abgebrochen und das Haus vertagt sich wegen einiger Fraktionssitzungen auf morgen, wo noch eine Menge ähnlicher dringender Anträge zu erledigen ist.

Zur Aenderung der Angestelltenversicherung.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten trat am Donnerstag vormittag zusammen. Er beschloß, am Abend noch eine Sitzung abzuhalten, um zu den Anträgen auf Erhöhung der Unfallrente Stellung zu nehmen. Dann begann er mit der allgemeinen Aussprache über die Frage, ob die Angestellten-Versicherung als eine besondere Versicherung bestehen bleiben, oder der allgemeinen Invalidenversicherung angegliedert werden soll. Schließlich wurden einstimmig die Anträge der beiden sozialdemokratischen Parteien angenommen, das Arbeitsministerium zu ersuchen, bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages Ende Oktober einen Aenderungsvorschlag zu dem Entwurf zur Aenderung der Reichsversicherungs-Ordnung vorzulegen, der die Eingliederung der Angestelltenversicherung in die Invalidenversicherung so durchführt, daß die jeweils günstigeren Bestimmungen beider Versicherungen übernommen werden, und ferner sonstige Unterlagen für die Weiterberatung zu beschaffen.

Ein Verkehrshindernis.

In den Wandelgängen des Reichstages steht noch immer ein Denkmal Wilhelm. I., das nur als Verkehrshindernis betrachtet werden kann. In dem Ausschmückungsausschuß des Reichstages äußerte sich der Schöpfer des Hamburger Bismarckdenkmals, Professor Lederer, dahin, daß das Standbild in der Wandelhalle wertlos sei. Es störe die Harmonie der großen Halle und der weiße Marmor des Denkmals wirke in der Umgebung sehr ungünstig. Hoffen wir, daß die Mehrheit des Reichstages diese geschmacklose und unkünstlerische Erinnerung aus wilhelminischen Tagen bald entfernen läßt.

Junkers Gartengerät.

Im Park des Junkers v. Heidebreck zu Köslin wurden unter Laub versteckt 2 Maschinengewehre gefunden. Man darf wohl annehmen, daß der Herr Baron die Maschinengewehre nicht aufbewahrt hat, um Spatzen zu schießen. Ob sich eine Polizei, ein Staatsanwalt und Richter in Pommern finden, die dem Sammler von Maschinengewehren der gebührenden Strafe ausliefern, muß man in Geduld und Fassung abwarten.

Fahrpreiserhöhung der Berliner Straßenbahn.

Der zuständige Ausschuß der Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat die Absicht, den Preis für eine Straßenbahnfahrt von bisher 1 Mark auf 1,30 Mark zu erhöhen.

Handwerkskammerpräsident Rahardt verhaftet.

Zu den Verfehlungen des Berliner Handwerkskammerpräsidenten Rahardt melden die Blätter, daß Rahardt bereits in das Untersuchungsgefängnis in Moabit eingeliefert worden ist. Wie bis jetzt feststeht, beträgt, laut Abendblättern, die Höhe der Unterschleife, die er gemeinsam mit seinem Sohne als Vorsitzender der Hauptstelle für den Einkauf gemeinsamer Handwerkslieferungen begangen hat, 1 100 000 Mark. Laut „Lokalanzeiger" wurde unter dem Verdacht der Mitbeteiligung ein Intendanturrat verhaftet. Ein zweiter höherer Verwaltungsbeamter hat sich seiner Festnahme durch Flucht entzogen.

Nennt sie beim richtigen Namen!

Die monarchistische Rechtspartei firmiert als Deutschnationale Volkspartei, um mit dem Worte Deutschnational auf solche Kreise Eindruck zu machen, deren deutsches Bewußtsein besonders stark entwickelt ist. Nationale Gesinnung aber ist nicht ein Vorrecht der Deutschnationalen. Die Sozialdemokratie hat stets einen Unterschied gemacht zwischen berechtigtem Nationalgefühl, das auch Jaures und Bebel vertreten haben, und nationalistischer Ueberhebung und Verhetzung. Das Charakteristikum der Deutschnationalen Volkspartei ist nicht nationale Gesinnung und nationales Tun. Die Eigenart dieser Partei ist ihr unentwegtes Bekenntnis zur Monarchie, zur Wiederherstellung des Hohenzollernschen Kaisertums, was zugleich eine wesentliche Schmälerung der Volksrechte, eine Beseitigung der Demokratie, voraussetzt. Vielen Volksgenossen wird das bei der Art der deutschnationalen Agitation nicht recht klar. Es ist daher eine Pflicht unserer Presse und unserer Agitatoren, die Deutschnationalen immer und überall als die **deutsch-monarchistische** Partei zu bezeichnen. Dann weiß jeder, was er von dieser Partei zu erwarten hat: Kaisertum, militaristischer Drill, Vernichtung der Volksrechte, alles da, was uns in das Unglück hineingeführt hat.

Kautsky an die Programmkommission.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Während des Parteitages wurde in Görlitz ein Gruppenbild der Mitglieder der Programmkommission aufgenommen, das Genosse Löbe mit der Unterschrift der einzelnen Mitglieder an den Schöpfer des Erfurter Programms Karl Kautsky richtete. Kautsky hat nunmehr unter dem 27. September an den Genossen Löbe folgendes Schreiben gerichtet:

„Lieber Genosse Löbe! Ich danke Ihnen und den Mitunterzeichnern für die freundliche Erinnerung aus Görlitz. Sie erinnert mich an die schönen Tage jener Zeit, als wir noch ein einig Volk von Brüdern waren. Ich hoffe, noch eine Wiederkehr dieser schönen Tage zu erleben, trotz aller zeitweiligen Mißgriffe von rechts und links, die sie hinausschieben.

Mit den herzlichsten Grüßen

Ihr

Karl Kautsky."

Verschiebung von oberschlesischen Selbstschutzwaffen bis Bremen.

Bremen, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch, den 5. Oktober, sollte im Parkhaus zu Bremen eine Kompagniefeier der aufgelösten oberschlesischen „Freiwilligen Hundertschaft Cosel" stattfinden, zu der Leutnant a. D. Dyes, jetzt Angestellter der Firma Mercator, Handelsgesellschaft, Einladungen versandte. Es besteht begründete Vermutung zu der Annahme, daß diese angebliche Kompagniefeier mit folgender, von zuverlässiger Seite aus Schlesien ergangenen Meldung im Zusammenhang steht:

Eine Sendung Waffen und Munition einer aufgelösten Selbstschutzorganisation, die unter dem Signum „Kognak und Sekt" an die Firma Ludwig Neukirch Bremen, (Speditionsgeschäft), adressiert war, befand sich auf dem Wege nach Bremen. Es ist festgestellt worden, daß der ehemalige Adjutant des Hanseatischen Infanterieregiments Nr. 75, Krose, der Sohn des Bremer schweizerischen Konsuls, sich bereits bei dem Prokuristen der Firma Neukirch, Herrn Gohlisch, danach erkundigte, ob die für ihn bestimmte Sendung Kognak und Sekt schon eingetroffen sei. Dies war zurzeit der Nachfrage noch nicht der Fall. Die Tatsache jedoch beweist den Zusammenhang zwischen Herrn Krose, der der oberschlesischen Freiwilligen-Hundertschaft angehörte und der beabsichtigten Waffenschiebung. Erfreulicherweise gelang es, die für Bremen bestimmte Munition unterwegs abzufangen und es wurden sofort Vorkehrungen getroffen, um zu verhindern, daß die verschobenen Waffen in die Hände der Rechtsbolschewisten gelangten.

Um Westungarn.

Die Vossische Zeitung meldet aus Budapest, daß am Mittwoch die Ausrufung des selbständigen westungarischen Staates vollzogen worden ist. Der unter Führung des früheren Ministerpräsidenten Stephan Friedrich stehende Landesverteidigungsrat hat eine Proklamation erlassen, derzufolge der Landesverteidigungsrat das Imperium über Westungarn übernimmt und das Land als selbständige Regierung verwalten wird. In einer Rede, die Friedrich in der Budapester Landes-Frauenliga hielt, erklärte er, wer es wage, Westungarn zu betreten, werde einfach erschossen.

Das Reutersche Büro erfährt, daß die Botschafterkonferenz gestern beschlossen hat, Ungarn zu benachrichtigen, daß die Freigabe des Burgenlandes bis zum 4. Oktober bedingungslos zu erfolgen hat. Auf die Nachricht, daß die ungarische Regierung beabsichtige, eine neue Klasse von 20 000 Mann zu mobilisieren, hat die Konferenz Ungarn verständigt, daß dies in keinem Fall gestattet werden würde.

100%

Roman eines Patrioten.

Von Upton Sinclair.

Amerikanisches Copyright by Malik-Verlag, Berlin-Halensee.

3] (Nachdruck verboten.)

III.

Peters Betrachtungen wurde dadurch ein Ende gemacht, daß jemand die Kiste von der Mauer fortschob. „Halloh!" sagte eine Stimme.

Peter stöhnte, ohne aufzublicken. Die Kiste wurde noch weiter vorgezogen, und ein Gesicht blickte herein. „Weshalb verstecken Sie sich da?"

„Wo—a—s?" stammelte Peter schwach.

„Sind Sie verletzt?" fragte die Stimme.

„Ich weiß nicht," stöhnte Peter.

Die Kiste wurde vornübergestülpt, und der Insasse glitt heraus. Peter schaute auf, und erblickte drei oder vier Polizisten, die sich über ihn beugten. Er begann von neuem zu stöhnen.

„Wie sind Sie in die Kiste gekommen?" fragte einer der Polizisten.

„Ich kroch hinein."

„Weshalb?"

„Um zu fliehen . . . vor . . . vor . . . was war es denn eigentlich?"

„Eine Bombe," erwiderte ein Polizist, und Peter war dermaßen verblüfft, daß er völlig vergaß, den hilflosen Verletzten zu spielen.

„Eine Bombe!" rief er, und im gleichen Augenblick stellte ihn einer der Polizisten auf die Füße.

„Können Sie stehen?" fragte er. Peter versuchte es, vermochte zu stehen und vergaß, daß er ja eben einen Nervenchoc erlitten habe. Er war mit Blut und Schmutz bedeckt, schaute furchtbar aus, doch fühlte er große Erleichterung, da er entdeckte, alle seine Glieder seien heil . . . Leben.

„Wie heißen Sie?" fragte ein Polizist und fügte, als Peter die Frage beantwortet hatte, hinzu: „Was ist Ihre Beschäftigung?"

„Ich habe keine," entgegnete Peter.

„Wo haben Sie zuletzt gearbeitet?" Nun mischte sich auch ein zweiter Polizist ins Gespräch: „Weshalb krochen Sie in die Kiste?"

„Mein Gott!" rief Peter, „ich wollte der Gefahr entkommen."

Die Polizisten schienen es verdächtig zu finden, daß er so lange in seinem Versteck geblieben war. Sie waren selbst in einem äußerst erregten Zustand; ein furchtbares Verbrechen war begangen worden und von dem Verbrecher fehlte jegliche Spur. Ein anderer Mann trat an sie heran; er trug keine Uniform, doch schien er große Autorität zu besitzen. Auch er fiel über Peter her, verlangte zu wissen, wer er sei, woher er komme, was er in der Menge getrieben habe. Peter wußte keine befriedigenden Antworten zu geben. Seine Beschäftigungen waren alle außergewöhnlich und etwas dunkel gewesen, seine Absichten aber konnte er einem mißtrauischen Frager nicht recht erklären. Der Mann war groß und kräftig, etwa einen Fuß länger als Peter. Da er mit ihm redete, beugte er sich nieder, starrte Peter in die Augen, als suche er nach düsteren, hinter Peters Schädel verborgenen Geheimnissen. Peter entsann sich, daß er ja eigentlich krank sei; seine Lider fielen zu, er schwankte. Ein Polizist hielt ihn aufrecht.

„Ich will mit dem Kerl sprechen," sagte der Mann in Zivil. „Führt ihn hinein." Rechts und links packte Peter ein Polizist am Arm, und so schleppten sie ihn über die Straße in ein Gebäude.

IV.

Peter kam in ein großes Warenhaus, das von der Polizei geöffnet worden war. Etliche Verwundete lagen auf dem Fußboden, Aerzte beugten sich über sie. Peter wurde über einen Korridor geführt, in ein Zimmer gebracht, in dem sich einige Männer, alle mehr oder weniger bewußtlos, befanden. Diese Leute waren der Polizei verdächtig und wurden bewacht.

Peters zwei Polizisten lehnten ihn gegen die Wand und begannen seine Taschen zu durchsuchen. Ein kläglicher Inhalt kam zu Tage: ein schmutziger Fetzen, zwei von der Straße aufgehobene Zigarettenstummel, eine gebrochene Pfeife, eine Uhr, die einst einen Dollar gekostet hatte, nun aber zu sehr ruiniert war, um verkauft werden zu können. Sonst konnten sie, soweit Peter wußte, nichts finden. Dennoch kam noch etwas aus den Taschen ans Licht: das Flugblatt, das Peter eingesteckt hatte. Der Polizist warf einen Blick darauf, rief „Mein Gott!" Er starrte Peter, dann den andern Polizisten an, und reichte diesem das Blatt.

Im gleichen Augenblick betrat der Mann in Zivil das Zimmer. „Herr Gottes," rief der Polizist, „schauen Sie dies an."

Der Mann nahm das Blatt, und Peter, der mit verwirrten angstvollen Augen die Szene beobachtete, erblickte etwas Erschreckendes. Es war, als habe der Mann jählings den Verstand verloren. Er stierte auf Peter, die großen starrenden Augen unter den schwarzen Brauen sprangen schier aus den Höhlen.

„Aha!" rief er. „Habe ich Sie erwischt?" Die Hand, die das Flugblatt hielt, zitterte, die andere Hand streckte sich aus wie eine gewaltige Kralle, packte Peters Kragen, zog ihn zusammen, bis Peter erstickend aufröchelte. „Sie warfen die Bombe!" zischte der Mann.

„Was?" keuchte Peter mit versagender Stimme. „Bombe?"

„Heraus damit!" schrie der Mann, sein Gesicht ganz nahe an Peters Wange drängend; seine Zähne funkelten, als wolle er Peters Nase abbeißen. „Heraus damit. Rasch! Wer half Ihnen?"

„Mein Gott!" stammelte Peter. „Ich weiß nicht, was Sie meinen."

„Sie wagen mich anzulügen?" brüllte der Mann und schüttelte Peter, als wolle er diesem die Zähne aus dem Munde schleudern. „Machen Sie keinen Unsinn! Wer half Ihnen?"

Peters Stimme schrillte zu einem Angstschrei auf. „Ich habe nie eine Bombe gesehen. Ich weiß nicht, wovon Sie reden."

„Folgen Sie mir!" Der Mann schritt der Tür zu. Es wäre sicherlich für Peter bequemer gewesen, hätte der Mann ihn erst umgedreht und ihn bei der Rückseite des Kragens gehalten; augenscheinlich jedoch betrachtete der Mann Peters körperlichen Zustand als vollkommen belanglos: er hielt Peter vorne am Rock fest, schob, schleppte ihn aus dem Zimmer, einen langen Korridor entlang, in den hinteren Teil des Gebäudes. Und während der ganzen Zeit zischte er in Peters Ohr: „Ich werde es schon aus Ihnen herausbekommen. Glauben Sie nur nicht, daß Sie mich anlügen können. Sie werden schon alles eingestehen müssen."

Der Mann öffnete eine Tür. Er schob Peter in eine Art Vorratskammer, schlug hinter ihnen beiden die Tür zu. „Heraus damit," sprach er. Dann steckte der Mann das bedruckte Blatt in die Tasche; — Peter sah es nie und erfuhr auch nie, was darauf gestanden hatte. Mit seiner freien Hand griff der Mann nach einem Finger von Peters Hand und bog ihn mit furchtbarer Kraft nach hinten. „Oh!" schrie Peter. „Lassen Sie los!" Und wild aufbrüllend: „Sie werden den Finger brechen."

(Fortsetzung folgt.)

Das Programm der Sozialdemokratie.

Beim Abdruck des Parteiprogramms in der gestrigen „Volkswacht"-Nummer sind die letzten Absätze „Kultur- und Schulpolitik" und „Völkerbeziehungen und Internationale" durch ein Versehen des Korrektors unvollständig abgedruckt worden. Wir geben daher beide Absätze noch einmal vollständig wieder. Red.

Kultur- und Schulpolitik.

Recht aller Volksgenossen an den Kulturgütern. Oberstes Erziehungsrecht der Volksgemeinschaft.

Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache: Trennung von Staat und Kirche.

Ausgestaltung der Schule zur weltlichen Einheitsschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lernmittel und der Verpflegung in den Schulen.

Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsgemeinschaften der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter. Mitarbeit pädagogisch hervorragend begabter Laien, verantwortliche Mitwirkung der Eltern an der Schulerziehung und Schulaufsicht durch Elternräte.

Erziehung des heranwachsenden Menschen in der Familie, in der Schule und der freien Jugendbewegung zum bewußten Glied der sozialen Volks- und Menschheitsgemeinschaft, zu den Idealen der Republik, der sozialen Pflichterfüllung und des Weltfriedens.

Jugendhilfe, beginnend mit dem werdenden Kinde und endend mit dem Eintritt der Volljährigkeit, als selbständiges, öffentliches Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen.

Bildungsstätten für erwachsene Volksgenossen als freie Arbeitsgemeinschaften zum Aufbau einer lebendigen Volkskultur.

Völkerbeziehungen und Internationale.

Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens.

Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt und in dem die Parlamente aller Länder durch Delegierte nach der Stärke der Parteien vertreten sind. Ausbau des Völkerbundes zu einer wahrhaften Arbeits-, Rechts- und Kulturgemeinschaft. Entscheidung aller internationalen Streitigkeiten durch ein internationales Gericht. Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts. Völkerrechtlicher Schutz aller nationalen Minderheiten nach dem Grundsatz vollkommener Gegenseitigkeit. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes, Herabsetzung der Wehrmacht in allen Staaten auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten und die Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen des Völkerbundes erfordert. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes. Durchführung des Grundsatzes der Offenen Tür für alle wirtschaftlichen Austauschgebiete. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

Revision des Friedensvertrags von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und Anerkennung der nationalen Lebensrechte.

Internationaler Textilarbeiterkongreß in Paris.

An dem vom 19.—24. d. M. in Paris tagenden Internationalen Textilarbeiterkongreß nahmen 96 Delegierte teil, die 1 500 000 Mitglieder vertraten. England war durch 35 Delegierte vertreten, Deutschland hatte 25, Belgien 11, Frankreich 7, Italien 4, Tschechoslowakei (deutsch) 4, Tschechoslowakei (tschechisch) 2, die Schweiz und Holland hatten je 2 Delegierte entsandt. Es waren also zehn Länder vertreten. Amerika, Oesterreich und Ungarn waren aus persönlichen und organisatorisch-technischen Gründen nicht vertreten. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Ausbau des Streikfonds, für den eine Reihe wichtiger Bestimmungen, die Stärkung und Kräftigung des Fonds betreffend, angenommen wurden. Hinsichtlich der Arbeitszeit wurde die 48stündige als Höchstmaß für zulässig erachtet, täglich höchstens acht Stunden, bei Schichtwechsel, am Sonnabend nur vier Stunden. — Zur Behebung der Arbeitslosigkeit wurde eine Resolution angenommen, die ausspricht, daß die kapitalistische Produktionsweise die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen könne, sondern daß die sozialistische an ihre Stelle treten müsse, wenn das Ziel erreicht werden solle. Zum Punkt „Betriebsdemokratie und Betriebsräte" wurde besonders betont, daß zwar das Betriebsrätegesetz in Deutschland nicht allen Erwartungen, die man in dieses gesetzt hatte, entspricht, aber doch immerhin Fortschritte gebracht habe und zu weiteren Fortschritten benutzt werden könne. Die Washingtoner Arbeiterschutzbeschlüsse, das Internationale Arbeitsamt in Genf und sein Wirken wurden eingehend besprochen und dabei der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiterschaft der Welt diesem Institut seine Unterstützung nicht versagen werde, da es, wenn die Arbeiterschaft es wolle, durch die in ihm verkörperte Macht der Arbeiter zu höherer Wirtschaftlichkeit gebracht werden könne. Es wurde noch gerügt, daß die französische Regierung keinen Ausländer in Frankreich als Gewerkschaftsfunktionär dulden wolle. Schließlich wurde eine Resolution gegen den Krieg angenommen — er soll durch Verweigerung aller Arbeit, die der Kriegswirtschaft dienen könnte — unmöglich gemacht werden. Ferner wurde eine Resolution für den Wiederaufbau angenommen, durch die erklärt wird, daß er nur möglich sei bei Aenderung des Friedensvertrages zugunsten der im Kriege unterlegenen Staaten und bei ehrlicher und aufrichtiger Wirtschaftspolitik, die nicht auf Bereicherung und Bevorzugung einzelner Länder und Volksschichten hinausläuft, sondern als Ziel nur das gleichmäßige Wohlergehen aller Länder, Völker und Volksschichten kennt.

Der Kongreß war der zehnte seiner Art und hat sicher — nach dem langjährigen Kriege — zur Wiederfestigung der durch den Krieg etwas gelockert gewordenen Beziehungen viel beigetragen. Gegen das ausbeutende Kapital in den Saumländern der Textilindustrie ist eine Macht zusammengeschmiedet, die als freigewerkschaftliche und als sozialistisch gerichtete Fronde dem Kapital gewiß noch viel zu schaffen machen wird. — Der nächste Kongreß soll 1924 in Neapel stattfinden.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Sozialdemokratischer Verein.

Der nächste und letzte Vortragsabend findet Montag, den 3. Oktober 1921, abends 7 Uhr, im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses statt und wird Genosse Srowig über

Kommunalpolitik

sprechen.

Aus der Provinz Schlesien.

An die Arbeiterjugendvereine Mittelschlesiens!

Die Bezirkskonferenz des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, Bezirk Mittelschlesien, findet für dieses Jahr am Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr, im kleinen Saale des Breslauer Gewerkschaftshauses, statt.

Die Tagesordnung ist folgende: 1. Bericht der Bezirksleitung über das verflossene Geschäftsjahr; 2. Jugendpflege oder Jugendbewegung? Referent Genosse F. Ohlig, Striegau; 3. Jugend und Bildung; 4. Anträge; 5. Verschiedenes.

Wir ersuchen die Ortsvereine, entsprechend ihrer Mitgliederzahl, Vertreter zu entsenden. Auf je 100 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Angefangene 100 gelten dabei als voll. Gäste sind willkommen. Partei- und Gewerkschaftsvertreter aus Orten, wo ein Arbeiterjugendverein erst gegründet werden soll, sind gleichfalls gern gesehen und werden ersucht, sich beim Vorstand besonders zu melden.

Jeder Ortsverein muß vertreten sein. Die Kosten gehen zu Lasten der delegierenden Vereine.

Anträge der Vereine werden bis zum 30. Septemb. einschließlich entgegengenommen und sind an die Adresse des Jugendbezirksvorstandes, Reinhold Zimmer, Breslau 9, Fürstenstraße 12, zu richten.

Mit der Konferenz ist eine Material-Ausstellung verbunden. Beginn der Tagung pünktlich 10 Uhr vormittags.

Die Bezirksleitung.

Zum Streik in der schlesischen Marmorindustrie.

Der Streik geht unvermindert und verschärft weiter. Verschärft durch das gänzlich ungesetzliche und provozierende Eingreifen einer halben Hundertschaft der Sicherheitspolizei.

Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen stehen im Kampf, demgegenüber spielen sämtliche Werkmeister, Polierer, Schleifer, Maschinen-Bruchmeister usw., die Rausreißer, obwohl einige davon bei Beginn des Streikes auf Befragen durch die Gauleitung erklärten, keine Streikarbeit zu verrichten. Jetzt lassen sich die gleichen Kulis wie die anderen als Ochsenjungen, Hilfsarbeiter und alles mögliche verwenden.

Selbstverständlich regten sich die kämpfenden Arbeiter darüber auf und versuchten, diese Streikbrecher durch ihr Zusehen bei der Arbeit von ihrem schändlichen Treiben abzuhalten. Tätlichkeiten kamen dabei nicht vor, obwohl die Aeußerung eines Maschinenmeisters bekannt war, die dahin ging, man müßte die streikenden Arbeiter mit dem Messer bearbeiten.

Der betreffenden Firma ist dieses bekannt, trotzdem benutzt man diesen Helden als Streikbrecher weiter. Alles dies spielt sich in Groß-Kunzendorf, Kreis Neisse, ab. Der dortige Gendarmeriewachtmeister konnte ohne jegliche Schwierigkeiten Ruhe und Ordnung überwachen. Keine einzige Klage wurde dem Ortsvorsteher des Ortes bekannt.

Trotz alledem erscheint eine halbe Hundertschaft grüne Polizei, an der Spitze ein, anscheinend seine Befugnisse nicht kennender Offizier, der ohne langes Zaudern die Arbeiter zum ersten, zum zweiten und zum drittenmal aufforderte, den Platz zu räumen. Die Mannschaft mußte sofort schußbereit machen. Dem Eingreifen der durch Zufall dazu kommenden Streikleitung ist es zu danken, daß nicht Blut geflossen ist.

Auf Befragen der Streikleitung beim Ortsvorsteher, wird uns die verblüffende Antwort, daß weder dem Amtsvorsteher noch dem Landrat von dem Herbeiholen der Grünen etwas bekannt sei. Der Gendarmeriewachtmeister erklärt sich nach wie vor imstande, die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten zu können, ebenso der Ortsvorsteher.

Wir fragen hiermit öffentlich bei den zuständigen Behörden an, welcher Behörde steht es zu, Sicherheitspolizei einzusetzen? Wir fragen, wer hat diese eingesetzt und auf wessen Anruf?

Wir fragen weiter, ob man bereit ist, den betreffenden Offizier für sein gänzlich unverantwortliches Verhalten zur Verantwortung zu ziehen, ihn nicht weiter auf friedlich kämpfende Arbeiter loszulassen, auf die Arbeiter, die bisher den wesentlichsten Teil öffentlicher Steuerlasten zahlten, damit diese Helden besoldet werden können?

Wer trägt die Verantwortung, wenn die Arbeiter, gereizt durch derartige Provozierungen, die Ruhe verlieren und zur Selbsthilfe greifen? Keine Stelle findet sich, die dafür zu sorgen bereit ist, daß den Arbeitern ein bescheidener Ausgleich für die übergroße Teuerung geboten und dadurch das Recht zum Leben gegeben wird. Blaue Bohnen sollen anscheinend wie vor, so auch nach der Revolution, das geeignete Mittel sein, die Arbeiter wieder in die Gewalt der rücksichtslosen Arbeitgeber zu treiben.

Man täuscht sich. Die Arbeiter werden umsomehr erkennen, daß es auszuhalten gilt und jede Provozierung wird den Entschluß hierzu stärken. Die bestreikten Firmen versuchen, die sogenannten Hetzer unter den Streikenden von der Wiedereinstellung auszuschließen. Es ist nicht notwendig, darzulegen, was den Arbeitgebern als hetzen gilt. Braucht es angesichts der überaus niedrigen Entlohnung, der großen Ueberteuerung, der Notlage der Arbeiterschaft noch Hetzer? Für die berechtigte Erregung und Empörung haben die Arbeitgeber und die grüne Polizei gesorgt. Alle Arbeiter, die als Hetzer gelten sollen, haben alles mögliche getan und tun es heute noch, die Erregung zu dämpfen, die bei weniger aufgeklärten Arbeitern leicht Ausartungen aufkommen ließe, wenn derartige Provozierungen erfolgen.

Wenn man schon ganz unnötigerweise glaubt, den Arbeitgebern militärische Hilfe mit Maschinengewren (ein solches wurde auch auf dem Auto mitgeführt) angedeihen lassen zu müssen, ist es dann unbescheiden, wenn die Arbeiter verlangen, daß man auch ihnen hilft, ihre Lebensexistenz zu sichern, oder sie doch mindestens bei dem Kampf um diese ungeschoren zu lassen!

Wo ist eine Behörde, die nur annähernd so schnell zu diesem Zweck einzugreifen bereit ist, wie es dem Arbeitgeber gegenüber getan wurde, mit Maschinengewehren?

Wir warten darauf, werden aber vergebens warten.

Das Interesse der Allgemeinheit erfordert kein Eingreifen in solchen Angelegenheiten, wo es für die Arbeiter gelten sollte. Das lehren uns Antworten, die von Demobilmachungsbehörden stammen. Die Steinarbeiterschaft ganz Schlesiens steht hinter den im Kampf stehenden Bezirkskollegen, nicht zuletzt auch die Arbeiterschaft der den Kampforten naheliegenden Industrien. Die Arbeiter werden gestützt und unterstützt durch diese, den Kampf bis zum erfolgreichen Ende führen.

Trotz Maschinengewehren, trotz Kapitalisten und ihren besoldeten und unbesoldeten Trabanten. Arbeitsangebote nach dort sind unbedingt zu meiden!

Zentralverband der Steinarbeiter,
Gau II, Liegnitz.

Vom schlesischen Arbeitsmarkt.

Das Schlesische Landesarbeitsamt übersendet uns für die Zeit vom 15. bis 21. September folgenden Wochenbericht:

Wesentliche Aenderungen in der Arbeitsmarktlage waren in der Berichtswoche nicht zu beobachten. Die günstige Entwicklung hat anscheinend weiter angehalten, wenn sie auch verschiedentlich durch die allenthalben sich zeigenden Lohnbewegungen gestört wird.

In der Landwirtschaft nahm die Vermittelungstätigkeit infolge des Bedarfs an Arbeitskräften für die Hackfruchternte erheblich zu. Besonders starke Nachfrage bestand an jüngeren Burschen und weiblichen Arbeitskräften.

Im Bergbau ist die Arbeitsmarktlage unverändert. Der Streik bei der Braunkohlengrube „Babina" bei Muskau/OL. konnte beigelegt werden. Dagegen ist die Belegschaft der Grube „Erika" bei Hoyerswerda in Streik getreten; Verhandlungen wegen Wiederaufnahme der Arbeit schweben zurzeit noch. Wegen Lohndifferenzen streiken die Arbeitskräfte der Firma Thust & Hähnel, Marmorwerke in Gnadenfrei; es wird jedoch gehofft, den Streik baldigst beilegen zu können.

Die Beschäftigungslage in der Oberlausitzer Glasindustrie scheint sich etwas günstiger zu gestalten, da die vor einigen Wochen angekündigten Entlassungen vermieden werden konnten.

In der Metallindustrie hält die Besserung der Arbeitsmarktlage nach wie vor an. So konnten in Liegnitz sämtliche erwerbslose Schlosser untergebracht werden.

Auch im Holzgewerbe hält die Aufwärtsbewegung an; namentlich fanden Neueinstellungen in der Möbeltischlerei statt.

In der Papierindustrie konnte eine Anzahl Neueinstellungen, besonders im Habelschwerdter Bezirk, beobachtet werden.

Nach wie vor günstig ist die Arbeitsmarktlage in der Textilindustrie, wo zum Teil qualifizierte Arbeitskräfte in ausreichendem Maße nicht beschafft werden konnten.

Im Nahrungsmittelgewerbe fand eine Anzahl von Neueinstellungen, namentlich von weiblichen Arbeitskräften, in Gurkeneinlegereien und Konservenfabriken statt.

Das Bekleidungsgewerbe ist zurzeit ebenfalls noch gut beschäftigt. Nachfrage nach gelernten Schuhmachern übersteigt das Angebot.

Im Baugewerbe besteht weiterhin Mangel an Maurern und Zimmerleuten.

Ungünstiger gestaltet sich die Arbeitsmarktlage im Gastwirtsgewerbe, wo durch den Saisonschluß eine Anzahl von Arbeitskräften stellungslos geworden ist.

Im oberschlesischen Abstimmungsgebiet hat die Arbeitsmarktlage gegenüber der Vorwoche eine geringe Verschlechterung erfahren, die insbesondere in den Bezirken Königshütte und Oppeln in die Erscheinung trat. Die Nachfrage nach Arbeitskräften war am größten für ungelernte Lohnarbeit und häusliche Dienste (Hindenburg, Beuthen, Kattowitz), sowie für die Steinindustrie, das Bau- und das Bekleidungshandwerk (Kattowitz, Oppeln), geringer für den Bergbau Königshütte, Kattowitz) und unbedeutend für die Landwirtschaft (Leobschütz, Pleß).

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt ist die rege Nachfrage nach brauchbarem Hauspersonal bestehen geblieben.

Die Berufsberatung und Lehrstellenvermittelung in Schlesien.

Das Provinzial-Berufsamt zu Breslau teilt uns mit:

In der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni d. Js. sind die Berufsämter der Provinz von 11 106 männlichen, 7569 weiblichen Schulentlassenen, von 406 männlichen und 303 weiblichen Erwachsenen, zusammen von 19 429 Personen, in Anspruch genommen worden.

Davon wurden nach vorangegangener Berufsberatung in ein Lehrverhältnis überführt 6574 männliche, 3828 weibliche Schulentlassene, 83 männliche und 45 weibliche Erwachsene, zusammen 10 525. Auf das Handwerk allein entfallen davon 3529 männliche, 278 weibliche Schulentlassene, 120 männliche, 27 weibliche Erwachsene. In eine Laufbahn bezw. Arbeitsverhältnis gingen, soweit die Berufsämter bezw. Arbeitsnachweise hierbei beteiligt waren, 1128 männliche, 856 weibliche Schulentlassene, 216 männliche, 179 weibliche Erwachsene. — An der berufsstatistischen Berichterstattung sind 47 Berufsämter beteiligt, während 13 Fehlanzeigen erstattet haben.

In einzelnen Kreisen Niederschlesiens (Mittel- und Niederschlesiens) sind die Berufsämter erst im Entstehen begriffen, während in Oberschlesien die Tätigkeit in mehreren Kreisen gänzlich ruhte.

Wozu ein Landwirt den hohen Kartoffelpreis benötigt.

Die heutigen hohen Kartoffelpreise sind manchem Landwirt noch zu niedrig und man versucht sogar, Beweise dafür zu erbringen. Damit vergleiche man folgendes Beispiel, das unser Parteiblatt in Hannover, der „Volkswille", veröffentlicht:

„Einen Sprung von 200 Mark auf 10 000 Mark hat die Pacht der Feldmarksjagd zu Abbesbüttel bei Meine erlebt. Die umfaßt 1100 Morgen und erbrachte bislang jährlich 200 Mark, jetzt wurde sie an den Landwirt O. Hinze, Abbesbüttel, für 10 000 Mark verpachtet. Er meinte, zwei Morgen Kartoffeln brächten ihm das reichlich ein."

Aus 2 Morgen Kartoffeln holt also dieser gute Mann so viel heraus, daß er den Pachtpreis einer Feldmarksjagd von 200 auf 10 000 Mark hinauftreiben kann.

Tschirne. Der Herr Stationsvorsteher von Tschirne, A. Nabig, huldigt als republikanischer Beamter (wenigstens sein Geld nimmt er von der Republik), echt monarchistischen Sitten. Ging er da am 25. d. Mts. gegen ½2 Uhr nach Haus und schmetterte, die Nachtruhe störend, ein kraftvolles „Heil dir im Siegerkranz" in die Luft, dem er schnell noch „Ich bin ein Preuße" folgen ließ. Als ihm die nächtliche Ruhestörung von Leuten untersagt wurde, drohte er ihnen mit Schlägen. Man trat ihm aber energisch gegenüber und der Held verschwand spurlos im Dunkeln. So sieht der republikanische Stationsvorsteher von Tschirne aus.

Neurode. Einen entsetzlichen Tod fand auf dem Bahnhof Ludwigsdorf der Streckenarbeiter Spitzer aus Königswalde. Als er die Gleise revidierte, blieb er mit einem Fuß zwischen zwei Schienen hängen und konnte sich nicht mehr befreien. Im selben Moment kam eine Lokomotive an diese Stelle, und Spitzer mußte bei vollem Bewußtsein dem Tode ins Auge sehen. Er wurde auf der Stelle getötet.

Beuthen. Ein Einbrecher erschossen. Bei einem Bäckermeister in Antonienhütte versuchten am Montag Einbrecher einzudringen, wurden jedoch von der Gemeindewache beobachtet und verfolgt. Drei Einbrecher konnten festgenommen werden, während der vierte, namens Schweda, bei der Verfolgung von der Gemeindewache erschossen wurde.

Die Valuta.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	29. 9.	28. 9.		29. 9.	28. 9.
amerikan. Dollar	0,61	0,78	Schweiz. Franken	4,70	4,58
englische Schilling	4,26	4,23	österr. Kronen . .	1383,12	1269,03
französ. Franken	11,44	11,13	polnische Mark. .	—,—	—,—
holländ. Gulden	2,55	2,45	tschechosl. Kronen	78,70	77,91

Wasserstand

vom 30. September 1921.

Ratibor	—	Glatze (Unter-Pegel)	1,57
Krappitz	2,07	Brieg (Ober-Pegel)	2,06
Cosel	—	(Unter-Pegel)	2,40
Brieg (Mastenkran)	1,55	Breslau	0,52
Koiwitz	1,11	Oderwitz	—0,21
Neisse (Ober-Pegel)	3,78		

Wassertemp.: 12,1°.

Bis ½8 Uhr gewöhnl. Preise! Ab ½6 1 Mk. Zuschlag

SCHAUBURG VIKTORIA-THEATER DK

½5 ½7 ½9 Uhr!

Gewöhnliche Preise!! 3 Sensations-Schlager!

Vox populi cinemis Est volumias directoris **Erstaufführung!** In beiden Theatern: **Erstaufführung!** Wiederum ein Schlager-Programm!

Die Königin der Gartenstrasse oder Duftendes Unkraut

Eine Vision eines Künstlergeistes in 6 Akten nach dem Roman: „Die Gassenkönigin“

Außerdem: Nur in der Schauburg!

Der Original-amerikanische Film: 4396

Die „gelbe“ Schmach von San Franzisko

5 Sensations-Akte, nur von Chinesen gespielt.

Varietéschau:

Gebrüder Krämer, Kraftgenies — **Marx**, Humorist

Außerdem: Nur im DK-Theater!

Auge um Auge 5 Akte

oder: Die Höhle von La Christa

Im Tal des Schreckens 5 Akte

Caro AB!!!

Stadt-Theater.

Freitag 7 Uhr:
Der Rosenkavalier.
Sonnabend 7½ Uhr:
Cavalleria rusticana
Hierauf: Der Bajazzo.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Tiefland.
Abends 7½ Uhr: Die Zauberflöte.

Schauspielhaus.

Operettenbühne. Tel. Ring 2565.
Freitag 7½ Uhr:
Das Hollandweibchen
Sonnabend u. tägl. 7½ Uhr:
Neu einstudiert
Der Opernball.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Die Förster-Christel.

Liebichs Varieté.

Freitag, den 30. 9. 1921 abends 7½ Uhr:
Wohltätigkeits-Vorstellung
zugunsten der Hinterbliebenen der bayerischen Katastrophe.

Jupiter Lichtspiele

Neudorfstr. 35.

? Lotte Neumann ?
oder
? Hilde Wolter ?
in dem großen Film
Büßer der Leidenschaft
Die Geschichte einer Liebe in 5 Akten.

Die vier Teufel
Ein Zirkusdrama voll Leidenschaft und Sensationen in 3 großen Akten.

Die Braut auf 24 Stunden
Famoses Lustspiel in 3 Akten.

Zeltgarten

Täglich 7½ Uhr:
Heut letzter Abend!
Das brillante September-Programm.
Morgen Sonnabend:
Vollständig neues Programm

KWT Kaiser Wilhelm Theater

Gartenstraße 95.
Von Freitag bis Montag
Das größte Ereignis
Der verboten gewesene Sitten-Schlager
(jetzt von der Reichszensur freigegeben).
„Aus eines Mannes Mädchenjahren“.
Nach dem bekannten Roman von N. O. Body.
In der Hauptrolle:
Erika Gläßner
7 große Akte.

Ferner: 7124
Der Aufsehen erregende Regie-Meisterfilm
Ein Herr der Welt
(Johann Baptista Lingg)
Das große Drama aus dem bewegten Gebiet
mit Carl Auen.
5 große Akte.

Lauten Gitarren Mandolinen
auch echt italienisch nebst all. Zubehör in bewährter Güte zu mäßigen Preisen
Carl Quandt,
45 Ohlauer Straße 45
Reparaturen billigst.

Vereinigte Theater in Breslau.

Direktion: Paul Barnay.

Lobe-Theater. Tel. 6774 **Thalia-Theater.**

Freitag, den 30. September, 7½ Uhr abends:

Kunstgemeinde Serie F.
Erste Vorstellung:
„Gehörnter Siegfried“ und „Siegfrieds Tod“.

„Der Mann ohne Vergangenheit“.

Kunstgemeinde am Lobe-Theater.

Serie A. 2. Vorstellung, Dienstag, den 4. Oktober: „Kriemhilds Rache“.
Serie G. 1. Vorstellung, Freitag, den 7. Oktober: „Der gehörnte Siegfried“ und „Siegfrieds Tod“.
Serie B. 2. Vorstellung, Montag, den 10. Oktober:
Serie C. 2. Vorstellung, Freitag, den 14. Oktober:
Serie D. 2. Vorstellung, Montag, den 17. Oktober: „Kriemhilds Rache“.

IM REICH DER MODE
Ausstellungsgebäude Scheitnig
Volkstüml. Eintrittspreis Mk. 5.50
(einschl. Steuer) 7125
In Ausstellungscafé täglich nachmittags 3½—5 Uhr
Konzert :: Tanzvorführungen
künstl. Vorträge Jos. Halpern
Sonnabend und Sonntag letzte Tage
Sonntag: Verlosung
der von den Firmen W. Hamburger & Co. und Joseph Spanier & Sohn gestifteten Gegenstände

Liebich-Kabarett 7102
Tanzpalast u. Weinrestaurant.
Täglich 8 Uhr: Das große Septemberprogramm

Achtung! Achtung!
Nur für Breslau!
Ab 1. Oktober:
Die urwüchsige 7111
Bauern-Kapelle in Ober-Bayern
Gartenstraße 65.
Anfang Sonntags 4 Uhr.
Wochentags 7 Uhr.

Billigste Lebensmittel
sind nur
Teichstraße 23

PALAST Theater

7122
Heute spielt:
Lia Mara
die gefeierte Künstlerin in:
Im Sektrausch!
nach dem bekannten Ullstein-Roman
Fasching!
Ein Großfilm, den jeder sehen muß. 6 Akte.
Dazu:
Die Tages-Sensation
Der Goldschatz in der Vulkanhöhle
Das größte aller Abenteuer. 6 Akte.

Obstbaumgärtner! Obstbäume (Hoch- u. Halbst.) stark, mit älteren Kronen und Reben hat noch abzugeben. G 474
Karl Roßdeutscher, Obstbaumgärten, Peterwitz, Post Domsig.

Volks-Theater „Luna-Säle“

Ab 1. Oktober: Ende Hubenstr. Ab 1. Oktober:
Große Internationale
Ringkampf-Konkurrenz
um Geldpreise im Gesamtwerte von **20000 M.**
Es nehmen folgende Ringer daran teil:
Richard Schikat, Meisterringer von Nord-Deutschland.
Lotto, Leichtgewichtsmeister von Finnland.
Hadschi Weinura, Meisterringer der Mandschurei.
August Brylla, Meisterringer, Oberschlesien.
Olaf Nestrom, Meisterringer von Lettland.
Ivan Petrowitsch, Meisterringer von Rußland.
Jaan Jaago, Europameister, Estland.
Hans Kaman, Weltmeister, Wien.
Karl Johnson, Litauen.
Valentin Mokni, Meisterringer, Posen.
Franz Goldbach, Meisterringer von Oesterreich.
Hans Sandau, Meisterringer, Berlin.
Leon Pinetzki, der polnische Riese.
Fritz Kalt, Breslau.
Die Konkurrenz steht unter Kontrolle des Internationalen Ringerverbandes Berlin. Volkstüml. Eintrittspreise. Tägl. ringen 3 Paare.
Fahrtverbindung mit Linie 6. 7084
Wochent. Anfang der Vorstell. um ½8, Sonnt. 7 Uhr.
● Sonntag auch der Vorstellung: **Tanzkränzchen.** ●

Allerfeinste
Molkerei-Tafel-Butter
täglich frisch Pfund 31 Mark.
Felix Scholz, Klosterstr. 53
am Mauritiusplatz. Telefon: Ring 102.

Jupiter Lichtspiele

Wurtenbergstraße 30/32 7126
Der Meisterdetektiv
Harry Hill gegen den
Geheimbund der Falken
Fabelhafte Sensationen in 5 Akten.
Ferner im Beiprogramm:
„Das Telephon-Kätzchen“
Jeden Sonntag: Große Kinder-Vorstellung.

Apollo-Lichtspiele, Adalbertstraße 8

Freitag, den 30. September, nachmittags 4 Uhr:
Große Eröffnungsvorstellung
mit dem besten Repertoir der Ufa
„Scherben“ (Von der Leidenschaft und vom Tode)
Familientragödie in 5 Akten mit Werner Krauss und Edith Posska.
Außerdem:
„Jacks Geheimnis“ (Die Irrfahrten eines Testaments)
Humoristisches Sensationsdrama in 5 Akten 4402
Fast menschliche Intelligenz einer Affen.

NEPTUN

Eine große Teuerung steht vor den Toren!

*

Dringend raten wir!

sich vollständig zwanglos unsere Qualitäten zeigen zu lassen und die Preise zu vergleichen.

Wir haben für mehrere Millionen Mark Schuhwaren abgeschlossen und verkaufen, solange Vorrat, zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Nachstehend lassen wir ein Kleines Preisverzeichnis folgen:

Damen-Halbschuhe schwarz entzückende Formen 78.50, 87.50, 95.50, 105.50, 125.50, 145.50, 165.50		72.50
Damen-Halbschuhe braun hochmod. Formen 125.50, 135.50, 165.50		110.50
Damen-Lack-Spangen- u. Schnürschuhe 195.50, 225.50		165.50
Damen-Lack-Spangen- u. Schnürschuhe Rahmenware 285.50		235.50
Damenstiefel schwarz, gute Paßform 135.50, 145.50, 165.50		125.50
Damenstiefel schwarz, Rahmenware, 195.50 225.50		185.50
Damenstiefel braun, hochmodern 195.50, 210.50		185.50
Herrenstiefel schwarz, gute Qualität 135.50, 145.50, 165.50		125.50
Herrenstiefel schwarz Rahmenware 225.50		195.50
Herrenstiefel braun, elegante Form 225.50, 245.50		185.50
Knabenstiefel schwarz, extra starke Qualität		125.50
Kinderstiefel schwarz 87.50 95.50, 125.50		82.50
Kinderstiefel braun 27—30 31—35 139.50		125.50
Hausschuhe 12.50, 16.50, 19.50, 20.50, 28.50, 38.50		10.75
Strümpfe in allen Farben		13.75
Socken 7.50, 6.75		5.50

Leinen-Schuhe Schnür- und Spangen 75.50, 72.50 **54.50**

Füll-Leisten 6.75 Holz-Leisten 12.50 und 13.50

Schuhhaus Neptun G. m. b. H.

Reuschestraße 2.

7101

Verantwortlicher Redakteur Reinhold Busch. — Redaktion: Flachstraße 4. — Hauptexpedition: Flachstraße 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H. in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 30. September.

Die Berichterstattung vom Parteitag.

Die gestrige Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins im Gewerkschaftshause war sehr gut besucht. Die Parteitagsdelegierten Pietsch und Genossin Münz gaben ihren Bericht. Genosse Pietsch befaßte sich insbesondere mit den Fragen der Regierungskoalition. Er vertrat den Standpunkt, daß nicht nur die Beteiligung an der Regierung eine wichtige Rolle spiele, sondern eine weit größere auch die Gewinnung der Macht durch die proletarischen Massen. Doch ist es selbstverständlich, mitzuarbeiten, wenn wir in unserem Sinne weiter ausbauen wollen; die jetzigen Regierungsparteien haben vieles, was die Arbeiterschaft erreicht hatte, schon wieder abgebaut. Wir sind grundsätzlich gewillt, mit republikanischen Parteien zusammenzuarbeiten. Im Augenblick aber erscheint es nicht klug, da unsere Partei sicher für viele Beschlüsse des gesamten Kabinetts den Prügelknaben abgeben müßte.

Des weiteren sprach Genosse Pietsch noch über den Bericht der Reichstagsfraktion. Die Quintessenz des Fraktionsberichtes aber sei gewesen: Wir haben schwer kämpfen müssen und herzlich wenig erreicht. Das Referat des Genossen Keil über Steuerpolitik sei eine glänzende Abrechnung mit der Finanzpolitik eines Helfferich gewesen.

Genossin Münz behandelte die Frage der Regierungsbildung im bejahenden Sinne. Auf allen Gebieten der Staatsverwaltung siegt mehr und mehr die Reaktion. Nur Mitarbeit gewährleistet Umgestaltung nach unseren Wünschen. Auch wollen die Wähler sehen, daß sich die Verhältnisse bessern. Durch die Koalition mit der Volkspartei soll der Reaktion das Wasser abgegraben und den Deutschnationalen der Bundesgenosse entzogen werden.

Genossin Münz spricht dann noch über das hochbedeutsame Referat Hermann Müllers betreffend die Revision des Versailler Friedens und würdigt das neue Parteiprogramm als Markstein in der Geschichte der Partei.

Eine Resolution aus der Versammlung verlangt, daß alle Parteimitglieder nach Kenntnisnahme der Berichte es als Pflicht und Forderung der Disziplin betrachten, sich den Parteitagsschlüssen zu fügen.

In der sehr anregenden Diskussion sprachen die Genossen Prof. Fuchs und Dr. Marck für, Genosse Dr. Hamburger gegen ein Zusammengehen mit der Volkspartei. Verlangt wird, daß von den in der Resolution des Parteivorstandes enthaltenen Forderungen für die Möglichkeit einer Regierung mit anderen Parteien nicht abgegangen werden darf.

Genosse Peus, Landtagspräsident von Anhalt-Dessau, schildert die dortigen Verhältnisse, die durch eine große sozialdemokratische Mehrheit sich sehr gut entwickeln konnten. Anders sei es erst geworden durch die Uneinigkeit der Arbeiterklasse. Mitgeschafft muß werden, wenn etwas für uns herauskommen soll.

Der vorgerückten Zeit wegen und um über diese wichtigen Fragen noch ausführlich diskutieren zu können, wird die Versammlung auf Antrag mit allen gegen drei Stimmen vertagt.

Die Versammlung in den Zentralball-Sälen, die sich mit der Berichterstattung von dem Parteitag beschäftigte, war schwach besucht. Genosse Mache gab als erster Berichterstatter zunächst ein allgemeines Stimmungsbild, um dann den Bericht der Reichstagsfraktion und den Vorstandsbericht zu behandeln. Hierbei ging er besonders auf die auf dem Parteitag angenommene Entschließung zur Regierungsbildung ein und kam zu dem Schlußergebnis, daß es dringendes Erfordernis zur Sicherung der Republik ist, die Regierungsgewalt nicht in die Hände von Antirepublikanern übergehen zu lassen, daß die einzig zuverlässige republikanische Partei verpflichtet ist, am Steuer der Republik mit zu sitzen. (Lebhafter Beifall.) Darauf behandelte in eingehender Weise der Genosse Eckstein die Schaffung des neuen Parteiprogramms, die ungeheure Arbeit, die geleistet ist und das Ergebnis gezeigt hat, daß uns heute wieder ein Programm voranleuchtet, das eine wuchtige Waffe der Sozialdemokratie sein wird. Besonders besprach er den theoretischen Teil, dessen Schöpfer Stampfer ist und der die allseitige Zustimmung fand. In der Frage der Regierungsbildung vertrat er den Standpunkt der ablehnenden Minderheit, um nachzuweisen, daß die Haltung der Opposition im Interesse der Partei notwendig war. (Beifall.) Die Diskussion, die darauf folgte, drehte sich lediglich um das Für und Wider zu der Entschließung der Regierungsbildung. Als Befürworter der Entschließung sprach zuerst Genosse Kaufmann, der in außerordentlich wirkungsvoller Weise sich hinter den Beschluß des Görlitzer Parteitages als eine unbedingte Staatsnotwendigkeit stellte. Außerdem sprachen noch als Befürworter die Genossen Stahn, Pietzonka und Jüttner. Gegen die Entschließung wandte sich die Genossin Zils und die Genossen Dziuballe, Kuhlau und Vogel. Ein Antrag auf Vertagung der Versammlung, der um ½12 Uhr gestellt wurde, wurde von der Versammlung gegen wenige Stimmen fast einstimmig abgelehnt.

In ihren Schlußworten verteidigten die Genossen Eckstein und Mache noch einmal die Auffassung der Mehrheit und der Minderheit.

Eine vom Genossen Vogel vorgeschlagene Entschließung, welche die Beschlüsse von Görlitz mißbilligt, wurde dann, es war fast ½1 Uhr geworden, abgelehnt. Nach Bekanntgabe einiger Parteiangelegenheiten und einem anfeuernden Schlußwort des Genossen Fladung, nun hinauszugehen, und alle Kräfte in den Dienst der Sozialdemokratischen Partei und damit der gesamten Arbeiterbewegung zu stellen, wurde die sehr anregende Versammlung geschlossen.

Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Versammlung arbeitete die Tagesordnung und vier Dringlichkeitsanträge in verhältnismäßig kurzer Zeit auf. Die erste längere Aussprache löste der Magistratsantrag zur Schaffung eines

Gedenkblattes als Ehrung für besondere Dienste

aus, den Stadtv. Schink (Z.), der die Vorlage begründete, in den Ausschuß verwiesen wissen wollte. Er erklärte, daß man heute, wo am Schulwesen so gespart werde, nicht 27 000 Mark für ein Gedenkblatt wegwerfen könne. Unsere Fraktion ging noch weiter und ließ durch Stadtv. Wolff (Soz.) die glatte Ablehnung der Vorlage beantragen, da gerade in der heutigen Zeit der Not eine solche Ausgabe als dem Sparsamkeitsgeiste widersprechend unnötig sei und das Geld für die unglücklichen Opfer der Katastrophe von Oppau angebrachter wäre. Eine Anzahl bürgerlicher Redner spricht für Ausschußberatung. Der Oberbürgermeister Dr. Wagner vermeint die Notwendigkeit einer solchen Urkunde zu beweisen und erklärt, daß z. B. während des Krieges die von der Stadt für Opferwilligkeit verliehenen Diplome überall große Freude ausgelöst hätten. Auch Stadtbaurat Berg erklärte, daß es sich bei dieser Urkunde um eine anständige Form der Anerkennung für der Stadt geleistete Dienste handle. Ferner die künstlerische Qualität des Entwurfes werde er im Ausschuß sprechen. Stadtv. Uhr (Z.) spricht in Anbetracht der hohen Kosten der Urkunde und des kaum zu enträtselnden Entwurfes, der der Versammlung vorliegt, für Ablehnung. Dieser Meinung schließt sich Dr. Goehlich (Dtn.) an. Die Vorlage wird, wie Stadtv. Wolff (Soz.) beantragt hatte, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die vom Magistrat beantragte Bereitstellung eines Kredits für

eine Hilfsaktion für Kleinrentner

wurde vom Berichterstatter Dr. Bujakowsky (Dtn.) als viel zu klein angesehen, da der Satz von 2500 Mark zu gering und die Begrenzung bis 60 000 Mark zu niedrig sei. Stadtv. Wolff (Soz.) begrüßte die Vorlage, die auch unserer Fraktion willkommen, aber als nicht weitgehend genug erscheine. Schließlich wurde, nachdem noch Stadtrat Tilgner erklärt hatte, daß man sich mit der Betriebsdeputation noch einigen werde, um den notleidenden Kleinrentnern den Gaspreis zu verbilligen, die Vorlage den Ausschüssen 1 und 2 zu eingehender Beratung überwiesen.

Ohne Aussprache wurde eine Dringlichkeitsvorlage angenommen, die für den

Nachtverkehr der Straßenbahn,

der von ½12 Uhr an rechnet, den Fahrpreis für den Einzelfahrschein auf 2 Mark, für den Umsteigefahrschein auf 3 Mark festsetzt. Die Linien 1, 2, 6, 8 und 18 werden täglich, die Linie 15 nur am Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend im Nachtverkehr fahren. Die letzten Wagen werden abfahren: Linie 1: ab Grüneiche 12,43, ab Westend 12,12, ab Ring 1,07; Linie 2: ab Odertor 12,58, ab Südpark 12,42; Linie 6: ab Pöpelwitz 12,59, ab Strehlener Tor 12,56; Linie 8: ab Moltke-Straße 12,19; ab Neue Schweidnitzer Straße 12,38; Linie 15: ab Lohe-Straße 11,39, ab Oswitz 12,25; Linie 18: ab Gabitz-Straße 12,20, ab Tiergarten-Straße 12,24. Die Wagenfolge ist 12 Minuten.

Heftiger wurde die Aussprache bei dem Dringlichkeitsantrage des Magistrats,

für die Opfer von Oppau

eine Spende von 10 000 Mark zu bewilligen. Hierzu lag ein Antrag Wolff (Soz.) vor, die Spende auf 25 000 Mark zu erhöhen, da man durch Ablehnung der Ehrenurkunde 27 000 Mark gespart und das Geld für die Opfer der entsetzlichsten Katastrophe, die jemals die Industrie betroffen, besser angewandt sei. Die Bürgerschaft werde das schon verstehen. Stadtrat Prescher erklärte, daß der Antrag auf Anschaffung einer Ehrenurkunde in anderer Form bald wiederkehren werde, die Versammlung bedenken möge, daß sie fremdes Vermögen verwalte, und es vielleicht genug sei, wenn man die Summe von 10 auf 15 000 Mark erhöhe. Demgegenüber betonte Stadtv. Frey (Soz.), daß es die Pflicht sei zu helfen. Ein so ungeheures Unglück werde sich hoffentlich nie wiederholen. Woher Herr Stadtrat Prescher mit so großer Sicherheit wisse, daß die Vorlage mit der Ehrenurkunde wiederkäme, sei ihm ein Rätsel. Er erwarte so viel republikanischen Geist, daß zur Belohnung für der Stadt geleistete Dienste eine Ehrenurkunde für den fortschrittlich Denkenden nicht notwendig sei: Stadtrat Prescher erklärte, daß solche Unglücke periodisch wiederkämen und daß bei dem Unglück in Oppau in erster Linie die chemische Industrie eintreten werde. Sein Gefolgmann Stadtv. Dr. Wohlauer (Dem.) betonte, daß es wirklich nicht angebracht sei über die Vorschläge des Magistrats hinauszugehen. Noch einmal wies Stadtv. Wolff (Soz.) darauf hin, daß die Versammlung wohl wisse, was für Gelder sie zu verwalten habe, daß aber die Oeffentlichkeit es wohl verstehen werde, wenn man mehr gäbe. Die Industrie, die ja für das Unglück zunächst aufzukommen habe, wird zunächst für die Sicherung des eigenen Kapitals Sorge tragen, ehe sie an die unglücklichen Opfer denke. Die Vorlage wurde daraufhin mit dem Ergänzungsantrag Wolff angenommen und 25 000 Mark für die Opfer von Oppau bereitgestellt. Bemerkenswert war, daß für die erhöhte Summe Sozialdemokraten, Zentrum und Deutschnationale stimmten, während die Demokraten versagten.

Die von den Ausschüssen 4 und 5 empfohlene Annahme der Magistratsvorlage zur Pachtung des Geländes der Arbeitslehrkolonie für Schwachbefähigte in Zimpel wurde genehmigt.

Zur Anwendung der Verordnung über die Gewährung von Notzuschlägen auf die städtischen Beamten wurden rund 9 Millionen bewilligt.

Angenommen wurden u. a. ferner: Die Errichtung hauptamtlicher Stellen an der Gewerbeschule und den kaufmännischen Schulen; die Erhöhung der Sätze für Hilfsunterricht an den höheren Schulen; die Erhöhung der Vergütung für nebenamtlichen Unterricht und Ueberstunden; der Bau von Kanälen in den Kleinsiedlungen Zimpel, Eichborngarten und Pöpelwitz und eine Beihilfe an den Ortsausschuß zur Veranstaltung des deutschen Alkoholgegnertages in Breslau.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Gebt für Oppau!

Spendenannahme: Alle Reichsbankanstalten
alle Banken, alle Postanstalten

Postscheckkonten: Ludwigshafen Nr. 15000
Frankfurt a. M. Nr. 55000, Berlin Nr. 117000

Geschäftsstelle
des Reichshilfsausschusses für Oppau
Reichsarbeitsministerium Berlin
Scharnhorststr. 35

Erster schlesischer Heimstättentag in Breslau.

Außer Dr. Damaschke, dessen Vorträge wir besonders behandeln, sprachen Johannes Lubahn über „Gewerkschaft und Heimstätte", Adolf Otto über „Genossenschaftsfragen", Geheimer Justizrat Dr. Erman-Münster über „Rechtsfragen der Heimstättensiedlung", Oberregierungsrat Dr. Rusch-Dresden über „Finanzierung der Heimstätte", sowie Regierungsbaumeister Dr. Kruschwitz-Dresden über „Massenmietshaus oder Kleinhaus".

Die Vorträge waren durchweg so interessant und lehrreich, daß wir später auf sie zurückkommen werden.

Im großen Saale des Konzerthauses waren siedlungstechnische Pläne und Modelle ausgestellt. Am Mittwoch abend veranstaltete Architekt May, hier, einen Lichtbildervortrag „Aus der Praxis des Heimstättenbaues in Schlesien".

Am selben Abend sprach gegen 7 Uhr Damaschke zu der Jugend.

Den Schluß des Heimstättentages bildete ein „Schlesischer Abend" im Konzerthaussaale.

Der Heimstättentag bot den Teilnehmern eine Fülle von Stoff — eigentlich zu viel für zwei Tage —, zu dessen Bearbeitung die Teilnehmer nun in ihren Heimatskreisen reichlich Gelegenheit haben werden.

Mögen sie die Worte beherzigen, die ihnen Lubahn zurief: Voran, selbst in Ketten voran!

Damaschke's Vortrag.

Nach Beendigung der Begrüßungsreden, die schon deshalb interessant waren, weil alle Redner sich zum Heimstättengedanken bekannten, trat der Prediger der Bodenreform, Dr. Adolf Damaschke, vor das Rednerpult, um über „Heimstättenwesen, Geschichtliches und Grundsätzliches" zu sprechen. Wir können, so begann Damaschke, von einer Tragödie der Heimstätten- und Bodenreform sprechen. Wie leicht wäre es vor dem Kriege gewesen, den Heimstättengedanken zu verwirklichen, wenn Volk und Regierung es nur gewollt hätten. Für die Unsummen, die im Kriege ausgegeben sind, hätten wir uns ein Eden schaffen können. Trotzdem nun im Kriege die Erkenntnis, unsere ganze Wohnungsfrage ganz anders wie bisher zu lösen, gewachsen ist, ist es so furchtbar schwer. Wenn der Krieg uns das gebracht hat, daß wir endlich die Mietskaserne ablehnen, dann hat er doch wenigstens einen Zweck gehabt.

Wir müssen einen geschichtlichen Rückblick machen, wir dürfen an der Vergangenheit nicht vorüber gehen, wir werden dann feststellen, daß es sich bei unserer heutigen Not um keine akute Krankheiten handelt, sondern um eine organische Krankheit, die die Wurzel unseres Volkstums verdorben hat.

Wie leicht dachte ich mir die Bekämpfung der Wohnungsnot vor 32 Jahren! Ja, schon damals gab es eine Wohnungsnot. Oder sollten wir es anders nennen, wenn in einer „Wohnung", die aus einem heizbaren Zimmer bestand, dauernd sechs und mehr als sechs Personen „wohnten" oder zwei heizbare Zimmer mit elf und mehr Personen besetzt waren. In Breslau gab es 6876 derartiger Wohnungen, in der stolzen Kaiserstadt Berlin 24 440. In Halle sollten die Verhältnisse besser liegen, so behauptete der dortige Magistrat. Da wurde auf unsere Veranlassung eine Nachprüfung vorgenommen. Wir einigten uns: die Wohnungen sollten als genügend gelten, bei denen wenigstens 10 Kubikmeter Luftraum auf den Erwachsenen, 5 auf den des Kindes kämen. Nachdem man im ersten Polizeirevier geprüft hatte, hörte man auf, denn hier wurden bereits 148 Wohnungen ermittelt, die nicht mal diesen geringsten Anforderungen entsprachen. In Preußen darf kein Zuchthaus gebaut werden, das dem Sträling nicht wenigstens 28 Kubikmeter Luft sichert. Es war eine innere Unaufrichtigkeit, wenn man damals sagte: Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser. Man wußte gar nicht, wie faul die Wurzel war.

Dann schilderte Redner die Volkskrankheiten, die speziell als Mietskasernenkrankheiten gelten. Tuberkulose usw. Weiter hielt er den Verwaltungen, Behörden und Beamten den Spiegel hin. Es ist traurig, daß ihre Hauptaufgabe darin bestand, den Etat zu balanzieren. Woher kamen nun die Massen, die sich in den Städten ansammelten? Es waren mal Bauern, ihr Land hatte der Großgrundbesitz aufgesogen. In einem Jahre zogen allein in Preußen 200 000 Menschen vom Lande in die Stadt. Und an ihre Stelle traten polnische Wanderarbeiter, bedürfnislose Menschen, die für unsere Geschäftswelt wegen ihrer Bedürfnislosigkeit nichts bedeuteten. Deshalb müssen wir eine große Heimstättenbewegung für Stadt und Land haben. Wir können die Wohnungsnot nicht bekämpfen, wenn wir dem Boden auf dem Lande den Warencharakter nicht nehmen. Auch die Gewerkschaften haben die Wichtigkeit der Wohnungsfrage jetzt eingesehen. Früher glaubte man, daß die soziale Frage eine reine Lohnfrage sei.

Als der Krieg nun kam, sagten wir uns: Jetzt müssen wir dafür sorgen, daß das deutsche Volk sein Vaterland erhält. Wir kannten die Not von 1871. Tausende von denselben Landwehrleuten, die bei Kriegsende bei ihrem Einzuge in die junge Reichshauptstadt mit Blumen überschüttet worden waren, lagen am 1. Oktober als Obdachlose auf der Straße, sie hatten keine Wohnung. Um ähnliches zu verhüten, gründeten wir 1915 den Hauptausschuß für Kriegerheimstätten, dessen Mitgliederzahl schnell wuchs. Auch die freien Gewerkschaften unter Legien traten bei. Alles trat nun für ein Kriegerheimstättengesetz ein. Der Reichstag, die Heerführer, die Gewerkschaften und andere. Trotzdem kam das Gesetz nicht. Und als dann im Sommer 1918 die graue Mauer im Westen ins Wanken kam, da wandten sich die Heerführer erneut nach Berlin und verlangten das Gesetz. Doch es kam nicht, wohl aber der Zusammenbruch.

Weshalb kam nun das Gesetz nicht? Diese Frage ist so wichtig, oder die Antwort ist so interessant, daß man sie gar nicht genug stellen und beantworten kann. Eine Heimstätte hat nur dann einen dauernden Wert für die Familie, wenn sie in den gesicherten Familienbesitz übergeht. Was nützen den Nachkommen einer Familie die Heimstätte, wenn sie jederzeit veräußert werden kann. Es kommt eine schwache Stunde, es kommen schlaue Bodenhändler, und der Besitzer verkauft die Heimstätte. Wenn wir die deutsche Familie schützen wollen, müssen wir die Heimstätte schützen. Deshalb verlangen wir: Sicherung der Heimstätte, d. h. der Besitzer sollte die Heimstätte jederzeit an den Ausgeber zurückgeben können, sollte sie aber nicht beliebig verkaufen dürfen. Dieses paßte den Bodenhändlern nicht, sie behaupteten der Staat wird benachteiligt. Kraft ihrer zentralistischen Leitung, kraft der Bedeutung der an ihrer Spitze stehenden Männer gelang es ihnen tatsächlich, die höchste Stelle im kaiserlichen Deutschland, den Kaiser gegen das Heimstättengesetz mobil zu machen. Ein Name ist hiermit ewig verknüpft: Helfferich. Er war es, der dem Monarchen das „Schädliche" des Heimstättengesetzes vor Augen führte. Gutachten von deutschen Rechtsgelehrten und deutschen Geschichtsprofessoren konnten auch an dem Urteile des Monarchen nichts ändern. Die ganze dumme Hetze gegen dieses Gesetz beweist, daß das deutsche Volk in sozialen Fragen nichts gelernt hat.

Nun kam die neue Zeit. Wir kämpften weiter für Befreiung des deutschen Bodens vom falschen Rechte. Wir erreichten manches. Ich erinnere nur an den Artikel 155 unserer Reichsverfassung, an das Reichssiedlungsgesetz und an das Reichsheimstättengesetz. Aber, aber, noch stehen diese Gesetze zum Teil nur auf dem Papier. Wir kämpfen für die Reichsverfassung. Wehe uns, wenn diese nur Papier bleibt. Wenn unser Volk nicht sieht, daß Ernst gemacht wird, dann kommt die zweite Aera der Revolution und daß die ganz anders aussehen wird wie die von 1918, das wissen wir alle.

Der deutsche Boden darf keine Handelsware sein, er gehört der Allgemeinheit. Die Lösung der Bodenfrage bedeutet für uns Aufstieg oder Niedergang.

Lang anhaltender Beifall folgte den von Herzen kommenden und zu Herzen gehenden Worten dieses Rufers in der Not.

* **Elektrisches Läutewerk als Diebesverräter.** In eine Wohnung Wallstraße 37 versuchte in einer der letzten Nächte ein Mann einzubrechen. Er hatte die Eingangstür zurückgedrückt und einen Türriegel bereits zurückgeschoben — da trat das angebrachte elektrische Läutewerk in Tätigkeit, die Bewohner wurden äh geweckt, eilten hinzu und vermochten den Einbrecher zu fassen und der Polizei zu übergeben.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Mitteilungen der Direktionen:

Vereinigte Theater. Das Lobe-Theater bringt, als erste Vorstellung für Serie F seiner Kunstgemeinde, am Freitag Hebbels „Gehörnten Siegfried" und „Siegfrieds Tod" in der Inszenierung von Paul Barnay zur Aufführung; ein freier Verkauf für alle Platzgattungen ist gleichfalls wieder vorgesehen. Im heutigen Inseratenteil ist die Reihenfolge der nächsten Vorstellungen für die Kunstgemeinde-Mitglieder ersichtlich. — Der Sonnabend und Sonntag bringt Wiederholungen von Bruno Franks erfolgreichem Drama „Das Weib auf dem Tiere". In Vorbereitung befindet sich Schillers „Maria Stuart" mit Maria Fein in der Titelrolle und Hedda Lembach als Elisabeth.

Im Thalia-Theater täglich: „Der Mann ohne Vergangenheit", dirigiert von Kapellmeister Marsch, geleitet von Alexander Narich.

Neue Lohnforderungen der städtischen Arbeiter.

Der Magistrat teilt mit:

Nachdem die städtischen Arbeiter im vergangenen Monat, entgegen den Errechnungen des Lohnamtes, eine Stundenzulage von 90 Pf. gefordert hatten, konnten sie nach Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschusse davon überzeugt werden, daß dieses ihr Verlangen nicht berechtigt, daß nur eine Stundenzulage von 60 Pf. tariflich begründet sei.

Für den Monat Oktober ist nach den Feststellungen des Lohnamtes eine Zulage von 20 Pf. zu zahlen und auch vom Magistrat bereits bewilligt worden. Die Gemeindearbeiter haben sich aber auch diesmal damit nicht zufrieden erklärt. Sie verlangen 35 Pf. Stundenlohn mehr, um damit den Reichs- und Staatsarbeitern gleichgestellt zu werden. Verhandlungen, die hierüber am 25. d. Mts. zwischen Vertretern des Magistrats und des Gemeindearbeiter-Verbandes stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen und der Magistrat hat in seiner Sitzung am 27. d. Mts. beschlossen, die Mehrforderungen der Arbeiterschaft abzulehnen. Die Verbandsleitung gibt selber zu, daß der Magistrat nach dem Lohntarif im Recht ist, die Arbeiter aber fordern unbedingt eine Gleichstellung mit den nur augenblicklich etwas besser bezahlten Staatsarbeitern. Jetzt hat der Verband die Mehrforderungen noch einmal schriftlich beantragt und unter Hinweis auf die herrschenden Teuerungsverhältnisse erneute Verhandlungen angeregt. Der Magistrat konnte darauf nur erwidern, daß der Eintritt in neue Besprechungen, nach dem was vorangegangen, zwecklos erscheine. Er hat es dem Verbande anheimgestellt, sich an den Schlichtungsausschuß und, wenn nötig, an den Zentralausschuß in Berlin als die tariflich allein maßgebenden Stellen zu wenden, die zur Entscheidung von Lohnstreitigkeiten eingesetzt sind.

Tischlerstreik in Breslau.

Die Vertragsbewegung der Holzarbeiter hat am Donnerstag zum Streik geführt. Außer dem Schutzverbandbetrieb mit über 800 Beschäftigten, der den Vertrag abgeschlossen hat, sind bereits 25 weitere Betriebe mit 250 Beschäftigten neu unter Vertrag gestellt. Der Streik gegen die Tischlerinnung geht weiter.

Streik der Tabakarbeiter.

Die Arbeiter bei der Firma Bartsch & Bettermann, Flurstraße, haben heute die Arbeit niedergelegt, weil die Firma sich weigert, die tariflichen Löhne zu zahlen. Dem Zigarrenarbeitern wurde zugemutet, das Tausend bis zu 32,75 Mark unter den tariflichen Löhnen zu arbeiten. Auch den Nebenarbeitern wurden Löhne gezahlt, die weit unter Tarif stehen. Durch Drohung, den Betrieb zu schließen, oder verkürzt arbeiten zu lassen, hatte sich auch der Betriebsrat durch Unterschrift verpflichtet, unter dem Tarif zu arbeiten. Eine Betriebsrätesitzung der gesamten Betriebe in der Zigarren-Industrie beschäftigte sich deshalb am Donnerstag mit dieser Angelegenheit und verlangte von der Arbeiterschaft bei dieser Firma, dafür zu sorgen, daß auch ihnen die festgesetzten tariflichen Löhne bezahlt werden. Die Folge war, daß es deshalb heute zur Arbeitsniederlegung gekommen ist, weil Herr Bettermann jede Verhandlung ablehnte und erklärte, wer bis 9 Uhr die Arbeit nicht aufgenommen habe, sei fristlos entlassen.

Die Herren Bettermann & Bartsch hatten den Arbeitern versprochen, daß die Arbeitszeit verlängert würde, und zwar bis Mitte November, um möglichst schnell die Aufträge ausführen zu können.

Versammlung der Strickerinnen.

Am 27. September d. Js. fand im Gewerkschaftshaus eine Strickerinnen-Versammlung statt. Kollege Güttler gab den Bericht über den Stand der Löhne und die Teuerungszuschläge in der übrigen Textil-Industrie. Er verwies darauf, daß bereits in der Strickerei-Branche auch die Arbeitgeber anderer Orte Schlesiens sich zu Tarif-Abschlüssen mit dem Deutschen Textilarbeiter-Verband bereit erklärten. — Auch wurden die Teuerungsziffern bekannt gegeben, die ab 15. August d. Js. für Strickerinnen anderwärts bewilligt worden sind. Erneut mußte bemängelt werden, daß die Breslauer Arbeitgeber als Grossisten es immer noch nicht für notwendig befunden haben, ihren Strickerinnen entgegenzukommen und mit ihrer Berufs-Organisation einen Tarif abzuschließen. Unter welchen Verhältnissen die Strickerinnen in Breslau immer noch existieren müssen, ist ja schon in früheren Berichten bekannt gegeben worden. Selbst die Mühe des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, mit Hilfe des Fachausschusses für Hausarbeit, die Arbeitgeber zu einem Tarif-Abkommen zu bewegen, ist bis jetzt ohne Erfolg geblieben. Um sich nicht ganz vor der Oeffentlichkeit zu blamieren, haben die Strickerei-Unternehmer und Grossisten zu diesen kleinen Lohnsummen eine Teuerungs-Zulage von 10 bis 20 Prozent auf den Gesamtlohn vor einigen Tagen an die Zwischenmeister gezahlt. Es gibt aber immer noch Strickerinnen, die es nicht einsehen können, daß sie nur durch Selbsthilfe dazu kommen können, einen Tarifvertrag für ihr Gewerbe zu schaffen.

Es dürfte manchen Strickerinnen die Augen öffnen, wenn wir ihnen den guten Rat eines Arbeitgebers über die Ernährungsfrage unterbreiten. Zur Begründung, daß die Einkünfte der Strickerinnen doch noch immer hoch genug wären, sagte dieser Arbeitgeber, „daß ja Reis, mit Wasser und Salz gekocht, doch ein sehr billiges Essen sei!" (Wir glauben, daß dieser Herr nicht nur Reis, mit Wasser und Salz gekocht, sondern auch andere Nahrung zu sich nehmen wird, als er der armen Strickerin empfahl!)

Die Strickerinnen-Versammlung war gerade nicht erbaut über die dauernde Verzögerungstaktik der Arbeitgeber, da es ja kaum noch einen Beruf geben dürfte, der ohne tarifliche Regelungen arbeitet. — Die Versammlung erwartet, daß nun endlich einmal von amtswegen die Herrschaften an einen Tisch gefordert werden und die Strickerinnen nicht bloß mit dauerndem Briefwechsel an die Berufs-Organisation abgefunden werden. — Die Strickerinnen sind mit den zurzeit gezahlten Löhnen nicht zufriedengestellt, da die Teuerungs-Verhältnisse ganz andere Ausgaben von ihnen fordern und müssen mit Bestimmtheit erwarten, daß nun endlich einmal auch ihnen die Existenzmöglichkeit geschaffen wird.

Die Strickerinnen geloben nach wie vor, weiter zu ihrer Berufsorganisation, dem Deutschen Textilarbeiter-Verband, zu stehen und erwarten, daß sich die Arbeitgeber nun endlich auch davon überzeugen lassen, daß nur auf dem Wege von Organisation zu Organisation eine Einigung im Strickerei-Gewerbe herbeigeführt werden kann.

Die gemütliche Straßenbahn!

Aus dem Bureau des Verkehrsbundes wird uns geschrieben:

Unter dieser Ueberschrift erschien in Nummer 265 der „Breslauer Morgenzeitung" ein Schriftsatz, der sich mit der bevorstehenden Tariferhöhung bei der städtischen Straßenbahn und dem Teil des dieses Verkehrsinstitut benutzenden aber nicht zahlenden Publikums beschäftigte. Dabei erhielten auch einzelne Kontrolleure ihren Teil, die diese Art Fahrgäste energisch dahin zu bringen suchen, was doch eigentlich Pflicht eines jeden einzelnen Fahrgastes sein sollte, nämlich zum Zahlen. Die im Deutschen Verkehrsbund organisierten Oberschaffner erblicken in der in diesem Artikel geübten Kritik ihrer dienstlichen Tätigkeit eine Herabsetzung und Erschwerung derselben. Es gehört zu ihren übernommenen Dienstverpflichtungen, den Verkehr zu überwachen und Fahrgäste ohne Fahrscheine zu ermitteln. Daß sie hierbei nicht wahllos jeden ohne Fahrschein Betroffenen zur Anzeige bringen, ist selbstverständlich. Dazu dienen ihre, der Aufklärung des Tatbestandes dienenden Fragen nach dem Orte des Aufsteigens. Daß diese Fragen immer mit „eben" beantwortet werden, oder damit, daß der Schaffner noch nicht dagewesen sei, ist eine stereotype Ausrede, daß der Kontrolleur, wenn er sich vor den übrigen Fahrgästen nicht lächerlich machen will, gezwungen ist, weiter zu untersuchen. Nur der Fahrgast, der nachweisbar das Lösen eines Fahrscheines unterließ, obwohl er den Umständen nach hierzu in der Lage war, wird zur Bezahlung einer Versäumniskarte angehalten. Ob das Lösen eines Fahrscheines absichtlich oder fahrlässigerweise unterblieb, wird, da der Kontrolleur niemanden ins Herz sehen kann, immer sehr schwer festzustellen sein, ist auch nicht seine Aufgabe, denn in der Wirkung bleibt es sich gleich, muß also von ihm gleich behandelt werden. Leider finden sich unter den Fahrgästen immer solche, die, trotz einwandsfreier Ermittelungen, die Betroffenen durch ihre Auslagen zu decken versuchen und sie direkt auffordern, die Zahlung zu verweigern. Die dadurch entstehenden Schwierigkeiten werden sich in Zukunft noch mehr steigern, da durch den fraglichen Artikel allen Fahrgästen der Rat gegeben wird, im Betretungsfalle das Zahlen der Nachlösegebühr zu verweigern. Daß dadurch sich die Zahl der „Blindfahrer" heben, die Rentabilität sich vermindern muß, hätte der Artikelschreiber eigentlich voraussehen müssen.

Eigentümlicherweise ist das Fahren ohne Fahrschein nicht auf allen Linien gleichmäßig. Am häufigsten wird es auf den Linien beobachtet, deren Fahrgäste wegen Erörterung von Toilette-, Theater- und Magenfragen das Lösen der Fahrscheine im Wagen nicht nur vergessen, sondern auch, ohne einen Fahrschein gelöst zu haben, auszusteigen versuchen. Hieraus erklären sich auch die unsichtbaren Erörterungen einzelner Kontrolleure mit Fahrgästen auf der Straße. Auch diese „Glücklichen" beteuern natürlich, gar keine Absicht zu haben und werden wohl in Zukunft nach dem Rate des Artikelschreibers ihre Absicht vor Gericht nachprüfen lassen. Daß manchem Kontrolleur infolge der ständigen, nicht immer noblen Auseinandersetzungen mit den Fahrgästen, die Lust zu solchen vergeht, ist selbstverständlich.

Ein Gefangener ausgebrochen.

Am Mittwoch wurde vor der Strafkammer gegen den Fuhrwerksbesitzer Keller aus Groß-Tschansch verhandelt. Zu dem Termin war u. a. auch der Bruder des Angeklagten, der Schiffsarbeiter Fritz Keller, gedacht, der zurzeit in Untersuchungshaft sitzt, da er im Verdacht steht, den Mord an dem Fleischermeister Weiß in Groß-Tschansch verübt zu haben. Der Zeuge wurde aus dem Gefängnis geholt und in eine Zelle gesetzt, die verschlossen wurde. Offenbar hatte er aber einen Dietrich in seinem Besitz; denn als ihn der Justizwachtmeister zur Vernehmung holen wollte, hatte Keller die Türen geöffnet, so daß es ihm gelungen war, das Gerichtsgebäude zu verlassen, was daher nicht auffiel, da er eigene Kleidung trug.

Konzerte.

Geistlicher Arien- und Liederabend.

Ein Bühnensänger, der sich körperlich oder seelisch nicht in dem Maße im Vollbesitz seiner Kräfte fühlt, um seine vorgeschriebene Rolle zu seiner und anderer Zufriedenheit durchzuführen, hat das durch ungeschriebene Statuten verbriefte Recht, eine Indisposition ankündigen zu lassen. Der Konzertsänger ist da weit übler dran. Er muß an dem festgesetzten Tage singen und darf sich nicht mit einer captatio benevolentiae mitleidheischend an die gütige Nachsicht des Publikums wenden. Es bleibt dann der Kritik überlassen, die Indisposition herauszuhören oder — nicht herauszuhören. Otto Gärtner schien mit seinem geistlichen Liederabend in der 11 000 Jungfrauenkirche stark unter beeinträchtigenden Einflüssen zu stehen, denn der hier empfangene Eindruck wollte sich gar nicht mit dem von Otto Gärtners letztem Auftreten beim Volkschorkonzert im Gewerkschaftshaus decken. Der Ton klang nicht rein, war von Nebengeräuschen begleitet, die den Kern nicht hervortreten ließen. Die Kopfstimme bekam etwas Stumpfes, Hohles, die beiden Enden der Skala waren nur mit Preßluft erreichbar. Dagegen funktionierte der Atommechanismus in tadelloser Weise, so daß man den beängstigend langen Koloraturen bei Händel und Bach mit größter Ruhe entgegensehen konnte. Das Programm war gut gewählt bis auf den Schluß. Wie kann man nach Hugo Wolf Alfred Zobel singen!! Ich wenigstens habe noch kein Menu gegessen, bei dem man nach guten, hochnährwertigen Speisen als Dessert Schuhleder serviert hätte.

Von Kaspar Kerll bis J. S. Bach ist ein schöner Weg. Man merkt es der Passacaglia des Münchener Hoforgelmeisters an, daß er seine Studienjahre in Rom bei Frescobaldi verbracht hat, denn die genrehafte Kleinarbeit weist offensichtlich Spuren des romischen Meisters und Vorbilds auf. Wie Kerll aber zum Schluß eine stolze Steigerung aufbaut, das verkündet einen Zug zum Großen. Otto Burkert hatte die Passacaglia liebevoll herausgearbeitet, mit Bachs Präludium und Fuge in g-moll stürzte er sich wie ein kühner Schwimmer ins unendliche, unerschöpfliche Meer, die Wogen mit sicherer Hand teilend.

Ein Streichquartett (Gertrud Schubert, Frau Dr. Lasker, Hans Hoffmann und Kurt Malig) spielt das „berühmte Largo" aus Haydns op. 76,5. Woher die Nummer 14? Sollte es etwa die vorletzte Nummer der „15 berühmten Quartette" sein? Ei, ei!!

Daß Fis-dur für Streicher eine unangenehme Tonart ist, werden die Ausführenden wohl ebenso wie die Zuhörenden gemerkt haben. sh.

Violin-Abend Hanna Schmack - Alfred Laserstein.

Das jugendliche Geigenkünstlerpaar Hanna Schmack und Alfred Laserstein, von seinem lebendig ineinander eingefühlten Musizieren aus dem Vorjahr in bester Erinnerung, hat sich rasch eine getreue Gefolgschaft zu gewinnen gewußt, die ihm bei seinem dieswinterlichen ersten Abend für zwei Violinen den Gehorsam nicht versagte. Das geschmackvoll angelegte Programm mußte wegen seines, abwechslungsreiche Ausblicke gewährenden Aufbaus und seiner alle Klangkombinationen geschickt heranziehenden Disposition, weitgehendes Interesse erregen. Ist's doch eine Seltenheit, einer Triosonate von Pugnani zu begegnen, und die Ausgrabung von Spohrs Violinduo ist geradezu ein künstlerisches Verdienst! Pugnani schreibt eine Musik, die den modernen Nerven außerordentlich wohltut. Sie streichelt, sie liebkost, sie ist von ausgeglichener Schönheit, und selbst da, wo sie auf das kontrapunktische Seil tanzen geht oder sich im Wirbelsturm der Caccia tummelt, verliert sie nie den Gedanken an schicklichen Anstand und gesittetes Ebenmaß aus dem Auge. Des großen Geigerkönigs Spohr d-moll-Duo op. 39,1 ist ein Prachtstück in seiner Art. In dem mit gesunder Erfindung gesegneten ersten Allegro ist nichts von jener melancholisch angekränkelten Chromatik zu finden, die sonst bei Spohr nicht eben selten ist. Die schmelzende, pizzicatobegleitete Kantilene des langsamen Mittelsatzes ist von dem Hauch Mozartischen Schönheitsadels übergossen, und das stürmische Spiel munterer Kräfte, das das Schlußpresto auszeichnet, gibt dem Ganzen einen schwungvollen Elan, der die „Dankbarkeit" dieses keinerlei Rivalität zwischen den beiden konzertierend behandelten Instrumenten aufkommen lassenden Stückes wesentlich erhöht.

Das Zusammenspiel Hanna Schmacks und Alfred Lasersteins hat den höchsten Verschmelzungskoeffizienten erreicht. Beide Klangkörper sind eine nahezu ideale Ehe eingegangen. Vielleicht erscheint nur durch der weiblichen Partnerin Impulsivität der Wohllaut des Tones zugunsten stärksten Ausdrucks an vereinzelten Stellen gefährdet. Ansonsten aber herrscht überall technische Vollendung, von musikalischer Bildung zeugende Auffassung, Wärme und Beschwingtheit der Darstellung. gh.

Lieder- und Duett-Abend.

Im Hinblick auf den guten Zweck des zum Besten der Fürsorge für ehemalige Hilfsschulzöglinge veranstalteten Konzerts hätte man dem großen Saal des Gewerkschaftshauses eine behaglichere Fülle gewünscht. Die Ausführenden, Mary Schrader und Otto Gärtner, sowie der Mädchenchor der Katharinenschule unter Leitung von Alfred Zobel, ließen sich indessen durch den lückenreichen Prospekt nicht im mindesten beirren. Alfred Zobels jugendliche Sängerinnenschar trug ihr brav auswendig beherrschtes Pensum mit angenehmem Ton, frischer Munterkeit und zuverlässiger Präzision vor. Mary Schrader fühlt intuitiv, wo ihr eigentliches Gebiet liegt, nur ist es ihr gegenwärtig noch nicht voll erschlossen. Die sanften und schelmischen Farben der Schumann-Lieder sind ihr technisch und seelisch fraglos zugänglich. Der helle Timbre ihres Organs möchte sich aber das ihm naturgemäße Gebiet des Schwungvollen, Dithyrambischen, wie es „Ins Freie" oder Hugo Kauns „Daheim" vertritt, erobern. Vorderhand gehts nicht ohne Schärfen ab, doch darf man mit Berechtigung hoffen, daß die Stimme sich in gesundem Wachstum weiter entwickeln wird. Otto Gärtner befand sich offenbar in besserer Verfassung als am Vortage. Die altvertrauten Loewe-Balladen erhielten nur durch häufige Textvarianten ein ander Gesicht. Die beiden Brahms-Gesänge erfuhren eine stimmungsvolle Wiedergabe. Das Straußsche „Ständchen" ließ die Wonneschauer der Nacht nur entfernt aufglühen. gh.

Aus der Geschäftswelt.

Die Weingroßhandlung Hch. Normann u. Co. hat in ihren Probier- und Likörstuben (Kantorowicz-Liköre), Gartenstraße 51, gegenüber dem Landeshaus, vielfachen Wünschen ihrer Kundschaft entsprechend, mit dem Eintritt der kühlen Witterung feine, warme Küche eingeführt.

Vereinskalender.

Naturfreunde. Sonntag früh Tagesfahrt nach Leubus. Treffpunkt: 5,30 Uhr am Hauptbahnhof. Die Hütte bleibt geschlossen. Sonnabend, abends 6 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses: Geselliges Beisammensein. Nur für Mitglieder.

Bauarbeiter-Verband, Sektion der Träger. Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 9 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses: Monatsversammlung. Der Sektionsleiter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Elektromonteure Sonnabend, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses: Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute des elektrotechnischen Gewerbes. Bericht über die Tarifverhandlungen.

Arbeiter-Turn- und Sport-Verein des Landkreises Breslau. Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 9 Uhr: Sitzung in Klettendorf (Konrads Lokal). Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisausschußsitzung für Jugendpflege. 2. Die Verteilung der Staatsbeihilfen. Es ist notwendig, daß jeder Verein einen Delegierten sendet. Mit Frei Heil! O. Demelt.

SALAMANDER
BRINGT
FÜR DEN
HERBST
die neuesten
Modelle
in bekannter, guter
Ausführung und
Qualität
zu billigsten Preisen
MARKE SALAMANDER
Breslau, Schweidnitzerstr. 38/40
Fernruf: Ring 2634.

Sonntag, den 2. Oktober
vormittags pünktlich 11 Uhr
Jahrhunderthalle

Große öffentl. Volksversammlung

„Rettung aus ewiger Wohnungsnot, Teuerung und Verelendung." 6963

Redner: Reichstagspräs. Löbe, Dr. Damaschke-Berlin, Dr. Fronober-Tarnowitz OS.

Orgelvorträge von Oberorganist **Burkert** und Liedergaben von Opernsänger **Dr. Ramsé.** — Unkostenbeitrag **50 Pfg.**

Achtung! **Angestellte, Arbeiter und Beamte erscheint in Massen!** **Achtung!**
Es geht um unsere Zukunft!

Familiennachrichten

Am 28. September verschied nach langem, schweren Leiden mein inniggeliebter Gatte und treusorgender Pflegevater, unser lieber, guter Sohn, Bruder, Schwager, Schwiegersohn und Onkel
der Tischler
Kurt Burgund
im Alter von 29 Jahren.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung Sonnabend, den 1. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Oswitzer Friedhofes aus. 7115

Am 28. September verschied nach schwerem Leiden unser lieber Freund und Turngenosse, Mitgründer unserer Abteilung 7116
Kurt Burgund
im Alter von 29 Jahren
Sein Andenken wird in Ehren halten
5. Männer-Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau.
Beerdigung Sonnabend, den 1. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Oswitz aus. Zahlreiche Beteiligung aller Turngenossen in Turnkleidung erwünscht. Der Vorstand.

Am 28. September starb mein langjähriger Mitarbeiter, der Tischler
Herr Kurt Burgund.
Ich betraure in ihm einen braven Mann, der mit außergewöhnlicher Treue bis an sein Ende wirkte. 7140
Ignatz Walsch
Möbelfabrik.

Am 28. September verschied nach langem, schweren Leiden unser lieber Freund und Mitarbeiter, der **Tischler** 1097
Kurt Burgund
im blühenden Alter von 29 Jahren.
Sein Andenken werden wir über das Grab hinaus in Ehren halten.
Das Personal der Möbelfabrik Ignatz Walsch.
Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes aus.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Am 28. September verstarb nach langer Krankheit unser Freund und Verbandskollege, der **Tischler**
Kurt Burgund.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Sonnabend, den 1. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes. 7136

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Am 27. September verstarb die Frau unseres Verbandskollegen, des Tischlers **Felix Schneider,**
Frau Marie Schneider.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr 7137
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 30. September, nachmittags 4 Uhr, vom St. Georg-Friedhof in Cosel.

Am 28. September verschied unser werter Genosse
Karl Kretschmer
im Alter von 50 Jahren. 7139
Ehre seinem Andenken!
Die Genossen der Ortsgruppe 33.
Beerdigung Sonnabend, den 1. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Salvator-Friedhofes. — Trauerhaus Neudorfstraße 63.

Zurückgekehrt!
S.-R. Dr. Ritter
Gartenstr. 48.

In den meisten Fällen
Schmerzloses Zahnziehen!
R. Burthelt, Ecke Ohlauerstraße **Poststr. 1** 6397

Knabe, 4 Monate alt, für eigen weggegeben d. W. Tunik b. M. Ekell, Stuben, Kr. Wohlau. 7107

Pfänder-Auktion
Verlängerung nur bis zum 3. Oktober. **Mariannenstr. 6, I.**

Stenographie-
und Schreibmaschinen-Unterricht erteilt **Marie Thielking,** Vorwerkstraße 62. 7121

Leihweise eleganter **Frack- und Rock-Anzüge.**
H. Mohaupt, Karlstraße 1, I. Tel. R. 1301 früher Albrechtstr. 7108

Marineblaue Tuchanzüge
fertig und nach Maß. Moderne Ausführung in eigener Werkstatt.
Cutaway
streng nach neuesten Formen gearbeitet, in schwarz und marengo.
Ulster • Schlüpfer
Meine großzüg. angelegte
Maßabteilung
bietet Ihnen die tatsächl. Garant. f. gt. Arbeit u. eleg. Paßf. Fachm. Ausk. i. all. Bekld.-Angelegenh. ohne irgend einen Kaufzwang.
Wilh. Ed. Schubert
43 Klosterstr. 43

Genossen!
Landleute u. Private!
Beim Ein- und Verkauf von Möbeln jeder Art
wendet Euch nur an den
Volksspeicher
Auch **Einlagerung** von **Möbeln** und **Hausgerät** von Wohnungslosen. 7058
Meldungen im Büro
Berliner Straße Nr. 9

Sonderangebot
in Modellputz und Pelz-Verkauf
Kein Laden, Hälchenst. 50, I. Et.
1 Posten gut. Herrenpelzkragen **95 Mk.**
Eleg. moderne Damenpelzgarnituren **250 Mk.**
Beim Vorzeigen d. Inserats 3% Rabatt!

Mein Schlager!
Kompl. 7114
Speisezimmer
1 Büfett, ca. 135 br.
1 Kredenz
1 Ausziehtisch
4 Polsterstühle
3250.-
Otto Brandt
Breslau
Hauptgeschäft: Kirchstraße 19
Zweiggeschäft: Kupferschmiedestr. 43

Hamburger Latzhosen 6097
O. Dehmel, Neumarkt 45.

Hohe Belohnung.
Mittwoch, den 28. September, abends zwischen 9 bis ½10 Uhr, wurde am Wachtplatz ein **Stutzkragen** von einer alten, kranken Dame **verloren.** — Der junge Mann, der denselben gefunden hat, wurde erkannt und wird dringend gebeten, den Kragen gegen **hohe Belohnung** abzugeben, andernfalls erfolgt Strafantrag. 7117
Schuhhaus Wachtplatz, Friedr.-Wilhelmstr. 12

Im Namen des Volkes!
In der Privatklagesache der Arbeiterfrau Anna Heide in Breslau, Privatklägerin, gegen den Friseur Paul Schink, hier, Angeklagten, wegen Beleidigung, hat das Schöffengericht in Breslau in der Sitzung vom 14. September 1921, an welcher teilgenommen haben: Amtsgerichtsrat Wanjura als Vorsitzender, Polke, Kanzleiinspektor, Julius Ullrich, Schlossergeselle, als Schöffen, Kern, Referendar, als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt: Der Angeklagte wird wegen Beleidigung zu einhundert Mark Geldstrafe, ersatzweise zu zehn Tagen Gefängnis, und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Privatklägerin wird die Befugnis zugesprochen, binnen zwei Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils die Verurteilung des Angeklagten auf dessen Kosten durch einmalige Einrückung des entscheidenden Teils des Urteils in der hiesigen „Volkswacht" öffentlich bekannt zu machen. 7093

Schuhwaren-Ausverkauf
Wegen Aufgabe des Geschäfts verkaufen wir unsere gesamten Bestände an **Damen-, Herren-, Mädchen-, Knaben-** und **Kinderstiefeln, Sport-** und **Arbeiterschuhwerk,** sowie **Hausschuhe,** zu weit herabgesetzten Ausnahme-Preisen. 4395
Schuhquelle
Gartenstraße 18, an der Markthalle.

Gegen Wanzen, Floh' u. Läuse
Nimmt **Klesolda!** nur der Weise:
Augenblicklich wird gesund
Tier und Mensch und Katz' und Hund.
In ½ Stunde sind sie unt. **Garantie** Kopf-, Glieder- und Kleidersamt Brut (Nissen), Wanzen, Flöhe bei Menschen und Tieren. Pat. gesch. Mittel. Wunden unschädlich. Verkauf: Breslau nur Friseur Behschnitt, Kupferschmiedestraße 18, Berwald, Teichstr. 13, Fiebler, Matthiasstraße 45, Merz, Friedrich-Wilhelm-Str. 67.
Läuse
Preis 5.— und 7.50 Mark (Postversand). 6896

Damen-Filzhüte **Herren-Filzhüte**
werden 4447 umgeformt bei
Freund & Krebs, Filzhut-Fabrik, **Karlstr. 30,** neb. d. Hofkirche
Neuheit! Spezialität!
Damen-Velourette-Hüte in allen neuen hellen Farben.

Bei krankhafter **Periodenstörung** verlangen Frauen nur meine sicher wirkenden Mittel.
Billigste Preise
in Gummiwaren
Irrigatoren, Spülspritzen, Leib- und Monatsbinden.
Katalog gegen 50 Pfg.-Marke.
Frau B. Zander, Masseurin 6855
Breslau 9.
Gellhornstraße 28, 1. Stock An der Kaiserbrücke.

Möbel
billig geg. Kasse eventl. Teilz.
F. Dawid, 6594
Friedrich-Wilhelmstr. 9, I.
Eingang Wachtplatz.

Auffallend billig!

Kinderwagen, Klappwagen, Kind.-Metall Bettstellen

Leiter- u. Kastenwg. Reisekörb. Ersatz-Räder
Friedr.-Wilhelmstr. 17 Kinderwagenhaus.

Zu kaufen ges.
Kaufe alte, ungerbrochene Grammophonplatten 6799 oder nehme sie in Zahlung bei Kauf von neuen Platten.
Musikhaus **Meizer, Breslau,** Friedrich-Wilhelmstraße 36.

Altmetalle
kauft zu höchsten Preisen Jüngling, Gneisenaustr. 4. 7030

Die besten und billigsten Anzüge
Ulster und Raglans vollständig außer Konkurrenz
Zwischenhandel ausgeschlossen, da Selbstherstellung, bekommen Sie nur **Altstadtstraße 48,** am Königsplatz
im neu eröffneten Herren-Bekleidungs-Haus
Große Auswahl in fertigen, modernen Anzügen.
Inh. Hermann Partetzke.

Tube 2.— und 3.60 Mk. 6600

Lebensmittel-Großhandlung
Max Schönfelder
Breslau, Albrechtstraße 56
In letzter Stunde erinnere ich nochmals an die ins Wirtschaftsleben tiefeinschneidenden neuen Steuern, die augenblicklich zur Beratung stehen und auf sehr wichtige Lebensmittel gelegt werden sollen.
Ich stelle mein Lager **von Kaffee und Tee** trotz der enorm gestiegenen Preise wie bisher zum Verkauf:
Rohkaffee, p. Pfd. Mk. 19,—, 21,—, 24,—, 26,— und Mk. 28,—
Röstkaffee, p. Pfd. Mk. 22,—, 24,—, 29,—, 26,— und Mk. 32,—
Tee, p. Pfd. Mk. 28,—, 30,— und Mk. 32,—
(Von Kaffee und Tee bleiben für den Privathaushalt je 10 Pfd. von der Nachverzollung befreit).
Infolge der enorm gestiegenen Schmalz-, Speck- und Talgpreise dürfte das bei mir zum Verkauf kommende
allerfeinste Bratenfett per Pfund Mk. 16.—
für den Haushalt von allergrößtem Interesse sein.
Dieses Bratenschmalz ist nicht zu verwechseln mit den im Handel befindlichen Kunstspeisefetten, sondern dies ist reines Braten-Abschöpffett. Es empfiehlt sich zum Einkauf Gefäße mitzubringen.
Gute Leberwurst, per 2 Pfd.-Dose Mk. 7,25, bei 5 Dosen à Mk. 7,—
Prima Delikatess-Rückenspeck . . . . . per Pfd. Mk. 18,—
Ia amerikanisches Schweineschmalz . . . . per Pfd. Mk. 17,50
Rindertalg, hervorragende Qualität . . . . per Pfd. Mk. 16,—
Margarine, frische Zufuhr . . per Pfd. Mk. 12,—, 13,— und 14,—
do. Marke „Weißer Rabe" . . . . . per Pfd. Mk. 10,50
Sämtliche anderen Artikel zu den äußersten Tagespreisen.
Verkauf und Versand nur Albrechtstraße Nr. 56
Filialen unterhalte ich nicht! 7129

Ziehung unwiderruflich
nächste Woche, der 4401
Insterburger Pferde-Lotterie
Ziehung am 6. Oktober.
50 000
Hauptgew. **25 000** **15 000** usw. Wert
5× **12 000** = **60 000**
Pferdegewinne 70% Silbergewinne 90% bar.
Lose à 4.00 Porto und Liste 1.40 Mk. extra.
Bestellungen von auswärts erbitte ich mittels Einzahlung auf mein Postscheckkonto 3812.
Obige Lose empfiehlt und versendet
B. Klement
Breslau, Ring 22
gegenüber dem Schweidnitzer Keller.

Nur solange Vorrat!
Kavalier-Garderobe
modern und prima Verarbeitung, **neu und gebraucht,** spottbillig 7104
Schlesische Ein- und Verkaufs-Zentrale
Tannengasse 3 Bitte beachten Sie die Hausnummer!

So lange Vorrat reicht!
Prima Herren-Rindbox- u. Roß-Chevreaux-Schuhe Mk. **158.00** und **168.00**
Erstklassige Verarbeitung, moderne Form.
Damen-Chevreaux-Hochschaft-Schuhe . von Mk. **98.00** an
Damen-Schnürschuhe, prima Verarbeitung . . Mk. **99.00**
Damen-Spangenschuhe, prima Verarbeitung . . Mk. **98.00**
Großes Lager
in allen Sorten stets vorhanden!
Josef Gruschka
Neue Taschenstraße 6. 7106

Warnung! Das Sinken des Marktkurses wird in kurzer Zeit eine ungeheure Preissteigerung zur Folge haben. Darum decken Sie Ihren Bedarf an Garderobe rechtzeitig. Wir offerieren Ihnen alten Einkauf. 7113
Herren-Anzüge, neu und gebraucht, zu Spottpreisen.
Schles. Ein- u. Verkaufs-Zentrale Tannengasse 3.

Arbeitsmarkt

Schlesien!
Damen und Herren, mit Kolonnen erfolgreich arbeitend, **sofort** zum Abonnentensammeln auf Versicherungszeitschriften gesucht, hohe Provision und Spesenzuschuß. Angebote unter **H. 229** an die Expedition der Volkswacht erbeten.

Erfahrener, mit Reparatur vertrauter 4387
Chauffeur
für 5 t-Lastauto zum 1. Novbr. gesucht. Ausführliche Angebote mit Zeugnis-Abschriften unter G. L. 7875 an Ann.-Exp. **Landsberger, Breslau 5.**

Maß-Schneidergesellen
bei höchsten Löhnen sofort gesucht.
Beyer, Gräbschener Straße 4. 7117

Jüngere
Arbeitsmädchen
gesucht.
Müller, Großpletsch & Co., Hohenzollernstraße 59. 7121

Metalldreher
für Umsätzen finden dauernde Beschäftigung
Zemlin Armaturenfabrik G. m. b. H., 4476
Sommerfeld Bis., Pfützner Straße Nr. 38.

Maurer
stellt ein 4479
E. Francke, Bauunternehmer
Breslau, Kleist-Straße 20

Laufmädchen
sofort gesucht.
L. Prager, Albrechtstr. 51

Die Beichte der Bachantin

Eine fesselnde Uraufführung
Von der Zensur freigegeben!
Pikanterien der Großstadt!

Im Beiprogramm:
Fritzi's toller Einfall
7130

Wenn ein Mädchen 6 Liebhaber hat

Ein Lustspielschlager in 4 großen Akten.

Ah! Lichtspiele
Schweidnitzer Str. 37

In erstklassiger künstlerischer Besetzung.

Ein Berliner Pflänzchen
im internationalen Sittenbild:
Carrière!
Eine Glanzrolle für Ed. v. Winterstein.

Aus dem Inhalt:
Die Liebschaften d. Geigers — Atelier-Geheimnisse — Aus einem Absteigequartier — Russische Liebessitten — Nach San Francisco verkauft.

Bei! Lichtspiele
Heinrichstraße 21-23

Henny Porten
im Doppel Riesen-Programm
in **Gerhart Hauptmanns Meisterwerk**
7131
Rose Bernd
Ein schlesisches Sittenbild mit Original-Dialekt in 6 Akten.
6 Akte vornehm. dram. Kunst
Emil Jannings
Werner Krauss

Im Beiprogramm:
Geheime Nächte der Berliner Lebewelt
Ein Großstadtsittenbild der modernen Zeit.
Das neue Paradies
Ein Liebesrausch in 5 Akten.

Letzte Vorstell.: Beg. ½8 Uhr.
Besuchen Sie wegen des großen Andrangs die
Nachmittag-Vorstellung

Fledermaus-Lichtspiele
Schauer Stadtgraben 21

Zweite Woche Zweite
Täglich, stärkster Andrang täglich!
Ständig ausverkauft

Mündlichen u. telephonischen Massenanfragen wegen Verlängerung des Films entsprechend und um den großen Andrang zu bewältigen:
Verlängert
Unwiderruflich nur noch bis Montag:
Das gewaltigste Filmwerk der Gegenwart! 7128

Der Gefangene
(Sklaven des 20. Jahrhunderts)
Eine Dichtung von **Paul Oskar Höcker** nach glaubwürdigen Erzählungen und Aufzeichnungen aus Kriegsgefangenschaft heimgekehrter Deutscher.
1 Vorspiel und 6 Akte.

Inhalt:
Das blutige Ringen an der Westfront. Weltkrieg 1914/18. Herbst- u. Winterschlacht in der Champagne. Schlacht bei Arras u. Lorette. Nachtgefechte bei Verdun. Höhe 304. Toter Mann. Offensiven. Sturmangriffe. Artillerieschlachten. Flandernschlacht. Infanterieangriffe. Heiße Kämpfe mit schw. Franzosen. Trommelfeuer. Tank- u. Bombenflugzeuge. Handgranaten u. Minenwerferkämpfe. Die Flammenwerfer arbeiten. Großkampftage.

Hauptrollen:
Reinhold Schünzel : Harry Liedtke

Kriegsteilnehmer
Kriegsgefangene, Kriegsverletzte, Front- und Heimatsoldaten bringt Eure Frauen, Bräute, Töchter und Söhne mit. Brüder Eure Schwestern.
Alle müssen kommen!
Jeder Deutsche muß den Film sehen!
Täglich 3, 4½, 6, 7½, 9 Uhr.
Vorzeiger von Legitimationskarten (Kriegsgefangene, Kriegsverletzte) erhalten z. 1. Vorstellung Ermäßigung.
Verstärktes Orchester: Linke.
Sonntag, vormittag 11 Uhr pünktlich:
Sonder-Vorstellung
Für Mitglieder der Reichsvereinigung ehemal. Kriegsgefangener und deren Angehörigen.
Halbe Preise! Einlaß 10 Uhr.

Eden Theater
Nikolaistraße 27

Nur noch bis Montag

Der Bankräuber von Pittsburg

Kolossaler Sensationsfilm in 7 Akten
7134 Atemraubende Spannung!
Der schwarze Zeuge
Amerikan. Sensationsfilm in 6 Akten
Eine Handlung von ungeheurer Wucht!

Lichtspiel-Haus
Junkernstr. 38
zwischen Schweidnitzer Straße u. Christophorikl.

Täglich 4 Uhr
Sonntags 3 Uhr
2 Erstaufführungen

1. Der echte Großstadt-Sittenfilm
Der Roman eines Büromädels

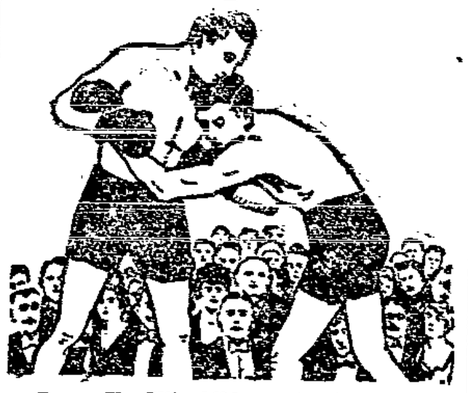
Die Sünde der Adrienne Bernard
Die Liebesbeichte einer Siebzehnjährigen
5 Akte mit
Hanni Weisse — Grete Weixler
7135

2. Meisterdetektiv Joë Jenkins
Der Fürst von Piccadilly
Entlarvung eines berüchtigten Erpressers in 5 gewalt. Akten

DE-LUX-Lichtspiele
Matthiasstraße 38 u. Moltkestraße 9

Beginn
Wochentags 4½ Uhr,
Sonntags 3 Uhr.

Der gr. Sensations-Abenteurer-Sportfilm
mit
Otto Flint der Meisterschaftsboxer von Deutschland
und **Henry Bender** als der
Wettkonzern-Schieber
in dem Film
Jim Corvey ist tot
5 Akte



Dazu: Ein Sittenbild aus heutiger Zeit
Die Frau mit schlechter Vergangenheit
5 Akte
Außerdem:
Eine himmlische Geschichte
Lustspiel 3134

Harry Piel-Woche
ZEPTER-KINO Moritzstr. 47
½5, ½7, ½9 Uhr.

Harry Piel:
Der Reiter ohne Kopf

18 Akte.
Bis Montag 1. Teil: Die
Todesfalle
6 Akte.
Dienstag-Donnerstag 2. Teil:
Die Gespenster-Nacht
6 Akte
Sonntag 3 Uhr: Kinder-Vorstellung.

---

in allen 3 Theatern: Der schärfste Sensationsfilm
NOBODY
in 52 Abenteuern
aus aller Welt, mit Preisaufgaben in Höhe von
760 000 Mk., die das Publikum gewinnt!
In der Hauptrolle der weltberühmte deutsche Artist: **Sylvester Schäffer**
Jede Woche ein neues Abenteuer.

★ **Stern-Kino** ★
Ecke Salzstraße

Heute Eröffnung!!
4½ Uhr nachmittags.
Erst-Aufführung für das Odeontor!
Der aufsehenerregende, orig.-amerikanische Raubtier-Sensationsfilm
Die Abenteuer der schönen Kathlyn
4403
5 Teile — 27 Akte. Heute 1. und 2. Teil:
Der Königsthron v. Allaha im Tempel der Löwen
Sonntag 2 Uhr Kinderverstellung.

Kronprinz-Lichtspiele
Gartenstraße Ecke Agnesstraße.

Harry Piel's Meisterwerk
Die große Wette
Detektivdrama in 4 Akten. 4399
— Als Beiprogramm: —
Fesseln der Lüge
Soziales Drama in 6 Akten.
Varietéstücken! Ab 1. Oktober der beliebte und bekannte sächsische Humorist **Kindermann.**

Achtung! Achtung!
Inhaber-Inventar guter Schuhwaren
zu billigen Preisen
Scheid nicht wiederkehrende Gelegenheit!

Nur Freitag, 30. 9. 21	Sonnabend, 1. 10. 21	Montag, 3. 10. 21
Schwarze Damen-Schnür-Stiefel, Rand genäht, 258, 225, 200, 150,		185 Mk.
„ Damen-Halbschuh, lackleder Pfaffform, 256, 225, 195, 50,		135 „
„ Kalb-u. Lasting-Stiefel,		125 „
Kind.-, Jung.-u. Mädch.-Stiefel, sch. Form 37,44,75, 85,90,110,120,130,		140 „

Arbeitsschuhe, Sandalen, Hausschuhe billig zum Alles garantiert echtes, gutes Leder
Schuhwarengeschäft, Graben 5, am Telephonamt.

Für jeden Schuh

4256
Ob derb, ob fein
wird „Rotfrosch"-Pasta richtig sein
Erdal
putzt die Schuhe, pflegt das Leder
Alleinhersteller Werner & Mertz A.-G. Mainz.

„Der wahre Jakob" Heft 30 Pfg.

Gewaschen mit
Dixin

Henkel's Bleichsoda
Henkel & Cie. Düsseldorf

Freitag, den 30. September 1921 | Einzelnummer 25 Pf. | 32. Jahrgang — Nr. 229

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.– Mk., auswärts 1.20 Mk., Anzeigen unter Text 1.– Mk., auswärts 3.25 Mk., Stellenangebote, Familienanzeigen 0.40 Mk., Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 0.40 Mk. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Mk., das fette Wort 1.– Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4-6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4-6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und durch alle Austräger zu beziehen. Wöchentlich 1.20 Mk., monatlich 5.10 Mk., vierteljährlich 15.30 Mk. (einschließlich Bestellgebühr), durch die Post bezogen vierteljährlich 15.30 Mk. (ohne Bestellgebühr), frei 2.1 Haus durch die Post = = = = monatlich 6.10 Mk., vierteljährlich 18.30 Mk. = = = = =

Schwierigkeiten der neuen Koalitionsbildung.

Die Regierungsumbildung.

Unser Berliner Bureau meldet:

Am Mittwoch abend fand bei dem Kanzler ein Abendessen mit politischen Führern statt gefunden. Natürlich hat man sich dort nicht nur über das Wetter unterhalten, sondern die Zusammenkunft hatte den Zweck einer unverbindlichen politischen Aussprache. Nach der ganzen Art der Zusammenkunft war die Unterhaltung vertraulicher Natur. Trotzdem ist die ganze Berliner Abendpresse vom Donnerstag mit Sensationsmeldungen über dieses „hochpolitische Abendessen" versehen. Den Vogel schießt die „Vossische Zeitung" ab, die unter der Ueberschrift „Die Koalition der Mitte gesichert" in allen Einzelheiten über den Verlauf des Abends unterrichtet sein will. Um diese Stimmungsmanöver zu durchkreuzen, teilen wir auf Grund genauer Kenntnis der Vorgänge mit, daß die ganzen Meldungen der „Voß" auf Erfindung beruhen. Es ist unrichtig, daß am morgigen Sonnabend der Schlußstein zu der Umgestaltung des Reichskabinetts mit der nach rechts erweiterten Koalition gelegt werden wird. Die Verhandlungen sind bisher in nichts gefördert worden. Lächerlich ist natürlich die Behauptung, daß man der Deutschen Volkspartei das Reichsfinanzministerium, den Vizekanzler und wer weiß noch was übertragen wolle, während der jetzige Vizekanzler Bauer sich auf das Reichsschatzministerium beschränken wolle. Es ist an dem Abend beim Reichskanzler überhaupt nicht über Personalien gesprochen worden. Am richtigsten beurteilt das „Berliner Tageblatt" die Lage, wenn es schreibt, daß man in der Sozialdemokratie die Lage nicht besonders optimistisch beurteile. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird sich erst am heutigen Freitag abend mit der Regierungsumbildung beschäftigen. Nach wie vor ist für unsere Partei die Stellung der Deutschen Volkspartei zur Republik und zur Steuerfrage entscheidend. Ohne völlige Klärung dieser beiden Fragen kann eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei überhaupt nicht in Erwägung gezogen werden.

Es bleibt auch dabei, daß uns eine Erweiterung der Regierung nach links viel lieber ist, als nach rechts. Die Unabhängigen täuschen sich, wenn sie in ihrer Presse es so darstellen, als sei es uns mit den Angeboten an die USP. nicht recht ernst. Nichts ist uns ernster als der Wunsch, daß die Unabhängigen mit uns zusammen den sozialistischen Einfluß in der Regierung verstärken. Es wäre ein Segen für die deutsche Politik, ein hochbedeutsames Ereignis für die deutsche und die internationale Arbeiterklasse, wenn die USP. ganz allgemein zu der Ueberzeugung sich durchränge, die ein Teil ihrer besten Führer innerlich längst hat, nämlich daß sie zur Sicherung der Republik und zur Erlangung möglichster Vorteile für das Proletariat in die Regierung eintreten muß. Wagt die USP. das nicht, so verstärkt sie die Position der Deutschen Volkspartei und ladet eine furchtbare Verantwortung auf sich.

Die Neubildung des Kabinetts in Preußen

ist entgegen bürgerlichen Meldungen überhaupt noch nicht in das Stadium der Verhandlungen eingetreten. Wenn zahlreiche Zeitungsnachrichten als sozialistische Ministerkandidaten benennen: Severing für Inneres, Braun für Wohlfahrt und Prof. Radbruch für Justiz, so braucht man nicht zu leugnen, daß wohl jeder Sozialdemokrat im Falle eines Eintritts unserer Partei in die Regierung diese bewährten Männer gerne auf solchen Posten sehen möchte. Für die Reichstagsfraktion wäre die Uebernahme eines preußischen Ministerpostens durch Radbruch ein großer Verlust.

Die Berliner Parteigenossen gegen den Görlitzer Beschluß.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Die Berliner Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei nahmen am Donnerstag Abend Stellung zu dem Ergebnis des Görlitzer Parteitages. Als Referenten waren die Genossen Franz Krüger und Ströbel, die über die Koalitionsfrage geteilte Ansichten vertreten, vorgesehen. Krüger wies nach, warum die Görlitzer Taktik eingeschlagen wurde, betonte aber ausdrücklich, daß, solange die Deutsche Volkspartei monarchistische Propaganda treibt, sie die Verwaltung sabotiert und solange sie keine ehrliche republikanische Politik treibt, uns gestohlen bleiben könne. Würden die Unabhängigen auch weiterhin an ihrer Abstinenzpolitik festhalten und den Eintritt in die Reichsregierung vorläufig noch ablehnen, dann wäre die Frage der Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung nie aufgeworfen worden. Ströbel spricht gegen das Zusammenarbeiten zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei, obwohl auch er durchaus nicht verkennt, daß eine Koalierung mit der Deutschen Volkspartei gewisse Vorteile bringt. Dennoch aber lehne er die nach rechts erweiterte Koalition ab, zumal sich zweifellos in Gemeinschaft mit Zentrum und Demokraten wenig habe durchsetzen lassen und noch weniger erreicht werden würde, wenn der Bremsklotz der Volkspartei noch hinzukommt. Nach eingehender Debatte gelangte eine Resolution der Ortsgruppe Steglitz mit zwei Drittel Mehrheit zur Annahme, die eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ablehnt. Die Resolution Stampfer-Heinig, die den Görlitzer Beschluß grundsätzlich anerkennt und im übrigen dem Parteivorstand freie Hand geben will, wurde mit drei Fünftel Mehrheit abgelehnt. In der Versammlung wurden u. a. auch eine ganze Reihe Resolutionen eingereicht, die Verhandlungen des Parteivorstandes mit den Unabhängigen fordern.

Konferenz der Parteiredakteure.

Im Reichstage war am Donnerstag eine stark besuchte Sitzung der politischen Redakteure unserer Partei aus dem ganzen Reiche versammelt. Der Görlitzer Parteitag und die Taktik der Partei in der gegenwärtigen politischen Lage waren Gegenstand einer langen sachlichen und kameradschaftlichen Aussprache. Der Verlauf der Konferenz war ein Beweis für die innere Geschlossenheit unserer Partei, die unvermeidliche Meinungsverschiedenheiten über eine taktische Situation durchaus vertragen kann.

Eingehend wurde auch über den Ausbau unserer Berichterstattung aus Berlin gesprochen. Die Gründung unseres Telegraphenbüros „Soz. Parlamentsdienst G. m. b. H." wurde lebhaft begrüßt. Das Unternehmen ist finanziell, technisch und redaktionell durchaus gesichert und hat schon jetzt den Einfluß der bürgerlichen Telegraphenbüros auf unsere Parteipresse weit zurückgedrängt. Die große Mehrzahl der sozialistischen Zeitungen, darunter natürlich auch die „Volkswacht", ist dem „Soz. Parlamentsdienst" angeschlossen. Das Büro siedelt am 1. Oktober in den „Vorwärts" über und wird dort seinen Dienst in vergrößertem Maßstabe fortsetzen.

Der Reichsverband für die Rathenausche Wiedergutmachungsorganisation.

Nach einer lebhaften Diskussion über die Organisation der Leistungsverbände, an der sich auch Regierungskommissar Batocki, der Nachfolger Guggenheimers, beteiligte, wurde auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in München laut Abendblättern über die Stellung der Industrie zu den Leistungsverbänden eine Resolution angenommen, in der es heißt: Der Reichsverband der deutschen Industrie erklärt sich grundsätzlich bereit, nach allen Kräften die Regierung bei der Durchführung der Sachleistungen für die Wiedergutmachung zu unterstützen. Diese Sachleistungen werden nach Möglichkeit in freier Vereinbarung aufzubringen sein. Soweit die Bildung von Leistungsverbänden notwendig werden sollte, wird sie freiwillig erfolgen müssen. Auch da, wo man die zwangsweise Billigung von Leistungsverbänden nicht glaubt umgehen zu können, ist sie ausdrücklich auf den einzigen Zweck der Sachleistungen für den Wiederaufbau zu beschränken, ohne sie mit anderen, insbesondere sozialpolitischen Bestimmungen, zu belasten. Nach Annahme der Resolution begann die Diskussion über die Finanzfrage.

* * *

Im Verlaufe der heutigen Schlußsitzung hat der Reichsverband der deutschen Industrie eine Entschließung angenommen, derzufolge Präsidium und Vorstand des Verbandes der Reichsregierung folgendes erklären: Die Industrie ist zu Verhandlungen darüber bereit, wie unter Ausnutzung des Kredits, den sie im Ausland genießt, der Reichsregierung Gold oder Devisen zur Verfügung gestellt werden können. Die Voraussetzung dabei ist, daß die übrigen Kreise der Wirtschaft: Landwirtschaft, Handel, Banken und Bankiers in gleicher Weise sich betätigen und daß unverzüglich wirksame Maßnahmen durchgeführt werden, die die jetzige Finanzwirtschaft als den Kredit des Reiches und der Privatwirtschaft untergrabend beseitigen.

Eine Erklärung des Reichskanzlers über OS.

Den Blättern zufolge wird zu Beginn der heutigen Reichstagssitzung der Reichskanzler eine Erklärung über Oberschlesien abgeben. Hierauf erfolgt die Begründung der beiden Anträge auf Aufhebung der Ausnahmeverordnung durch die Antragsteller, worauf der Reichskanzler antworten wird.

Das Reichskabinett

beschäftigte sich am Donnerstag außer mit geschäftsordnungsmäßigen Angelegenheiten auch mit der heutigen Reichstagssitzung, in der bekanntlich die deutschnationalen Anträge zur Debatte stehen. Der Reichskanzler wird die Stellungnahme der Reichsregierung zur Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten selbst begründen. Es ist anzunehmen, daß nach ihm auch noch der Reichsminister des Innern und der Reichsjustizminister das Wort nehmen.

Der Auswärtige Ausschuß für den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit dem deutsch-amerikanischen Friedensvertrag. Die Sitzung wurde als vertraulich erklärt. Nach vierstündiger Aussprache beschloß der Ausschuß auf Anregung des Vorsitzenden Dr. Stresemann, dem Reichstag, der den Vertrag heute besprechen wird, die Zustimmung zu dem Gesetz über den am 25. August 1921 vereinbarten deutsch-amerikanischen Friedensvertrag zur Regelung der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu empfehlen.

Der Zug nach links.

Der Präsident des hessischen Landesamtes (Schulministerium) Dr. Strecker hat an den Staatspräsidenten und an den Vorstand der Demokratischen Partei Hessens einen Brief gerichtet, in dem er seinen Austritt aus der Demokratischen Partei und seinen Uebertritt zur Sozialdemokratie bekanntgibt. Dr. Strecker teilt mit, daß er diesen Schritt lange überlegt hat und erst durch die in letzter Zeit in der Schweiz gewonnenen Eindrücke den lang gehegten Entschluß faßte. Wen die Demokratische Partei an seine Stelle in das Ministerium entsenden wird, ist bisher unbestimmt. Jedenfalls aber wird ein Wechsel im Parteiverhältnis innerhalb des Ministeriums nicht eintreten.

Der neue deutsche Gesandte in der Tschechoslowakei.

Laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung" ist nunmehr die Ernennung des bisherigen sächsischen Gesandten in Berlin, Dr. Koch, zum deutschen Gesandten in Prag erfolgt. Dr. Koch wird, nachdem die tschechoslowakische Regierung das Agrement erteilt hat, voraussichtlich am 15. Oktober seinen neuen Posten beziehen.

Heraus aus dem Wohnungselend! Hinein ins Paradies!

Von H. Peus-Dessau.

Es ist für die Sozialdemokratie von allergrößter Wichtigkeit, daß sie eine ideale Lösung der Wohnungsfrage jetzt herbeiführe, jetzt in dem Sinne, daß unmittelbar heute damit begonnen wird, das ideale Gartenheim zu schaffen, und daß jeder sich sagen kann, auch er komme dazu, wenn er die von ihm mit Recht zu fordernden persönlichen Anforderungen erfülle, und soweit für die Gesamtheit dafür überhaupt eine technische Möglichkeit bestehe.

Keine Mietskaserne mehr!

muß die Losung sein. An denen, die wir haben, haben wir genau so viel zu viel, als überhaupt existieren. Jedes neue Haus sei ein Kleinhaus mit Garten, am besten das Einfamilienhaus mit Garten. Wir hätten dafür keinen Platz? Papperlapapp! Ihr habt noch nie gerechnet. Auf einem Kreise, der um Berlin herum mit dem Radius Berlin-Potsdam liegt, wohnen 1 Million Familien auf 30 Millionen Quadratmeter Fläche. Gebt jeder dieser 1 Million Familien, ich sage jeder dieser in den zahllosen Mietskasernen zusammengepferchten Familien, 1000 Quadratmeter Fläche, 100 Quadratmeter fürs Haus und 900 Quadratmeter für den Garten, und ihr behaltet noch zwei Drittel der Fläche dieses Kreises übrig für Flüsse, Straßen, Plätze, Wälder und öffentliche Gebäude. Welches Nahrungsquantum würde diese Million Familien aber in ihren Gärten von 900 Quadratmeter wachsen machen, wieviel Obst, wieviel Gemüse, spielenderweise! Gewiß, was da steht als Mietskaserne muß auch weiter verbraucht werden. Nur aber keine neue Mietskaserne. Baut rund um die Stadt herum, wie es erfreulicherweise der Oberbürgermeister Wagner von Breslau auf dem ersten Schlesischen Heimstättentag sagte, einen

Kranz von Gartenheimen,

von idealen Wohnungen, die ein Paradies auf Erden bedeuten. Bedenkt doch, wie die moderne Technik die geräumige Bauweise begünstigt. Da ist das Telephon, das unzählbare persönliche Zusammenkünfte überflüssig macht. Da ist das Fahrrad, das die Entfernungen gewaltig abkürzt, das Motorrad tut es noch besser. Und für den Wohlhabenden spielt das Automobil diese Rolle in noch viel höherem Grade. Straßenbahn und Eisenbahn sind auch noch nicht auf dem Gipfel ihrer Entwicklung angelangt. Es besteht also gar kein Grund, auf die geräumige Wohnweise im Garten zu verzichten. Sie ist technisch möglich und muß sozial, wirtschaftlich und finanziell durchgeführt werden.

Die Sozialdemokratie muß das leisten. Ich meine damit nicht nur die S. P. D. Alle drei oder zwei Arbeiterparteien, die ganze Arbeiterschaft, muß sich zu dem Zweck fest zusammenschließen. Hier gilt es, absolut einig zu sein gegen das Grundstückspekulantentum, dies 1 Prozent der Bevölkerung, von dem sich dummerweise die übrigen 99 Prozent bisher ausbeuten lassen. Die Sozialdemokratie, die Arbeiterklasse, findet ja dabei auch noch Verbündete im Bürgertum, demjenigen Teile des Bürgertumes, das sich von Adolf Damaschke zur Bodenreform führen läßt. Der Teil kann vielfach zu unseren Gunsten ausschlaggebend werden. In Artikel 155 der Weimarer Verfassung hat das schon seinen Ausdruck gefunden. Man kann diesen Artikel gar nicht oft genug bekannt machen. Er lautet:

Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhütet und dem Ziele zustrebt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu sichern. Kriegsteilnehmer sind bei dem zu schaffenden Heimstättenrecht besonders zu berücksichtigen.

Grundbesitz, dessen Erwerb zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses, zur Förderung der Siedlung und Urbarmachung oder zur Hebung der Landwirtschaft nötig ist, kann enteignet werden. Die Fideikommisse sind aufzulösen.

Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft. Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeits- und Kapitalaufwendung auf das Grundstück entsteht, ist für die Gesamtheit nutzbar zu machen.

Alle Bodenschätze und alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte stehen unter der Aufsicht des Staates. Private Regale sind im Wege der Gesetzgebung auf den Staat zu überführen.

Aber auch im Görlitzer Parteiprogramm heißt es nun ausdrücklich:

„Grund und Boden, die Bodenschätze, sowie die natürlichen Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Volksgemeinschaft zu überführen. Gesetzliche Maßnahmen gegen die Extensivierung oder das gänzliche Unbenutztlassen landwirtschaftlicher Bodenflächen oder deren Verschwendung zu privaten Luxuszwecken."

Tun wir nun aber auch darnach! Arbeiten wir energisch mit den Bodenreformern zusammen, in Reich, Land und Gemeinde!

Warten wir keinen Tag! Wir haben keinen Augenblick zu verlieren. Das Volk wird uns dankbar dafür sein. Da wird es fühlen, daß es wirklich in eine neue Zeit gekommen. Her mit einer kräftigen **Wertzuwachssteuer**, her mit progressiver **Grundwertsteuer**, her mit einem **Ankaufsrecht** der Gemeinden zum versteuerten Werte, organisieren wir die Mieter zur Abschaffung ihrer selbst, zwingen wir jeden Staatsbürger, in eine Wohnungskasse den Wert seines Eigen-Gartenheims als individuelles, unpfändbares, aber vererbbares Guthaben zu sparen, statt wie jetzt dauernd an den gewerbsmäßigen Wohnungsvermieter und seine Hintermänner, den Hypothekengläubiger und Grundstücksspekulanten, zu verlieren. Wenn das Individuum nicht sittlich genug, nicht klug genug ist, aus sich selber heraus, sowie für seinen eigenen Rock, so auch für sein eigenes Haus zu sorgen, so laßt den kollektiven Verstand, den Verstand der Gesamtheit, zur Geltung kommen. Ihr zwingt ja auch jeden, wenigstens einigermaßen für sein Alter zu sorgen. Zwingt so auch jeden jungen Menschen, ob Mann oder Weib, 1—3 Prozent seines Jahreslohnes, je nach Einkommen und Versorgungspflicht, in die Wohnungskasse zu sparen, damit sie, wenn sie um die Mitte ihres dritten Jahrzehnts heiraten, ihr Einfamilienheim mit Garten schon mit 10 Prozent seines Wertes anzahlen können. Und sollten sie gar noch etwas mehr haben, dadurch, daß sie ihre gesparten Wohnwerte zusammenlegen, so wäre das auch kein Unglück. Für Möbel und sonstige Hauseinrichtung können sie es vortrefflich brauchen. Was die Jugend nicht spart, muß sie nach der Verheiratung in viel höherem Maße sparen, in die Tasche des Hausbesitzers und der Abzahlungsgeschäfte verlieren.

Parteigenossen! Laßt uns nicht mehr über Theorien schwätzen, laßt uns praktisch die Welt sozialistisch einrichten! Es muß eine Lust sein zu leben, jeder Tag muß uns neue Freude über neue Erfolge bringen. Hört es, mit welch glühendem Optimismus auf dem Heimstättentag gesprochen worden ist. Hier arbeiten zusammen begeisterte, auf praktischen Erfolg abzielende Parteigenossen und verständig, gesund und idealistisch denkende Bürgerliche, die es satt haben, daß ein unsittliches Grundstücksspekulantentum die Wohnungswelt beherrscht.

Wir können uns durchsetzen, wenn wir wollen. Und wir wollen, wenn wir begreifen und an uns glauben.

Kommt am Sonntag zu vielen Tausenden in die Jahrhunderthalle, hört euren Löbe, hört Damaschke, hört den Oberschlesier Fronober. Wir müssen und wollen heraus aus dem Wohnungselend!

Mittel für den Wohnungsbau und das Reichsmietengesetz.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit der Frage, ob er zunächst den Gesetzentwurf über die Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz) oder die Vorschläge zur Beschaffung von neuen Mitteln für den Wohnungsbau beraten solle. Es liegen zu dem letzteren Zwecke ausführlich begründete Vorschläge eines Unterausschusses vor, der im August und September getagt hat. Genosse Silberschmidt und die meisten anderen Redner aus dem Hause sprachen sich im Gegensatz zu dem Vertreter der Reichsregierung und der Länder dahin aus, zunächst diese Vorschläge zu beraten. Die Beschaffung von Geld für den Wohnungsbau sei doch noch dringender als das auch sehr wichtige Reichsmietengesetz. Der Ausschuß entschloß sich dafür, am Montag in die Beratung der Vorschläge des Unterausschusses einzutreten. Nötigenfalls will er auch während der Parlamentsferien tagen.

Neuer Privatkapitalismus statt Sozialisierung?

Die staatlichen Bergwerke Preußens sollen in eine andere Verwaltungsform überführt werden, um ihre Verwaltung beweglicher zu machen. Am besten eignet sich dazu die Form der Aktiengesellschaften. Der „demokratische" Minister für Handel und Gewerbe, Fischbeck, stand dieser Umwandlung zunächst ablehnend gegenüber. Neuerdings hört man gerüchtweise, daß er sich mit einer solchen Umwandlung einverstanden erklärt, aber unter Umständen, gegen die aufs schärfste protestiert werden muß. Herr Fischbeck soll sich nämlich mit der Absicht tragen, einen erheblichen Teil der Aktien der neuen Gesellschaften in den Börsenverkehr zu bringen, ihn also dem Privatkapitalismus auszuliefern. Das Loch im preußischen Staatssäckel könnte allerdings auf diese Weise gestopft werden, aber um einen Preis, den man unter keinen Umständen zahlen darf! Die Sozialdemokratische Partei, wie die Arbeiter und Angestellten der Staatsbergwerke, werden die gefährlichen Pläne des Handelsministers scharf im Auge behalten müssen!

Kleinarbeit im Landtag.

Im Landtag ist ein ungeheurer Vorrat von Anträgen und kleinen Vorlagen zu erledigen. Am Donnerstag redet man zunächst weiter über die Königsberger Universität. Die Rechtsparteien nehmen die antisemitischen und nationalistischen Universitätsbehörden in Schutz, während der Unabhängige Mertins und der Kommunist Schulz an Angriffen nicht sparen. Dabei holt sich Herr Schulz den ersten Ordnungsruf. Dann kommt ein sozialdemokratischer Antrag an die Reihe, welcher der Verwüstung unserer Forsten durch die Kahlschläge der Privatbesitzer Einhalt tun soll. Auf der Rechten spricht man von Bevormundung und neuer Zwangswirtschaft. Aber Genosse Peters hat wenigstens die Demokraten von der Notwendigkeit überzeugt, den deutschen Waldbestand, vornehmlich in der Umgebung der Großstädte und Industrieorte für die Volksgesundheit zu erhalten. Herr Schulz tritt wiederum auf und holt sich den zweiten Ordnungsruf. Schärfer platzen die Gegensätze aufeinander bei der Beratung der sozialdemokratischen und unabhängigen Anträge, die

Milchversorgung der Säuglinge und Unbemittelten

sicher zu stellen. Genossin Ege begründet warmherzig und sachlich die Anträge, über die es eigentlich nur eine Meinung geben sollte. Sie nagelt die brutale Profitsucht gewisser Landbundkreise fest, die unbequeme Steuerpläne mit einem Milchstreik abwehren wollen. Das deutschnationale Echo ist eine rührselige und innerlich ganz hohle Agitationsrede der Frau Deutsch, die gleich nachher von dem verständigen Zentrumsmann Sprenger eine in der Form ruhige, in der Sache vernichtende Abfuhr erfährt. Dann wird die Debatte abgebrochen und das Haus vertagt sich wegen einiger Fraktionssitzungen auf morgen, wo noch eine Menge ähnlicher dringender Anträge zu erledigen ist.

Zur Aenderung der Angestelltenversicherung.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten trat am Donnerstag vormittag zusammen. Er beschloß, am Abend noch eine Sitzung abzuhalten, um zu den Anträgen auf Erhöhung der Unfallrente Stellung zu nehmen. Dann begann er mit der allgemeinen Aussprache über die Frage, ob die Angestellten-Versicherung als eine besondere Versicherung bestehen bleiben, oder der allgemeinen Invalidenversicherung angegliedert werden soll. Schließlich wurden einstimmig die Anträge der beiden sozialdemokratischen Parteien angenommen, das Arbeitsministerium zu ersuchen, bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages Ende Oktober einen Aenderungsvorschlag zu dem Entwurf zur Aenderung der Reichsversicherungs-Ordnung vorzulegen, der die Eingliederung der Angestelltenversicherung in die Invalidenversicherung so durchführt, daß die jeweils günstigeren Bestimmungen beider Versicherungen übernommen werden, und ferner sonstige Unterlagen für die Weiterberatung zu beschaffen.

Ein Verkehrshindernis.

In den Wandelgängen des Reichstages steht noch immer ein Denkmal Wilhelm I., das nur als Verkehrshindernis betrachtet werden kann. In dem Ausschmückungsausschuß des Reichstages äußerte sich der Schöpfer des Hamburger Bismarckdenkmals, Professor Lederer, dahin, daß das Standbild in der Wandelhalle wertlos sei. Es störe die Harmonie der großen Halle und der weiße Marmor des Denkmals wirke in der Umgebung sehr ungünstig. Hoffen wir, daß die Mehrheit des Reichstages diese geschmacklose und unkünstlerische Erinnerung aus wilhelminischen Tagen bald entfernen läßt.

Junkers Gartengerät.

Im Park des Junkers v. Heidebreck zu Köslin wurden unter Laub versteckt 2 Maschinengewehre gefunden. Man darf wohl annehmen, daß der Herr Baron die Maschinengewehre nicht aufbewahrt hat, um Spatzen zu schießen. Ob sich eine Polizei, ein Staatsanwalt und Richter in Pommern finden, die dem Sammler von Maschinengewehren der gebührenden Strafe ausliefern, muß man in Geduld und Fassung abwarten.

Fahrpreiserhöhung der Berliner Straßenbahn.

Der zuständige Ausschuß der Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat die Absicht, den Preis für eine Straßenbahnfahrt von bisher 1 Mark auf 1,30 Mark zu erhöhen.

Handwerkskammerpräsident Rahardt verhaftet.

Zu den Verfehlungen des Berliner Handwerkskammerpräsidenten Rahardt melden die Blätter, daß Rahardt bereits in das Untersuchungsgefängnis in Moabit eingeliefert worden ist. Wie bis jetzt feststeht, beträgt, laut Abendblättern, die Höhe der Unterschleife, die er gemeinsam mit seinem Sohne als Vorsitzender der Hauptstelle für den Einkauf gemeinsamer Handwerkslieferungen begangen hat, 1 100 000 Mark. Laut „Lokalanzeiger" wurde unter dem Verdacht der Mitbeteiligung ein Intendanturrat verhaftet. Ein weiter höherer Verwaltungsbeamter hat sich seiner Festnahme durch Flucht entzogen.

Nennt sie beim richtigen Namen!

Die monarchistische Rechtspartei firmiert als Deutschnationale Volkspartei, um mit dem Worte Deutschnational auf solche Kreise Eindruck zu machen, deren deutsches Bewußtsein besonders stark entwickelt ist. Nationale Gesinnung aber ist nicht ein Vorrecht der Deutschnationalen. Die Sozialdemokratie hat stets einen Unterschied gemacht zwischen berechtigtem Nationalgefühl, das auch Jaurès und Bebel vertreten haben, und nationalistischer Ueberhebung und Verhetzung. Das Charakteristikum der Deutschnationalen Volkspartei ist nicht nationale Gesinnung und nationales Tun. Die Eigenart dieser Partei ist ihr unentwegtes Bekenntnis zur Monarchie, zur Wiederherstellung des Hohenzollernschen Kaisertums, was zugleich eine wesentliche Schmälerung der Volksrechte, eine Beseitigung der Demokratie, voraussetzt. Vielen Volksgenossen wird das bei der Art der deutschnationalen Agitation nicht recht klar. Es ist daher eine Pflicht unserer Presse und unserer Agitatoren, die Deutschnationalen immer und überall als die **deutsch-monarchistische** Partei zu bezeichnen. Dann weiß jeder, was er von dieser Partei zu erwarten hat: Kaisertum, militaristischer Drill, Vernichtung der Volksrechte, alles da, was uns in das Unglück hineingeführt hat.

Kautsky an die Programmkommission.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Während des Parteitages wurde in Görlitz ein Gruppenbild der Mitglieder der Programmkommission aufgenommen, das Genosse Löbe mit der Unterschrift der einzelnen Mitglieder an den Schöpfer des Erfurter Programms Karl Kautsky richtete. Kautsky hat nunmehr unter dem 27. September an den Genossen Löbe folgendes Schreiben gerichtet:

„Lieber Genosse Löbe! Ich danke Ihnen und den Mitunterzeichnern für die freundliche Erinnerung aus Görlitz. Sie erinnert mich an die schönen Tage jener Zeit, als wir noch ein einig Volk von Brüdern waren. Ich hoffe, noch eine Wiederkehr dieser schönen Tage zu erleben, trotz aller zeitweiligen Mißgriffe von rechts und links, die sie hinausschieben.

Mit den herzlichsten Grüßen

Ihr

Karl Kautsky."

Verschiebung von oberschlesischen Selbstschutzwaffen bis Bremen.

Bremen, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch, den 5. Oktober, sollte im Parkhaus zu Bremen eine Kompagniefeier der aufgelösten oberschlesischen „Freiwilligen Hundertschaft Cosel" stattfinden, zu der Leutnant a. D. Dyes, jetzt Angestellter der Firma Mercator, Handelsgesellschaft, Einladungen versandte. Es besteht begründete Vermutung zu der Annahme, daß diese angebliche Kompagniefeier mit folgender, von zuverlässiger Seite aus Schlesien ergangenen Meldung im Zusammenhang steht:

Eine Sendung Waffen und Munition einer aufgelösten Selbstschutzorganisation, die unter dem Signum „Kognak und Sekt" an die Firma Ludwig Neukirch Bremen, (Speditionsgeschäft), adressiert war, befand sich auf dem Wege nach Bremen. Es ist festgestellt worden, daß der ehemalige Adjutant des Hanseatischen Infanterieregiments Nr. 75, Krose, der Sohn des Bremer schweizerischen Konsuls, sich bereits bei dem Prokuristen der Firma Neukirch, Herrn Gohlisch, danach erkundigte, ob die für ihn bestimmte Sendung Kognak und Sekt schon eingetroffen sei. Dies war zurzeit der Nachfrage noch nicht der Fall. Die Tatsache jedoch beweist den Zusammenhang zwischen Herrn Krose, der der oberschlesischen Freiwilligen-Hundertschaft angehörte und der beabsichtigten Waffenschiebung. Erfreulicherweise gelang es, die für Bremen bestimmte Munition unterwegs abzufangen und es wurden sofort Vorkehrungen getroffen, um zu verhindern, daß die verschobenen Waffen in die Hände der Rechtsbolschewisten gelangten.

Um Westungarn.

Die Vossische Zeitung meldet aus Budapest, daß am Mittwoch die Ausrufung des selbständigen westungarischen Staates vollzogen worden ist. Der unter Führung des früheren Ministerpräsidenten Stephan Friedrich stehende Landesverteidigungsrat hat eine Proklamation erlassen, derzufolge der Landesverteidigungsrat das Imperium über Westungarn übernimmt und das Land als selbständige Regierung verwalten wird. In einer Rede, die Friedrich in der Budapester Landes-Frauenliga hielt, erklärte er, wer es wage, Westungarn zu betreten, werde einfach erschossen.

Das Reutersche Büro erfährt, daß die Botschafterkonferenz gestern beschlossen hat, Ungarn zu benachrichtigen, daß die Freigabe des Burgenlandes bis zum 4. Oktober bedingungslos zu erfolgen hat. Auf die Nachricht, daß die ungarische Regierung beabsichtige, eine neue Klasse von 20 000 Mann zu mobilisieren, hat die Konferenz Ungarn verständigt, daß dies in keinem Fall gestattet werden würde.

100%

Roman eines Patrioten.

Von Upton Sinclair.

Amerikanisches Copyright by Malik-Verlag, Berlin-Halensee.

3] (Nachdruck verboten.)

III.

Peters Betrachtungen wurde dadurch ein Ende gemacht, daß jemand die Kiste von der Mauer fortschob. „Hallo!" sagte eine Stimme.

Peter stöhnte, ohne aufzublicken. Die Kiste wurde noch weiter vorgezogen, und ein Gesicht blickte herein. „Weshalb verstecken Sie sich da?"

„Wa—a—s?" stammelte Peter schwach.

„Sind Sie verletzt?" fragte die Stimme.

„Ich weiß nicht," stöhnte Peter.

Die Kiste wurde vornübergestülpt, und der Insasse glitt heraus. Peter schaute auf, und erblickte drei oder vier Polizisten, die sich über ihn beugten. Er begann von neuem zu stöhnen.

„Wie sind Sie in die Kiste gekommen?" fragte einer der Polizisten.

„Ich kroch hinein."

„Weshalb?"

„Um zu fliehen . . . vor . . . vor . . . was war es denn eigentlich?"

„Eine Bombe," erwiderte ein Polizist, und Peter war dermaßen verblüfft, daß er völlig vergaß, den hilflosen Verletzten zu spielen.

„Eine Bombe!" rief er, und im gleichen Augenblick stellte ihn einer der Polizisten auf die Füße.

„Können Sie stehen?" fragte er. Peter versuchte es, vermochte zu stehen und vergaß, daß er in ihm einen Nervenschock erlitten habe. Er war mit Blut und Schmutz bedeckt, schaute furchtbar aus, doch fühlte er große Erleichterung, da er entdeckte, daß seine Gliedmaßen heil geblieben.

„Wie heißen Sie?" fragte ein Polizist und fügte, als Peter die Frage beantwortet hatte, hinzu: „Was ist Ihre Beschäftigung?"

„Ich habe keine," stammelte Peter.

„Wo haben Sie zuletzt gearbeitet?" Nun mischte sich auch ein zweiter Polizist ins Gespräch: „Weshalb krochen Sie in die Kiste?"

„Mein Gott!" rief Peter, „ich wollte der Gefahr entkommen."

Die Polizisten schienen es verdächtig zu finden, daß er so lange in seinem Versteck geblieben war. Sie waren selbst in einem äußerst erregten Zustand; ein furchtbares Verbrechen war begangen worden und von dem Verbrecher fehlte jegliche Spur. Ein anderer Mann trat an sie heran; er trug keine Uniform, doch schien er große Autorität zu besitzen. Auch er fiel über Peter her, verlangte zu wissen, wer er sei, woher er komme, was er in der Menge getrieben habe. Peter wußte keine befriedigenden Antworten zu geben. Seine Beschäftigungen waren alle außergewöhnlich und etwas dunkel gewesen, seine Absichten aber konnte er einem mißtrauischen Frager nicht recht erklären. Der Mann war groß und kräftig, etwa einen Fuß länger als Peter. Da er mit ihm redete, beugte er sich nieder, starrte Peter in die Augen, als suche er nach düsteren, hinter Peters Schädel verborgenen Geheimnissen. Peter entsann sich, daß er ja eigentlich krank sei; seine Lider fielen zu, er schwankte. Ein Polizist hielt ihn aufrecht.

„Ich will mit dem Kerl sprechen," sagte der Mann in Zivil. „Führt ihn hinein." Rechts und links packte Peter ein Polizist am Arm, und so schleppten sie ihn über die Straße in ein Gebäude.

IV.

Peter kam in ein großes Warenhaus, das von der Polizei geöffnet worden war. Etliche Verwundete lagen auf dem Fußboden, Aerzte beugten sich über sie. Peter wurde über einen Korridor geführt, in ein Zimmer gebracht, in dem sich einige Männer, alle mehr oder weniger bewußtlos, befanden. Diese Leute waren der Polizei verdächtig und wurden bewacht.

Peters zwei Polizisten lehnten ihn gegen die Wand und begannen seine Taschen zu durchsuchen. Ein kläglicher Inhalt kam zu Tage: ein schmutziger Fetzen, zwei von der Straße aufgehobene Zigarettenstummel, eine gebrochene Pfeife, eine Uhr, die einst einen Dollar gekostet hatte, nun aber zu sehr ruiniert war, um verletzt werden zu können. Sonst konnten sie, soweit Peter wußte, nichts finden. Dennoch kam noch etwas aus den Taschen ans Licht: das Flugblatt, das Peter eingesteckt hatte. Der Polizist warf einen Blick darauf, rief „Mein Gott!" Er starrte Peter, dann den andern Polizisten an, und reichte diesem das Blatt.

Im gleichen Augenblick betrat der Mann in Zivil das Zimmer. „Herr Kapitän," rief der Polizist, „lesen Sie dies an."

Der Mann nahm das Blatt, und Peter, der mit verwirrten angstvollen Augen die Szene beobachtete, erblickte etwas Erschreckendes. Es war, als habe der Mann jählings den Verstand verloren. Er stierte auf Peter, die großen starrenden Augen unter den schwarzen Brauen sprangen schier aus den Höhlen.

„Aha!" rief er. „Habe ich Sie erwischt?" Die Hand, die das Flugblatt hielt, zitterte, die andere Hand streckte sich aus wie eine gewaltige Kralle, packte Peters Kragen, zog ihn zusammen, bis Peter erstickend aufröchelte. „Sie warfen die Bombe!" zischte der Mann.

„Was?" keuchte Peter mit versagender Stimme. „Bombe?"

„Heraus damit!" schrie der Mann, sein Gesicht ganz nahe an Peters Wange drängend; seine Zähne funkelten, als wolle er Peters Nase abbeißen. „Heraus damit. Rasch! Wer half Ihnen?"

„Mein Gott!" stammelte Peter. „Ich weiß nicht, was Sie meinen."

„Sie wagen mich anzulügen?" brüllte der Mann und schüttelte Peter, als wolle er diesem die Zähne aus dem Munde schleudern. „Machen Sie keinen Unsinn! Wer half Ihnen?"

Peters Stimme schrillte zu einem Angstschrei auf. „Ich habe nie eine Bombe gesehen. Ich weiß nicht, wovon Sie reden."

„Folgen Sie mir!" Der Mann schritt der Tür zu. Es wäre sicherlich für Peter bequemer gewesen, hätte der Mann ihn erst umgedreht und ihn bei der Rückseite des Kragens gehalten; augenscheinlich jedoch betrachtete der Mann Peters körperlichen Zustand als vollkommen belanglos; er hielt Peter vorne am Rock fest, schob, schleppte ihn aus dem Zimmer, einen langen Korridor entlang, in den hinteren Teil des Gebäudes. Und während der ganzen Zeit zischte er in Peters Ohr: „Ich werde es schon aus Ihnen herausbekommen. Glauben Sie nur nicht, daß Sie mich anlügen können. Sie werden schon alles eingestehen müssen."

Der Mann öffnete eine Tür. Er schob Peter in eine Art Vorratskammer, schlug hinter ihnen beiden die Tür zu. „Heraus damit," sprach er. Dann steckte der Mann das bedruckte Blatt in die Tasche: — Peter sah es nie und erfuhr auch nie, was darauf gestanden hatte. Mit seiner freien Hand griff der Mann nach einem Finger von Peters Hand und bog ihn mit furchtbarer Kraft nach hinten. „Oh!" schrie Peter. „Lassen Sie los!" Und wild aufbrüllend: „Sie werden den Finger brechen."

(Fortsetzung folgt.)

Das Programm der Sozialdemokratie.

Beim Abdruck des Parteiprogramms in der gestrigen „Volkswacht"-Nummer sind die letzten Absätze „Kultur- und Schulpolitik" und „Völkerbeziehungen und Internationale" durch ein Versehen des Korrektors unvollständig abgedruckt worden. Wir geben daher beide Absätze noch einmal vollständig wieder. Red.

Kultur- und Schulpolitik.

Recht aller Volksgenossen an den Kulturgütern. Oberstes Erziehungsrecht der Volksgemeinschaft.

Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache: Trennung von Staat und Kirche.

Ausgestaltung der Schule zur weltlichen Einheitsschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lernmittel und der Verpflegung in den Schulen.

Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsgemeinschaften der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter. Mitarbeit pädagogisch hervorragend begabter Laien, verantwortliche Mitwirkung der Eltern an der Schulerziehung und Schulaufsicht durch Elternräte.

Erziehung des heranwachsenden Menschen in der Familie, in der Schule und der freien Jugendbewegung zum bewußten Glied der sozialen Volks- und Menschheitsgemeinschaft, zu den Idealen der Republik, der sozialen Pflichterfüllung und des Weltfriedens.

Jugendhilfe, beginnend mit dem werdenden Kinde und endend mit dem Eintritt der Volljährigkeit, als selbständiges, öffentliches Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen.

Bildungsstätten für erwachsene Volksgenossen als freie Arbeitsgemeinschaften zum Aufbau einer lebendigen Volkskultur.

Völkerbeziehungen und Internationale.

Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens.

Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt und in dem die Parlamente aller Länder durch Delegierte nach der Stärke der Parteien vertreten sind. Ausbau des Völkerbundes zu einer wahrhaften Arbeits-, Rechts- und Kulturgemeinschaft. Entscheidung aller internationalen Streitigkeiten durch ein internationales Gericht. Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts. Völkerrechtlicher Schutz aller nationalen Minderheiten nach dem Grundsatz vollkommener Gegenseitigkeit. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes, Herabsetzung der Wehrmacht in allen Staaten auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten und die Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen des Völkerbundes erfordert. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes. Durchführung des Grundsatzes der Offenen Tür für alle wirtschaftlichen Austauschgebiete. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

Revision des Friedensvertrags von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und Anerkennung der nationalen Lebensrechte.

Internationaler Textilarbeiterkongreß in Paris.

An dem vom 19.—24. d. M. in Paris tagenden Internationalen Textilarbeiterkongreß nahmen 96 Delegierte teil, die 1 500 000 Mitglieder vertraten. England war durch 35 Delegierte vertreten, Deutschland hatte 25, Belgien 11, Frankreich 7, Italien 4, Tschechoslowakei (deutsch) 4, Tschechoslowakei (tschechisch) 2, die Schweiz und Holland hatten je 2 Delegierte entsandt. Es waren also zehn Länder vertreten. Amerika, Oesterreich und Ungarn waren aus persönlichen und organisatorisch-technischen Gründen nicht vertreten. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Ausbau des Streikfonds, für den eine Reihe wichtiger Bestimmungen, die Stärkung und Kräftigung des Fonds betreffend, angenommen wurden. Hinsichtlich der Arbeitszeit wurde die 48stündige als Höchstmaß für zulässig erachtet, täglich höchstens acht Stunden, bei Schichtwechsel, am Sonnabend nur vier Stunden. — Zur Behebung der Arbeitslosigkeit wurde eine Resolution angenommen, die ausspricht, daß die kapitalistische Produktionsweise die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen könne, sondern daß die sozialistische an ihre Stelle treten müsse, wenn das Ziel erreicht werden solle. Zum Punkt „Betriebsdemokratie und Betriebsräte" wurde besonders betont, daß zwar das Betriebsrätegesetz in Deutschland nicht allen Erwartungen, die man in dieses gesetzt hatte, entspricht, aber doch immerhin Fortschritte gebracht habe und zu weiteren Fortschritten benutzt werden könne. Die Washingtoner Arbeiterschutzbeschlüsse, das Internationale Arbeitsamt in Genf und sein Wirken wurden eingehend besprochen und dabei der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiterschaft der Welt diesem Institut seine Unterstützung nicht versagen werde, da es, wenn die Arbeiterschaft es wolle, durch die in ihm verkörperte Macht der Arbeiter zu höherer Wirksamkeit gebracht werden könne. Es wurde noch gerügt, daß die französische Regierung keinen Ausländer in Frankreich als Gewerkschaftsfunktionär dulden wolle. Schließlich wurde eine Resolution gegen den Krieg angenommen — er soll durch Verweigerung aller Arbeit, die der Kriegswirtschaft dienen könnte — unmöglich gemacht werden. Ferner wurde eine Resolution für den Wiederaufbau angenommen, durch die erklärt wird, daß er nur möglich sei bei Aenderung des Friedensvertrages zugunsten der im Kriege unterlegenen Staaten und bei ehrlicher und aufrichtiger Wirtschaftspolitik, die nicht auf Bereicherung und Bevorzugung einzelner Länder und Volksschichten hinausläuft, sondern als Ziel nur das gleichmäßige Wohlergehen aller Länder, Völker und Volksschichten kennt.

Der Kongreß war der zehnte seiner Art und hat sicher — nach dem langjährigen Kriege — zur Wiederanknüpfung der durch den Krieg etwas gelockert gewordenen Beziehungen viel beigetragen. Gegen das ausbeutende Kapital in den Hauptländern der Textilindustrie ist eine Macht zusammengeschmiedet, die als freigewerkschaftliche und als sozialistisch gerichtete Fronde dem Kapital gewiß noch viel zu schaffen machen wird. — Der nächste Kongreß soll 1924 in Neapel stattfinden.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Sozialdemokratischer Verein.

Der nächste und letzte Vortragsabend findet Montag, den 3. Oktober 1921, abends 7 Uhr, im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses statt und wird Genosse Srowig über

Kommunalpolitik

sprechen.

Aus der Provinz Schlesien.

An die Arbeiterjugendvereine Mittelschlesiens!

Die Bezirkskonferenz des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, Bezirk Mittelschlesien, findet für dieses Jahr am Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr, im kleinen Saale des Breslauer Gewerkschaftshauses, statt.

Die Tagesordnung ist folgende: 1. Bericht der Bezirksleitung über das verflossene Geschäftsjahr; 2. Jugendpflege oder Jugendbewegung? Referent Genosse F. Ohlig, Striegau; 3. Jugend und Bildung; 4. Anträge; 5. Verschiedenes.

Wir ersuchen die Ortsvereine, entsprechend ihrer Mitgliederzahl, Vertreter zu entsenden. Auf je 100 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Angefangene 100 gelten dabei als voll. Gäste sind willkommen. Partei- und Gewerkschaftsvertreter aus Orten, wo ein Arbeiterjugendverein erst gegründet werden soll, sind gleichfalls gern gesehen und werden ersucht, sich beim Vorstand besonders zu melden.

Jeder Ortsverein muß vertreten sein. Die Kosten gehen zu Lasten der delegierenden Vereine.

Anträge der Vereine werden bis zum 30. Septemb. einschließlich entgegengenommen und sind an die Adresse des Jugendbezirksvorstandes, Reinhold Zimmer, Breslau 9, Fürstenstraße 12, zu richten.

Mit der Konferenz ist eine Material-Ausstellung verbunden. Beginn der Tagung pünktlich 10 Uhr vormittags.

Die Bezirksleitung.

Zum Streik in der schlesischen Marmorindustrie.

Der Streik geht unvermindert und verschärft weiter. Verschärft durch das gänzlich ungesetzliche und provozierende Eingreifen einer halben Hundertschaft der Sicherheitspolizei.

Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen stehen im Kampf, demgegenüber spielen sämtliche Werkmeister, Poliere, Schleifer, Maschinen-Bruchmeister usw., die Rausreißer, obwohl einige davon bei Beginn des Streikes auf Befragen durch die Gauleitung erklärten, keine Streikarbeit zu verrichten. Jetzt lassen sich die gleichen Kulis wie die anderen als Ochsenjungen, Hilfsarbeiter und alles mögliche verwenden.

Selbstverständlich regten sich die kämpfenden Arbeiter darüber auf und versuchten, diese Streikbrecher durch ihr Zusehen bei der Arbeit von ihrem schändlichen Treiben abzuhalten. Tätlichkeiten kamen dabei nicht vor, obwohl die Aeußerung eines Maschinenmeisters bekannt war, die dahin ging, man müßte die streikenden Arbeiter mit dem Messer bearbeiten.

Der betreffenden Firma ist dieses bekannt, trotzdem benutzt man diesen Helden als Streikbrecher weiter. Alles dies spielt sich in Groß-Kunzendorf, Kreis Neisse, ab. Der dortige Gendarmeriewachtmeister konnte ohne jegliche Schwierigkeiten Ruhe und Ordnung überwachen. Keine einzige Klage wurde dem Ortsvorsteher des Ortes bekannt.

Trotz alledem erscheint eine halbe Hundertschaft grüne Polizei, an der Spitze ein, anscheinend seine Befugnisse nicht kennender Offizier, der ohne langes Zaudern die Arbeiter zum ersten, zum zweiten und zum drittenmal aufforderte, den Platz zu räumen. Die Mannschaft mußte sofort schußbereit machen. Dem Eingreifen der durch Zufall dazu kommenden Streikleitung ist es zu danken, daß nicht Blut geflossen ist.

Auf Befragen der Streikleitung beim Ortsvorsteher, wird uns die verblüffende Antwort, daß weder dem Amtsvorsteher noch dem Landrat von dem Herbeiholen der Grünen etwas bekannt sei. Der Gendarmeriewachtmeister erklärt sich nach wie vor imstande, die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten zu können, ebenso der Ortsvorsteher.

Wir fragen hiermit öffentlich bei den zuständigen Behörden an, welcher Behörde steht es zu, Sicherheitspolizei einzusetzen? Wir fragen, wer hat diese eingesetzt und auf wessen Anruf?

Wir fragen weiter, ob man bereit ist, den betreffenden Offizier für sein gänzlich unverantwortliches Verhalten zur Verantwortung zu ziehen, ihn nicht weiter auf friedlich kämpfende Arbeiter loszulassen, auf die Arbeiter, die bisher den wesentlichsten Teil öffentlicher Steuerlasten zahlten, damit diese Helden besoldet werden können?

Wer trägt die Verantwortung, wenn die Arbeiter, gereizt durch derartige Provozierungen, die Ruhe verlieren und zur Selbsthilfe greifen? Keine Stelle findet sich, die dafür zu sorgen bereit ist, daß den Arbeitern ein bescheidener Ausgleich für die übergroße Teuerung geboten und dadurch das Recht zum Leben gegeben wird. Blaue Bohnen sollen anscheinend wie vor, so auch nach der Revolution; das geeignete Mittel sein, die Arbeiter wieder in die Gewalt der rücksichtslosen Arbeitgeber zu treiben.

Man täuscht sich. Die Arbeiter werden umsomehr erkennen, daß es auszuhalten gilt und jede Provozierung wird den Entschluß hierzu stärken. Die bestreikten Firmen versuchen, die sogenannten Hetzer unter den Streikenden von der Wiedereinstellung auszuschließen. Es ist nicht notwendig, darzulegen, was den Arbeitgebern als Hetzen gilt. Braucht es angesichts der überaus niedrigen Entlohnung, der großen Ueberteuerung, der Notlage der Arbeiterschaft noch Hetzer? Für die berechtigte Erregung und Empörung haben die Arbeitgeber und die grüne Polizei gesorgt. Alle Arbeiter, die als Hetzer gelten sollen, haben alles mögliche getan und tun es heute noch, die Erregung zu dämpfen, die bei weniger aufgeklärten Arbeitern leicht Ausartungen aufkommen ließe, wenn derartige Provozierungen erfolgen.

Wenn man schon ganz unnötigerweise glaubt, den Arbeitgebern militärische Hilfe mit Maschinengewren (ein solches wurde auch auf dem Auto mitgeführt) angedeihen lassen zu müssen, ist es dann unbescheiden, wenn die Arbeiter verlangen, daß man auch ihnen hilft, ihre Lebensexistenz zu sichern, oder sie doch mindestens bei dem Kampf um diese ungeschoren zu lassen!

Wo ist eine Behörde, die nur annähernd so schnell zu diesem Zweck einzugreifen bereit ist, wie es dem Arbeitgeber gegenüber getan wurde, mit Maschinengewehren?

Wir warten darauf, werden aber vergebens warten.

Das Interesse der Allgemeinheit erfordert kein Eingreifen in solchen Angelegenheiten, wo es für die Arbeiter gelten sollte. Das lehren uns Antworten, die von Demobilmachungsbehörden stammen. Die Steinarbeiterschaft ganz Schlesiens steht hinter den im Kampf stehenden Berufskollegen, nicht zuletzt auch die Arbeiterschaft der den Kampforten naheliegenden Industrien. Die Arbeiter werden geeinigt und unterstützt durch diese, den Kampf bis zum erfolgreichen Ende führen.

Trotz Maschinengewehren, trotz Kapitalisten und ihren besoldeten und unbesoldeten Trabanten. Arbeitsangebote nach dort sind unbedingt zu meiden!

Zentralverband der Steinarbeiter,
Gau II, Liegnitz.

Vom schlesischen Arbeitsmarkt.

Das Schlesische Landesarbeitsamt übersendet uns für die Zeit vom 15. bis 21. September folgenden Wochenbericht:

Wesentliche Aenderungen in der Arbeitsmarktlage waren in der Berichtswoche nicht zu beobachten. Die günstige Entwicklung hat anscheinend weiter angehalten, wenn sie auch verschiedentlich durch die allenthalben sich zeigenden Lohnbewegungen gestört wird.

In der Landwirtschaft nahm die Vermittelungstätigkeit infolge des Bedarfs an Arbeitskräften für die Hackfruchternte erheblich zu. Besonders starke Nachfrage bestand an jüngeren Burschen und weiblichen Arbeitskräften.

Im Bergbau ist die Arbeitsmarktlage unverändert. Der Streik bei der Braunkohlengrube „Babina" bei Muskau OL. konnte beigelegt werden. Dagegen ist die Belegschaft der Grube „Erika" bei Hoyerswerda in Streik getreten; Verhandlungen wegen Wiederaufnahme der Arbeit schweben zurzeit noch. Wegen Lohndifferenzen streiken die Arbeitskräfte der Firma Thust & Hähnel, Marmorwerke in Gnadenfrei; es wird jedoch gehofft, den Streik baldigst beilegen zu können.

Die Beschäftigungslage in der Oberlausitzer Glasindustrie scheint sich etwas günstiger zu gestalten, da die vor einigen Wochen angekündigten Entlassungen vermieden werden konnten.

In der Metallindustrie hält die Besserung der Arbeitsmarktlage nach wie vor an. So konnten in Liegnitz sämtliche erwerbslose Schlosser untergebracht werden.

Auch im Holzgewerbe hält die Aufwärtsbewegung an; namentlich fanden Neueinstellungen in der Möbeltischlerei statt.

In der Papierindustrie konnte eine Anzahl Neueinstellungen, besonders im Habelschwerdter Bezirk, beobachtet werden.

Nach wie vor günstig ist die Arbeitsmarktlage in der Textilindustrie, wo zum Teil qualifizierte Arbeitskräfte in ausreichendem Maße nicht beschafft werden konnten.

Im Nahrungsmittelgewerbe fand eine Anzahl von Neueinstellungen, namentlich von weiblichen Arbeitskräften, in Gurkeneinlegereien und Konservenfabriken statt.

Das Bekleidungsgewerbe ist zurzeit ebenfalls noch gut beschäftigt. Nachfrage nach gelernten Schuhmachern übersteigt das Angebot.

Im Baugewerbe besteht weiterhin Mangel an Maurern und Zimmerleuten.

Ungünstiger gestaltet sich die Arbeitsmarktlage im Gastwirtsgewerbe, wo durch den Saisonschluß eine Anzahl von Arbeitskräften stellungslos geworden ist.

Im oberschlesischen Abstimmungsgebiet hat die Arbeitsmarktlage gegenüber der Vorwoche eine geringe Verschlechterung erfahren, die insbesondere in den Bezirken Königshütte und Oppeln in die Erscheinung trat. Die Nachfrage nach Arbeitskräften war am größten für ungelernte Lohnarbeit und häusliche Dienste (Hindenburg, Beuthen, Kattowitz), sowie für die Steinindustrie, das Bau- und das Bekleidungshandwerk ((Kattowitz, Oppeln), geringer für den Bergbau Königshütte, Kattowitz) und unbedeutend für die Landwirtschaft (Leobschütz, Pleß).

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt ist die rege Nachfrage nach brauchbarem Hauspersonal bestehen geblieben.

Die Berufsberatung und Lehrstellenvermittelung in Schlesien.

Das Provinzial-Berufsamt zu Breslau teilt uns mit:

In der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni d. Js. sind die Berufsämter der Provinz von 11 106 männlichen, 7569 weiblichen Schulentlassenen, von 496 männlichen und 303 weiblichen Erwachsenen, zusammen von 19 428 Personen, in Anspruch genommen worden.

Davon wurden nach vorangegangener Berufsberatung in ein Lehrverhältnis überführt 6574 männliche, 3823 weibliche Schulentlassene, 83 männliche und 45 weibliche Erwachsene, zusammen 10 525. Auf das Handwerk allein entfallen davon 3523 männliche, 278 weibliche Schulentlassene, 120 männliche, 27 weibliche Erwachsene. In eine Laufbahn bezw. Arbeitsverhältnis gingen, soweit die Berufsämter bezw. Arbeitsnachweise hierbei beteiligt waren, 1128 männliche, 856 weibliche Schulentlassene, 216 männliche, 179 weibliche Erwachsene. — An der berufsstatistischen Berichterstattung sind 47 Berufsämter beteiligt, während 13 Fehlanzeigen erstattet haben.

In einzelnen Kreisen Niederschlesiens (Mittel- und Niederschlesiens) sind die Berufsämter erst im Entstehen begriffen, während in Oberschlesien die Tätigkeit in mehreren Kreisen gänzlich ruhte.

Wozu ein Landwirt den hohen Kartoffelpreis benötigt.

Die heutigen hohen Kartoffelpreise sind manchem Landwirt noch zu niedrig und man versucht sogar, Beweise dafür zu erbringen. Damit vergleiche man folgendes Beispiel, das unser Parteiblatt in Hannover, der „Volkswille", veröffentlicht:

„Einen Sprung von 200 Mark auf 10 000 Mark hat die Pacht der Feldmarksjagd zu Abbesbüttel bei Meinge erlebt. Diese umfaßt 1100 Morgen und erbrachte bislang jährlich 200 Mark; jetzt wurde sie an den Landwirt O. Hinze, Abbesbüttel, für 10 000 Mark verpachtet. Er meinte, zwei Morgen Kartoffeln brächten ihm das reichlich ein."

Aus 2 Morgen Kartoffeln holt also dieser gute Mann so viel heraus, daß er den Pachtpreis einer Feldmarksjagd von 200 auf 10 000 Mark hinauftreiben kann.

Tschirne. Der Herr Stationsvorsteher von Tschirne, A. Nabig, huldigt als republikanischer Beamter (wenigstens sein Geld nimmt er von der Republik), echt monarchistischen Sitten. Ging er da am 25. d. Mts. gegen ½2 Uhr nach Haus und schmetterte, die Nachtruhe störend, ein kraftvolles „Heil dir im Siegerkranz" in die Luft, dem er schnell noch „Ich bin ein Preuße" folgen ließ. Als ihm die nächtliche Ruhestörung von Leuten untersagt wurde, drohte er ihnen mit Schlägen. Man trat ihm aber energisch gegenüber und der Held verschwand spurlos im Dunkeln. So sieht der republikanische Stationsvorsteher von Tschirne aus.

Neurode. Einen entsetzlichen Tod fand auf dem Bahnhof Ludwigsdorf der Streckenarbeiter Spitzer aus Königswalde. Als er die Gleise revidierte, blieb er mit einem Fuß zwischen zwei Schienen hängen und konnte sich nicht mehr befreien. Im selben Moment kam eine Lokomotive an diese Stelle, und Spitzer mußte bei vollem Bewußtsein dem Tode ins Auge sehen. Er wurde auf der Stelle getötet.

Beuthen. Ein Einbrecher erschossen. Bei einem Bäckermeister in Antonienhütte versuchten am Montag Einbrecher einzudringen, wurden jedoch von der Gemeindewache beobachtet und verfolgt. Drei Einbrecher konnten festgenommen werden, während der vierte, namens Schweda, bei der Verfolgung von der Gemeindewache erschossen wurde.

Die Valuta.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	29. 9.	28. 9.		29. 9.	28. 9.
amerikan. Dollar	0,81	0,75	Schweiz. Franken	4,70	4,58
englische Schilling	4,36	4,23	österr. Kronen	1383,12	1269,03
französ. Franken	11,44	11,18	polnische Mark	—,—	—,—
holländ. Gulden	2,56	2,45	tschechosl. Kronen	78,70	77,91

Wasserstand

vom 30. September 1921.

Ratibor	—	Neisse (Unter-Pegel)	1,27
Krappitz	2,07	Breslau (Ober-Pegel)	4,68
Cosel	—	(Unter-Pegel)	2,40
Brieg (Mastenkran)	1,25	Trebnitz	0,88
Kottwitz	1,11	Pöpelwitz	—0,98
Neisse (Ober-Pegel)	3,73		

Wassertemp.: 12,1°.

Bis ½6 Uhr gewöhnl. Preise! Ab ½6 1 Mk. Zuschlag!

SCHAUBURG
VIKTORIA-THEATER

½5 ½7 ½9 Uhr

DK

Gewöhnliche Preise!! 3 Sensations-Schlager!

Vox populi clamatis Est voluntas directoris **Erstaufführung!** In beiden Theatern: **Erstaufführung!** Wiederum ein Schlager-Programm!

Die Königin der Gartenstrasse oder Duftendes Unkraut

Eine Vision eines Künstlergeistes in 5 Akten nach dem Roman: „Die Gassenkönigin“

Außerdem: Nur in der Schauburg!

Der Original-amerikanische Film: 4396

Die „gelbe“ Schmach von San Franzisko

6 Sensations-Akte, nur von Chinesen gespielt.

Varietéschau:

Gebrüder Krämer, Komikgeiger — **Marx,** Humorist

Außerdem: Nur im DK-Theater!

Auge um Auge 5 Akte

oder: Die Höhle von La Christa

Im Tal des Schreckens 5 Akte

Stadt-Theater.
Freitag 7 Uhr:
Der Rosenkavalier.
Sonnabend 7½ Uhr:
Cavalleria rusticana
Hierauf: Der Bajazzo.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Tiefland.
Abends 7½ Uhr: Die Zauberflöte.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 2545.
Freitag 7½ Uhr:
Das Hollandweibchen
Sonnabend u. tägl. 7½ Uhr:
Neu einstudiert
Der Opernball.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Die Förster-Christel.

Liebichs Varieté.
Freitag, den 30. 9. 1921 abends 7½ Uhr:
Wohltätigkeits-Vorstellung
zugunsten der Hinterbliebenen der Oppauer Katastrophe.

Gloria Lichtspiele
Neudorfstr. 35.
? Lotte Neumann ?
oder
? Hilde Wolter ?
in dem großen Film
Büßer der Leidenschaft
Die Geschichte einer Liebe in 5 Akten.
Die vier Teufel
Ein Zirkusdrama voll Leidenschaft und Sensationen in 3 großen Akten.
Die Braut auf 24 Stunden
Famoses Lustspiel in 3 Akten.

Zeltgarten
Täglich 7½ Uhr:
Heut letzter Abend!
Das brillante September-Programm.
Morgen Sonnabend:
Vollständig neues Programm

KAISER WILHELM THEATER
Gartenstraße 85.
Von Freitag bis Montag
Das größte Ereignis
Der verboten gewesene Sitten-Schlager
(jetzt von der Reichszensur freigegeben).
„Aus eines Mannes Mädchenjahren“.
Nach dem bekannten Roman von K. O. Body.
In der Hauptrolle:
Erika Gläßner
7 große Akte.
Ferner: 7124
Der Aufsehen erregende Regie-Meisterfilm
Ein Herr der Welt
(Johann Baptiste Lugo)
Das große Drama aus dem besetzten Gebiet
mit Carl Auen.
5 große Akte.

Lauten Gitarren Mandolinen
auch echt italienisch, nebst all. Zubehör in bewährter Güte zu mäßigen Preisen
Carl Quandt, 7101
45 Ohlauer Straße 45
Reparaturen billigst.

Vereinigte Theater in Breslau.
Direktion: Paul Barnay.
Lobe-Theater. Tel. 6774 **Thalia-Theater.**
Freitag, den 30. September, 7½ Uhr abends:
Kunstgemeinde Serie F.
Erste Vorstellung:
„Gehörnter Siegfried“ und „Siegfrieds Tod“.
„Der Mann ohne Vergangenheit“.

Kunstgemeinde am Lobe-Theater.
Serie A. 2. Vorstellung, Dienstag, den 4. Oktober: „Kriemhilds Rache“.
Serie G. 1. Vorstellung, Freitag, den 7. Oktober: „Der gehörnte Siegfried“ und „Siegfrieds Tod“.
Serie B. 2. Vorstellung, Montag, den 10. Oktober:
Serie C. 2. Vorstellung, Freitag, den 14. Oktober:
Serie D. 2. Vorstellung, Montag, den 17. Oktober: „Kriemhilds Rache“.

IM REICH DER MODE
Ausstellungsgebäude Scheitnig
Volkstüml. Eintrittspreis Mk. 5.50
(einschl. Steuer) 7125
Konzert :: Tanzvorführungen
künstl. Vorträge Jos. Halpern
Sonnabend und Sonntag letzte Tage
Sonntag: Verlosung
der von den Firmen W. Hamburger & Co. und Joseph Spanier & Sohn gestifteten Gegenstände

Liebich-Kabarett 7102
Tanzpalast u. Weinrestaurant.
Täglich 8 Uhr: Das große Septemberprogramm

Achtung! Achtung! Neu für Breslau! Ab 1. Oktober: Die urfidele 7121
Bauern-Kapelle in Ober-Bayern
Gartenstraße 65.
Anfang Sonntags 4 Uhr.
Wochentags 7 Uhr.

Billigste Lebensmittel sind nur **Teichstraße 23**

PALAST Theater
7122
Heute spielt:
Lia Mara
die gefeierte Künstlerin in:
Im Sektrausch!
nach dem bekannten Ullstein-Roman
Fasching!
Ein Großfilm, den jeder sehen muß. 6 Akte.
Dazu:
Die Tages-Sensation
Der Goldschatz in der Vulkanhöhle
Das größte aller Abenteuer. 6 Akte.

Obstbaumgärtner! Obstbäume (hoch- u. halbst.) stark, mit älteren Kronen und Resten hat noch abzugeben. G 474
Karl Roßdeutscher, Obstbaumgärtner, Peterwitz, Post Domsch.

Volks-Theater „Luna-Säle“
Ab 1. Oktober: Ende Hubenstr. Ab 1. Oktober:
Große internationale
Ringkampf-Konkurrenz
um Geldpreise im Gesamtwerte von **20000 M.**
Es nehmen folgende Ringer daran teil:
Richard Schikat, Meisterringer von Nord-Deutschland.
Letto, Leichtgewichtsmeister von Finnland.
Hadschi Weingra, Meisterringer der Handschuhe.
Anguel Brylla, Meisterringer, Oberschlesien.
Olaf Nestrom, Meisterringer von Lettland.
Ivan Petrowitsch, Meisterringer von Rußland.
Jaan Jaago, Europameister, Estland.
Hans Haman, Weltmeister, Wien.
Karl Jahnsen, Litauen.
Valentin Mokul, Meisterringer, Posen.
Franz Goldbach, Meisterringer von Oesterreich.
Hans Sandeo, Meisterringer, Berlin.
Leon Pinetzki, der polnische Riese.
Fritz Kall, Breslau.
Die Konkurrenz steht unter Kontrolle des internationalen Ringerverbandes Berlin. Volkstüml. Eintrittspreise. Tägl. ringen 3 Paare.
Fahrtverbindung mit Linie 6. 7084
Wochent. Anfang der Vorstell. um ½8, Sonnt. 7 Uhr.
Sonntag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Allerfeinste 1035
Molkerei-Tafel-Butter
täglich frisch Pfund 31 Mark.
Felix Scholz, Klosterstr. 53
am Mauritiusplatz. Telefon: Ring 102.

Jupiter Lichtspiele
Westendstraße 30/32
7125
Der Meisterdetektiv
Harry Hill gegen den
Geheimbund der Falken
Fabelhafte Sensationen in 5 Akten.
Ferner im Beiprogramm:
„Das Telephon-Kätzchen“
Jeden Sonntag: Große Kinder-Vorstellung.

Apollo-Lichtspiele, Adalbertstraße 8
Freitag, den 30. September, nachmittags 4 Uhr:
Große Eröffnungsvorstellung
mit dem besten Rexfilm der Ufa
„Scherben“ (Von der Leidenschaft und vom Tode)
Familientragödie in 5 Tagen mit Werner Krauss und Edith Posska.
Außerdem:
„Jacks Geheimnis“ (Die Irrfahrten eines Testaments)
Italienisches Sensationsdrama in 5 Akten 4402
Fast unmögliche Intelligenz eines Affen.

Eine große Teuerung steht vor den Toren!

*

Dringend raten wir!

sich vollständig zwanglos unsere Qualitäten zeigen zu lassen und die Preise zu vergleichen.

Wir haben für mehrere Millionen Mark Schuhwaren abgeschlossen und verkaufen, solange Vorrat, zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Nachstehend lassen wir ein Kleines Preisverzeichnis folgen:

Damen-Halbschuhe schwarz entzückende Formen 78.50, 87.50, 95.50, 105.50, 125.50, 145.50, 165.50		72.50
Damen-Halbschuhe braun hochmod. Formen 125.50, 135.50, 165.50		110.50
Damen-Lack-Spangen- u. Schnürschuhe 195.50, 225.50		165.50
Damen-Lack-Spangen- u. Schnürschuhe Rahmenware 285.50		235.50
Damenstiefel schwarz, gute Paßform 135.50, 145.50, 165.50		125.50
Damenstiefel schwarz, Rahmenware, 195.50 225.50		185.50
Damenstiefel braun, hochmodern 195.50, 210.50		185.50
Herrenstiefel schwarz, gute Qualität 135.50, 145.50, 165.50		125.50
Herrenstiefel schwarz Rahmenware 225.50		195.50
Herrenstiefel braun, elegante Form 225.50, 245.50		185.50
Knabenstiefel schwarz, extra starke Qualität		125.50
Kinderstiefel schwarz 87.50 95.50, 125.50		82.50
Kinderstiefel braun 27—30 31—35 139.50		125.50
Hausschuhe 12.50, 16.50, 19.50, 20.50, 28.50, 38.50		10.75
Strümpfe in allen Farben		13.75
Socken 7.50, 6.75		5.50

Leinen-Schuhe Schnür- und Spangen 75.50, 72.50 **54.50**

Füll-Leisten 6.75 Holz-Leisten 12.50 und 13.50

Schuhhaus Neptun G. m. b. H.

Reuschestraße 2.

7101

Verantwortlicher Redakteur: Reinhold Berg. — Redaktion: Flachstraße 4. — Hauptexpedition: Flachstraße 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., Filialbetrieb in Breslau.

Hierzu 1 Beilage.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 30. September.

Die Berichterstattung vom Parteitag.

Die gestrige Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins im Gewerkschaftshause war sehr gut besucht. Die Parteitagsdelegierten Pietsch und Genossin Münz gaben ihren Bericht. Genosse Pietsch befaßte sich insbesondere mit den Fragen der Regierungskoalition. Er vertrat den Standpunkt, daß nicht nur die Beteiligung an der Regierung eine wichtige Rolle spiele, sondern eine weit größere auch die Gewinnung der Macht durch die proletarischen Massen. Doch ist es selbstverständlich, mitzuarbeiten, wenn wir in unserem Sinne weiter ausbauen wollen; die jetzigen Regierungsparteien haben vieles, was die Arbeiterschaft erreicht hatte, schon wieder abgebaut. Wir sind grundsätzlich gewillt, mit republikanischen Parteien zusammenzuarbeiten. Im Augenblick aber erscheint es nicht klug, da unsere Partei sicher für viele Beschlüsse des gesamten Kabinetts den Prügelknaben abgeben müßte.

Des weiteren sprach Genosse Pietsch noch über den Bericht der Reichstagsfraktion. Die Quintessenz des Fraktionsberichtes aber sei gewesen: Wir haben schwer kämpfen müssen und herzlich wenig erreicht. Das Referat des Genossen Keil über Steuerpolitik sei eine glänzende Abrechnung mit der Finanzpolitik eines Helfferich gewesen.

Genossin Münz behandelte die Frage der Regierungsbildung im bejahenden Sinne. Auf allen Gebieten der Staatsverwaltung siegt mehr und mehr die Reaktion. Nur Mitarbeit gewährleistet Umgestaltung nach unseren Wünschen. Auch wollen die Wähler sehen, daß sich die Verhältnisse bessern. Durch die Koalition mit der Volkspartei soll der Reaktion das Wasser abgegraben und den Deutschnationalen der Bundesgenosse entzogen werden.

Genossin Münz spricht dann noch über das hochbedeutsame Referat Hermann Müllers betreffend die Revision des Versailler Friedens und würdigt das neue Parteiprogramm als Markstein in der Geschichte der Partei.

Eine Resolution aus der Versammlung verlangt, daß alle Parteimitglieder nach Kenntnisnahme der Berichte es als Pflicht und Forderung der Disziplin betrachten, sich den Parteitagsschlüssen zu fügen.

In der sehr anregenden Diskussion sprachen die Genossen Prof. Fuchs und Dr. Marck für, Genosse Dr. Hamburger gegen ein Zusammengehen mit der Volkspartei. Verlangt wird, daß von den in der Resolution des Parteivorstandes enthaltenen Forderungen für die Möglichkeit einer Regierung mit anderen Parteien nicht abgegangen werden darf.

Genosse Peus, Landtagspräsident von Anhalt-Dessau, schildert die dortigen Verhältnisse, die durch eine große sozialdemokratische Mehrheit sich sehr gut entwickeln konnten. Anders sei es erst geworden durch die Uneinigkeit der Arbeiterklasse. Mitgeschafft muß werden, wenn etwas für uns herauskommen soll.

Der vorgerückten Zeit wegen und um über diese wichtigen Fragen noch ausführlich diskutieren zu können, wird die Versammlung auf Antrag mit allen gegen drei Stimmen vertagt.

Die Versammlung in den Zentralball-Sälen, die sich mit der Berichterstattung von dem Parteitag beschäftigte, war schwach besucht. Genosse Mache gab als erster Berichterstatter zunächst ein allgemeines Stimmungsbild, um dann den Bericht der Reichstagsfraktion und den Vorstandsbericht zu behandeln. Hierbei ging er besonders auf die auf dem Parteitag angenommene Entschließung zur Regierungsbildung ein und kam zu dem Schlußergebnis, daß es dringendes Erfordernis zur Sicherung der Republik ist, die Regierungsgewalt nicht in die Hände von Antirepublikanern übergehen zu lassen, daß die einzig zuverlässige republikanische Partei verpflichtet ist, am Steuer der Republik mit zu sitzen. (Lebhafter Beifall.) Darauf behandelte in eingehender Weise der Genosse Eckstein die Schaffung des neuen Parteiprogramms, die ungeheure Arbeit, die geleistet ist und das Ergebnis gezeigt hat, daß uns heute wieder ein Programm voranleuchtet, das eine wuchtige Waffe der Sozialdemokratie sein wird. Besonders besprach er den theoretischen Teil, dessen Schöpfer Stampfer ist und der die allseitige Zustimmung fand. In der Frage der Regierungsbildung vertrat er den Standpunkt der ablehnenden Minderheit, um nachzuweisen, daß die Haltung der Opposition im Interesse der Partei notwendig war. (Beifall.) Die Diskussion, die darauf folgte, drehte sich lediglich um das Für und Wider zu der Entschließung der Regierungsbildung. Als Befürworter der Entschließung sprach zuerst Genosse Kaufmann, der in außerordentlich wirkungsvoller Weise sich hinter den Beschluß des Görlitzer Parteitages als eine unbedingte Staatsnotwendigkeit stellte. Außerdem sprachen noch als Befürworter die Genossen Stahn, Pietzonka und Jüttner. Gegen die Entschließung wandte sich die Genossin Zils und die Genossen Dztubalke, Kuhlau und Vogel. Ein Antrag auf Vertagung der Versammlung, der um ½12 Uhr gestellt wurde, wurde von der Versammlung gegen wenige Stimmen fast einstimmig abgelehnt.

In ihren Schlußworten verteidigten die Genossen Eckstein und Mache noch einmal die Auffassung der Mehrheit und der Minderheit.

Eine vom Genossen Vogel vorgeschlagene Entschließung, welche die Beschlüsse von Görlitz mißbilligt, wurde dann, es war fast ½1 Uhr geworden, abgelehnt. Nach Bekanntgabe einiger Parteiangelegenheiten und einem anfeuernden Schlußwort des Genossen Fladung, nun hinauszugehen, und alle Kräfte in den Dienst der Sozialdemokratischen Partei und damit der gesamten Arbeiterbewegung zu stellen, wurde die sehr anregende Versammlung geschlossen.

Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Versammlung arbeitete die Tagesordnung und vier Dringlichkeitsanträge in verhältnismäßig kurzer Zeit auf. Die erste längere Aussprache löste der Magistratsantrag zur Schaffung eines

Gedenkblattes als Ehrung für besondere Dienste

aus, den Stadtv. Schink (Z.), der die Vorlage begründete, in den Ausschuß verwiesen wissen wollte. Er erklärte, daß man heute, wo am Schulwesen so gespart werde, nicht 27 000 Mark für ein Gedenkblatt wegwerfen könne. Unsere Fraktion ging noch weiter, und ließ durch Stadtv. Wolff (Soz.) die glatte Ablehnung der Vorlage beantragen, da gerade in der heutigen Zeit der Not eine solche Ausgabe als dem Sparsamkeitsgeiste widersprechend unnötig sei und das Geld für die unglücklichen Opfer der Katastrophe von Oppau angebrachter wäre. Eine Anzahl bürgerlicher Redner spricht für Ausschußberatung. Der Oberbürgermeister Dr. Wagner vermeint die Notwendigkeit einer solchen Urkunde zu beweisen und erklärt, daß z. B. während des Krieges die von der Stadt für Opferwilligkeit verliehenen Diplome überall große Freude ausgelöst hätten. Auch Stadtbaurat Delius erklärte, daß es sich bei dieser Urkunde um eine anständige Form der Anerkennung für der Stadt geleistete Dienste handle. Ueber die künstlerische Qualität des Entwurfes werde er im Ausschuß sprechen. Stadtv. Uhr (Z.) spricht in Anbetracht der hohen Kosten der Urkunde und des kaum zu enträtselnden Entwurfes, der der Versammlung vorliegt, für Ablehnung. Dieser Meinung schließt sich Dr. Goehlich (Dtn.) an. Die Vorlage wird, wie Stadtv. Wolff (Soz.) beantragt hatte, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die vom Magistrat beantragte Bereitstellung eines Kredits für

eine Hilfsaktion für Kleinrentner

wurde vom Berichterstatter Dr. Bujakowsky (Dtn.) als viel zu klein angesehen, da der Satz von 2500 Mark zu gering und die Begrenzung bis 60 000 Mark zu niedrig sei. Stadtv. Wolff (Soz.) begrüßte die Vorlage, die auch unserer Fraktion willkommen, aber als nicht weitgehend genug erscheine. Schließlich wurde, nachdem noch Stadtrat Tilgner erklärt hatte, daß man sich mit der Betriebsdeputation noch einigen werde, um den notleidenden Kleinrentnern den Gaspreis zu verbilligen, die Vorlage den Ausschüssen 1 und 2 zu eingehender Beratung überwiesen.

Ohne Aussprache wurde eine Dringlichkeitsvorlage angenommen, die für den

Nachtverkehr der Straßenbahn,

der von ½12 Uhr an rechnet, den Fahrpreis für den Einzelfahrschein auf 2 Mark, für den Umsteigefahrschein auf 3 Mark festsetzt. Die Linien 1, 2, 6, 8 und 18 werden täglich, die Linie 15 nur am Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend im Nachtverkehr fahren. Die letzten Wagen werden abfahren: Linie 1: ab Grüneiche 12,43, ab Westend 12,12, ab Ring 1,07; Linie 2: ab Odertor 12,58, ab Südpark 12,42; Linie 6: ab Pöpelwitz 12,59, ab Strehlener Tor 12,56; Linie 8: ab Moltke-Straße 12,19; ab Neue Schweidnitzer Straße 12,38; Linie 15: ab Lohe-Straße 11,39, ab Oswitz 12,25; Linie 18: ab Gabitz-Straße 12,20, ab Tiergarten-Straße 12,24. Die Wagenfolge ist 12 Minuten.

Heftiger wurde die Aussprache bei dem Dringlichkeitsantrage des Magistrats,

für die Opfer von Oppau

eine Spende von 10 000 Mark zu bewilligen. Hierzu lag ein Antrag Wolff (Soz.) vor, die Spende auf 25 000 Mark zu erhöhen, da man durch Ablehnung der Ehrenurkunde 27 000 Mark gespart und das Geld für die Opfer der entsetzlichsten Katastrophe, die jemals die Industrie betroffen, besser angewandt sei. Die Bürgerschaft werde das schon verstehen. Stadtrat Prescher erklärte, daß der Antrag auf Anschaffung einer Ehrenurkunde in anderer Form bald wiederkehren werde, die Versammlung bedenken möge, daß sie fremdes Vermögen verwalte, und es vielleicht genug sei, wenn man die Summe von 10 auf 15 000 Mark erhöhe. Demgegenüber betonte Stadtv. Frey (Soz.), daß es die Pflicht sei zu helfen. Ein so ungeheures Unglück werde sich hoffentlich nie wiederholen. Woher Herr Stadtrat Prescher mit so großer Sicherheit wisse, daß die Vorlage mit der Ehrenurkunde wiederkäme, sei ihm ein Rätsel. Er erwarte so viel republikanischen Geist, daß zur Belohnung für der Stadt geleistete Dienste eine Ehrenurkunde für den fortschrittlich Denkenden nicht notwendig sei: Stadtrat Prescher erklärte, daß solche Unglücke periodisch wiederkämen und daß bei dem Unglück in Oppau in erster Linie die chemische Industrie eintreten werde. Sein Gefolgmann Stadtv. Dr. Wohlauer (Dem.) betonte, daß es wirklich nicht angebracht sei über die Vorschläge des Magistrats hinauszugehen. Noch einmal wies Stadtv. Wolff (Soz.) darauf hin, daß die Versammlung wohl wisse, was für Gelder sie zu verwalten habe, daß aber die Oeffentlichkeit es wohl verstehen werde, wenn man mehr gäbe. Die Industrie, die ja für das Unglück zunächst aufzukommen habe, wird zunächst für die Sicherung des eigenen Kapitals Sorge tragen, ehe sie an die unglücklichen Opfer denke. Die Vorlage wurde daraufhin mit dem Ergänzungsantrag Wolff angenommen und 25 000 Mark für die Opfer von Oppau bereitgestellt. Bemerkenswert war, daß für die erhöhte Summe Sozialdemokraten, Zentrum und Deutschnationale stimmten, während die Demokraten versagten.

Die von den Ausschüssen 4 und 5 empfohlene Annahme der Magistratsvorlage zur Pachtung des Geländes der Arbeitslehrkolonie für Schwachbefähigte in Zimpel wurde genehmigt.

Zur Anwendung der Verordnung über die Gewährung von Notzuschlägen auf die städtischen Beamten wurden rund 9 Millionen bewilligt.

Angenommen wurden u. a. ferner: Die Errichtung hauptamtlicher Stellen an der Gewerbeschule und den kaufmännischen Schulen; die Erhöhung der Sätze für Hilfsunterricht an den höheren Schulen; die Erhöhung der Vergütung für nebenamtlichen Unterricht und Ueberstunden; der Bau von Kanälen in den Kleinsiedlungen Zimpel, Eichborngarten und Pöpelwitz und eine Beihilfe an den Ortsausschuß zur Veranstaltung des deutschen Alkoholgegnertages in Breslau.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Gebt für Oppau!

Spendenannahme: Alle Reichsbankanstalten
alle Banken, alle Postanstalten

Postscheckkonten: Ludwigshafen Nr. 15000
Frankfurt a. M. Nr. 55000, Berlin Nr. 117000

Geschäftsstelle
des Reichshilfsausschusses für Oppau
Reichsarbeitsministerium Berlin
Scharnhorststr. 35

Erster schlesischer Heimstättentag in Breslau.

Außer Dr. Damaschke, dessen Vorträge wir besonders behandeln, sprachen Johannes Lubahn über „Gewerkschaft und Heimstätte", Adolf Otto über „Genossenschaftsfragen", Geheimer Justizrat Dr. Erman-Münster über „Rechtsfragen der Heimstättensiedlung", Oberregierungsrat Dr. Rusch-Dresden über „Finanzierung der Heimstätte", sowie Regierungsbaumeister Dr. Kruschwitz-Dresden über „Massenmietshaus oder Kleinhaus".

Die Vorträge waren durchweg so interessant und lehrreich, daß wir später auf sie zurückkommen werden.

Im großen Saale des Konzerthauses waren siedlungstechnische Pläne und Modelle ausgestellt. Am Mittwoch abend veranstaltete Architekt May, hier, einen Lichtbildervortrag „Aus der Praxis des Heimstättenbaues in Schlesien".

Am selben Abend sprach gegen 7 Uhr Damaschke zu der Jugend.

Den Schluß des Heimstättentages bildete ein „Schlesischer Abend" im Konzerthaussaale.

Der Heimstättentag bot den Teilnehmern eine Fülle von Stoff — eigentlich zu viel für zwei Tage —, zu dessen Bearbeitung die Teilnehmer nun in ihren Heimatskreisen reichlich Gelegenheit haben werden.

Mögen sie die Worte beherzigen, die ihnen Lubahn zurief: Voran, selbst in Ketten voran!

Damaschke's Vortrag.

Nach Beendigung der Begrüßungsreden, die schon deshalb interessant waren, weil alle Redner sich zum Heimstättengedanken bekannten, trat der Prediger der Bodenreform, Dr. Adolf Damaschke, vor das Rednerpult, um über „Heimstättenwesen, Geschichtliches und Grundsätzliches" zu sprechen. Wir können, so begann Damaschke, von einer Tragödie der Heimstättensache und Bodenreform sprechen. Wie leicht wäre es vor dem Kriege gewesen, den Heimstättengedanken zu verwirklichen, wenn Volk und Regierung es nur gewollt hätten. Für die Unsummen, die im Kriege ausgegeben sind, hätten wir uns ein Eden schaffen können. Trotzdem nun im Kriege die Erkenntnis, unsere ganze Wohnungsfrage ganz anders wie bisher zu lösen, gewachsen ist, ist es so furchtbar schwer. Wenn der Krieg uns das gebracht hat, daß wir endlich die Mietskaserne ablehnen, dann hat er doch wenigstens einen Zweck gehabt.

Wir müssen einen geschichtlichen Rückblick machen, wir dürfen an der Vergangenheit nicht vorüber gehen, wir werden dann feststellen, daß es sich bei unserer heutigen Not um keine akute Krankheiten handelt, sondern um eine organische Krankheit, die die Wurzel unseres Volkstums verdorben hat.

Wie leicht dachte ich mir die Bekämpfung der Wohnungsnot vor 32 Jahren! Ja, schon damals gab es eine Wohnungsnot. Oder sollten wir es anders nennen, wenn in einer „Wohnung", die aus einem heizbaren Zimmer bestand, dauernd sechs und mehr als sechs Personen „wohnten" oder zwei heizbare Zimmer mit elf und mehr Personen besetzt waren. In Breslau gab es 6876 derartiger Wohnungen, in der stolzen Kaiserstadt Berlin 21 440. In Halle sollten die Verhältnisse besser liegen, so behauptete der dortige Magistrat. Da wurde auf unsere Veranlassung eine Nachprüfung vorgenommen. Wir einigten uns: die Wohnungen sollten als genügend gelten, bei denen wenigstens 10 Kubikmeter Luftraum auf den Erwachsenen, 5 auf den des Kindes kämen. Nachdem man im ersten Polizeirevier geprüft hatte, hörte man auf, denn hier wurden bereits 148 Wohnungen ermittelt, die nicht mal diesen geringsten Anforderungen entsprachen. In Preußen darf kein Zuchthaus gebaut werden, das dem Sträling nicht wenigstens 28 Kubikmeter Luft sichert. Es war eine innere Unaufrichtigkeit, wenn man damals sagte: Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser. Man wußte gar nicht, wie faul die Wurzel war.

Dann schilderte Redner die Volkskrankheiten, die speziell als Mietskasernenkrankheiten gelten. Tuberkulose usw. Weiter hielt er den Verwaltungen, Behörden und Beamten den Spiegel hin. Es ist traurig, daß ihre Hauptaufgabe darin bestand, den Etat zu balanzieren. Woher kamen nun die Massen, die sich in den Städten ansammelten? Es waren mal Bauern, ihr Land hatte der Großgrundbesitz aufgesogen. In einem Jahre zogen allein in Preußen 200 000 Menschen vom Lande in die Stadt. Und an ihre Stelle traten polnische Wanderarbeiter, bedürfnislose Menschen, die für unsere Geschäftswelt wegen ihrer Bedürfnislosigkeit nichts bedeuteten. Deshalb müssen wir eine große Heimstättenbewegung für Stadt und Land haben. Wir können die Wohnungsnot nicht bekämpfen, wenn wir dem Boden auf dem Lande den Warencharakter nicht nehmen. Auch die Gewerkschaften haben die Wichtigkeit der Wohnungsfrage jetzt eingesehen. Früher glaubte man, daß die soziale Frage eine reine Lohnfrage sei.

Als der Krieg nun kam, sagten wir uns: Jetzt müssen wir dafür sorgen, daß das deutsche Volk sein Vaterland erhält. Wir kannten die Not von 1871. Tausende von denselben Landwehrleuten, die bei Kriegsende bei ihrem Einzuge in die junge Reichshauptstadt mit Blumen überschüttet worden waren, lagen am 1. Oktober als Obdachlose auf der Straße, sie hatten keine Wohnung. Um ähnliches zu verhüten, gründeten wir 1915 den Hauptausschuß für Kriegerheimstätten, dessen Mitgliederzahl schnell wuchs. Auch die freien Gewerkschaften unter Legien traten bei. Alles trat nun für ein Kriegerheimstättengesetz ein. Der Reichstag, die Heerführer, die Gewerkschaften und andere. Trotzdem kam das Gesetz nicht. Und als dann im Sommer 1918 die graue Mauer im Westen ins Wanken kam, da wandten sich die Heerführer erneut nach Berlin und verlangten das Gesetz. Doch es kam nicht, wohl aber der Zusammenbruch.

Weshalb kam nun das Gesetz nicht? Diese Frage ist so wichtig, oder die Antwort ist so interessant, daß man sie gar nicht genug stellen und beantworten kann. Eine Heimstätte hat nur dann einen dauernden Wert für die Familie, wenn sie in den gesicherten Familienbesitz übergeht. Was nützen den Nachkommen einer Familie die Heimstätte, wenn sie jederzeit veräußert werden kann. Es kommt eine schwache Stunde, es kommen schlaue Bodenhändler, und der Besitzer verkauft die Heimstätte. Wenn wir die deutsche Familie schützen wollen, müssen wir die Heimstätte schützen. Deshalb verlangen wir: Sicherung der Heimstätte, d. h. der Besitzer sollte die Heimstätte jederzeit an den Ausgeber zurückgeben können, sollte sie aber nicht beliebig verkaufen dürfen. Dieses paßte den Bodenhändlern nicht, sie behaupteten der Staat wird benachteiligt. Kraft ihrer zentralistischen Leitung, kraft der Bedeutung der an ihrer Spitze stehenden Männer gelang es ihnen tatsächlich, die höchste Stelle im kaiserlichen Deutschland, den Kaiser gegen das Heimstättengesetz mobil zu machen. Ein Name ist hiermit ewig verknüpft: Helfferich. Er war es, der dem Monarchen das „Schädliche" des Heimstättengesetzes vor Augen führte. Gutachten von deutschen Rechtsgelehrten und deutschen Geschichtsprofessoren konnten auch an dem Urteile des Monarchen nichts ändern. Die ganze dumme Hetze gegen dieses Gesetz beweist, daß das deutsche Volk in sozialen Fragen nichts gelernt hat.

Nun kam die neue Zeit. Wir kämpften weiter für Befreiung des deutschen Bodens vom falschen Rechte. Wir erreichten manches. Ich erinnere nur an den Artikel 155 unserer Reichsverfassung, an das Reichssiedlungsgesetz und an das Reichsheimstättengesetz. Aber, aber, noch stehen diese Gesetze zum Teil nur auf dem Papier. Wir kämpfen für die Reichsverfassung. Wehe uns, wenn diese nur Papier bleibt. Wenn unser Volk nicht sieht, daß Ernst gemacht wird, dann kommt die zweite Aera der Revolution und daß die ganz anders aussehen wird wie die von 1918, das wissen wir alle.

Der deutsche Boden darf keine Handelsware sein, er gehört der Allgemeinheit. Die Lösung der Bodenfrage bedeutet für uns Aufstieg oder Niedergang.

Lang anhaltender Beifall folgte den von Herzen kommenden und zu Herzen gehenden Worten dieses Rufers in der Not.

* **Elektrisches Läutewerk als Diebesverräter.** In eine Wohnung Wallstraße 57 versuchte in einer der letzten Nächte ein Mann einzubrechen. Er hatte die Eingangstür zurückgedrückt und einen Türriegel bereits zurückgeschoben — da trat das angebrachte elektrische Läutewerk in Tätigkeit, die Bewohner wurden jäh geweckt, eilten hinzu und vermochten den Einbrecher zu fassen und der Polizei zu übergeben.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Mitteilungen der Direktionen:

Vereinigte Theater. Das Lobe-Theater bringt, als erste Vorstellung für Serie F seiner Kunstgemeinde, am Freitag Hebbels „Gehörnten Siegfried" und „Siegfrieds Tod" in der Inszenierung von Paul Barnay zur Aufführung; ein freier Verkauf für alle Platzgattungen ist gleichfalls wieder vorgesehen. Im heutigen Inseratenteil ist die Reihenfolge der nächsten Vorstellungen für die Kunstgemeinde-Mitglieder ersichtlich. — Der Sonnabend und Sonntag bringt Wiederholungen von Bruno Frenks erfolgreichem Drama „Das Weib auf dem Tiere". In Vorbereitung befindet sich Schillers „Maria Stuart" mit Maria Fein in der Titelrolle und Hedda Lembach als Elisabeth.

Im Thalia-Theater täglich: „Der Mann aus Vergangenheit", dirigiert von Kapellmeister Marich, geleitet von Alexander Marich.

Neue Lohnforderungen der städtischen Arbeiter.

Der Magistrat teilt mit:

Nachdem die städtischen Arbeiter im vergangenen Monat, entgegen den Errechnungen des Lohnamtes, eine Stundenzulage von 90 Pf. gefordert hatten, konnten sie nach Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschusse davon überzeugt werden, daß dieses ihr Verlangen nicht berechtigt, daß nur eine Stundenzulage von 60 Pf. tariflich begründet sei.

Für den Monat Oktober ist nach den Feststellungen des Lohnamtes eine Zulage von 20 Pf. zu zahlen und auch vom Magistrat bereits bewilligt worden. Die Gemeindearbeiter haben sich aber auch diesmal damit nicht zufrieden erklärt. Sie verlangen 35 Pf. Stundenlohn mehr, um damit den Reichs- und Staatsarbeitern gleichgestellt zu werden. Verhandlungen, die hierüber am 23. d. Mts. zwischen Vertretern des Magistrats und des Gemeindearbeiter-Verbandes stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen und der Magistrat hat in seiner Sitzung am 27. d. Mts. beschlossen, die Mehrforderungen der Arbeiterschaft abzulehnen. Die Verbandsleitung gibt selber zu, daß der Magistrat nach dem Lohntarif im Recht ist, die Arbeiter aber fordern unbedingt eine Gleichstellung mit den nur augenblicklich etwas besser bezahlten Staatsarbeitern. Jetzt hat der Verband die Mehrforderungen noch einmal schriftlich beantragt und unter Hinweis auf die herrschenden Teuerungsverhältnisse erneute Verhandlungen angeregt. Der Magistrat konnte darauf nur erwidern, daß der Eintritt in neue Besprechungen, nach dem was vorangegangen, zwecklos erscheine. Er hat es dem Verbande anheimgestellt, sich an den Schlichtungsausschuß und, wenn nötig, an den Zentralausschuß in Berlin als die tariflich allein maßgebenden Stellen zu wenden, die zur Entscheidung von Lohnstreitigkeiten eingesetzt sind.

Tischlerstreik in Breslau.

Die Vertragsbewegung der Holzarbeiter hat am Donnerstag zum Streik geführt. Außer dem Schutzverbandbetrieb mit über 800 Beschäftigten, der den Vertrag abgeschlossen hat, sind bereits 25 weitere Betriebe mit 250 Beschäftigten neu unter Vertrag gestellt. Der Streik gegen die Tischlerinnung geht weiter.

Streik der Tabakarbeiter.

Die Arbeiter bei der Firma Bartsch & Bettermann, Flurstraße, haben heute die Arbeit niedergelegt, weil die Firma sich weigert, die tariflichen Löhne zu zahlen. Dem Zigarrenarbeitern wurde zugemutet, das Tausend bis zu 32.75 Mark unter den tariflichen Lohnen zu arbeiten. Auch den Nebenarbeitern werden Löhne gezahlt, die weit unter Tarif stehen. Durch Drohung, den Betrieb zu schließen, oder verkürzt arbeiten zu lassen, hatte sich auch der Betriebsrat durch Unterschrift verpflichtet, unter dem Tarif zu arbeiten. Eine Betriebsrätesitzung der gesamten Betriebe in der Zigarren-Industrie beschäftigte sich deshalb am Donnerstag mit dieser Angelegenheit und verlangte von der Arbeiterschaft bei dieser Firma, dafür zu sorgen, daß auch ihnen die festgesetzten tariflichen Löhne bezahlt werden. Die Folge war, daß es deshalb heute zur Arbeitsniederlegung gekommen ist, weil Herr Bettermann jede Verhandlung ablehnte und erklärte, wer bis 9 Uhr die Arbeit nicht aufgenommen habe, sei fristlos entlassen.

Die Herren Bettermann & Bartsch hatten den Arbeitern versprochen, daß die Arbeitszeit verlängert würde, und zwar bis Mitte November, um möglichst schnell die Aufträge ausführen zu können.

Versammlung der Strickerinnen.

Am 27. September d. Js. fand im Gewerkschaftshaus eine Strickerinnen-Versammlung statt. Kollege Güttler gab den Bericht über den Stand der Löhne und die Teuerungszuschläge in der übrigen Textil-Industrie. Er verwies darauf, daß bereits in der Strickerei-Branche auch die Arbeitgeber anderer Orte Schlesiens sich zu Tarif-Abschlüssen mit dem Deutschen Textilarbeiter-Verband bereit erklärten. — Auch wurden die Teuerungsziffern bekannt gegeben, die ab 15. August d. Js. für Strickerinnen anderwärts bewilligt worden sind. Erneut mußte bemängelt werden, daß die Breslauer Arbeitgeber als Grossisten es immer noch nicht für notwendig befunden haben, ihren Strickerinnen entgegenzukommen und mit ihrer Berufs-Organisation einen Tarif abzuschließen. Unter welchen Verhältnissen die Strickerinnen in Breslau immer noch existieren müssen, ist ja schon in früheren Berichten bekannt gegeben worden. Selbst die Mühe des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, mit Hilfe des Fachausschusses für Hausarbeit, die Arbeitgeber zu einem Tarif-Abkommen zu bewegen, ist bis jetzt ohne Erfolg geblieben. Um sich nicht ganz vor der Oeffentlichkeit zu blamieren, haben die Strickerei-Unternehmer und Grossisten zu diesen kleinen Lohnsummen eine Teuerungs-Zulage von 10 bis 20 Prozent auf den Gesamtlohn vor einigen Tagen an die Zwischenmeister gezahlt. Es gibt aber immer noch Strickerinnen, die es nicht einsehen können, daß sie nur durch Selbsthilfe dazu kommen können, einen Tarifvertrag für ihr Gewerbe zu schaffen.

Es dürfte manchen Strickerinnen die Augen öffnen, wenn wir ihnen den guten Rat eines Arbeitgebers über die Ernährungsfrage unterbreiten. Zur Begründung, daß die Einkünfte der Strickerinnen doch noch immer hoch genug wären, sagte dieser Arbeitgeber, „daß ja Reis, mit Wasser und Salz gekocht, doch ein sehr billiges Essen sei!" (Wir glauben, daß dieser Herr nicht nur Reis, mit Wasser und Salz gekocht, sondern auch andere Nahrung zu sich nehmen wird, als er der armen Strickerin empfahl!)

Die Strickerinnen-Versammlung war gerade nicht erbaut über die dauernde Verzögerungstaktik der Arbeitgeber, da es ja kaum noch einen Beruf geben dürfte, der ohne tarifliche Regelungen arbeitet. — Die Versammlung erwartet, daß nun endlich einmal von amtswegen die Herrschaften an einen Tisch gefordert werden und die Strickerinnen nicht bloß mit dauerndem Briefwechsel an die Berufs-Organisation abgefunden werden. — Die Strickerinnen sind mit den zurzeit gezahlten Löhnen nicht zufriedengestellt, da die Teuerungs-Verhältnisse ganz andere Ausgaben von ihnen fordern und müssen mit Bestimmtheit erwarten, daß nun endlich einmal auch ihnen die Existenzmöglichkeit geschaffen wird.

Die Strickerinnen geloben nach wie vor, weiter zu ihrer Berufsorganisation, dem Deutschen Textilarbeiter-Verband, zu stehen und erwarten, daß sich die Arbeitgeber nun endlich auch davon überzeugen lassen, daß nur auf dem Wege von Organisation zu Organisation eine Einigung im Strickerei-Gewerbe herbeigeführt werden kann.

Die gemütliche Straßenbahn!

Aus dem Bureau des Verkehrsbundes wird uns geschrieben:

Unter dieser Ueberschrift erschien in Nummer 265 der „Breslauer Morgenzeitung" ein Schriftsatz, der sich mit der bevorstehenden Tariferhöhung bei der städtischen Straßenbahn und dem Teil des dieses Verkehrsinstitut benutzenden aber nicht zahlenden Publikums beschäftigte. Dabei erhielten auch einzelne Kontrolleure ihren Teil, die diese Art Fahrgäste energisch dahin zu bringen suchen, was doch eigentlich Pflicht eines jeden einzelnen Fahrgastes sein sollte, nämlich zum Zahlen. Die im Deutschen Verkehrsbund organisierten Oberschaffner erblicken in der in diesem Artikel geübten Kritik ihrer dienstlichen Tätigkeit eine Herabsetzung und Erschwerung derselben. Es gehört zu ihren übernommenen Dienstverpflichtungen, den Verkehr zu überwachen und Fahrgäste ohne Fahrscheine zu ermitteln. Daß sie hierbei nicht wahllos jeden ohne Fahrschein Betroffenen zur Anzeige bringen, ist selbstverständlich. Dazu dienen ihre, der Aufklärung des Tatbestandes dienenden Fragen nach dem Orte des Aufsteigens. Daß diese Fragen immer mit „eben" beantwortet werden, oder damit, daß der Schaffner noch nicht dagewesen sei, ist eine stereotype Ausrede, daß der Kontrolleur, wenn er sich vor den übrigen Fahrgästen nicht lächerlich machen will, gezwungen ist, weiter zu untersuchen. Nur der Fahrgast, der nachweisbar das Lösen eines Fahrscheines unterließ, obwohl er den Umständen nach hierzu in der Lage war, wird zur Bezahlung einer Versäumniskarte angehalten. Ob das Lösen eines Fahrscheines absichtlich oder fahrlässigerweise unterblieb, wird, da der Kontrolleur niemanden ins Herz sehen kann, immer sehr schwer festzustellen sein, ist auch nicht seine Aufgabe, denn in der Wirkung bleibt es sich gleich, muß also von ihm gleich behandelt werden. Leider finden sich unter den Fahrgästen immer solche, die, trotz einwandsfreier Ermittelungen, die Betroffenen durch ihre Aussagen zu decken versuchen und sie direkt auffordern, die Zahlung zu verweigern. Die dadurch entstehenden Schwierigkeiten werden sich in Zukunft noch mehr steigern, da durch den fraglichen Artikel allen Fahrgästen der Rat gegeben wird, im Betretungsfalle das Zahlen der Nachlösegebühr zu verweigern. Daß dadurch sich die Zahl der „Blindfahrer" heben, die Rentabilität sich vermindern muß, hätte der Artikelschreiber eigentlich voraussehen müssen.

Eigentümlicherweise ist das Fahren ohne Fahrschein nicht auf allen Linien gleichmäßig. Am häufigsten wird es auf den Linien beobachtet, deren Fahrgäste wegen Erörterung von Toiletten-, Theater- und Magenfragen das Lösen der Fahrscheine im Wagen nicht nur vergessen, sondern auch, ohne einen Fahrschein gelöst zu haben, auszusteigen versuchen. Hieraus erklären sich auch die unliebsamen Erörterungen einzelner Kontrolleure mit Fahrgästen auf der Straße. Auch diese „Glücklichen" beteuern natürlich, gar keine Absicht zu haben und werden wohl in Zukunft nach dem Rate des Artikelschreibers ihre Absicht vor Gericht nachprüfen lassen. Daß manchem Kontrolleur infolge der ständigen, nicht immer noblen Auseinandersetzungen mit den Fahrgästen, die Lust zu solchen vergeht, ist selbstverständlich.

Ein Gefangener ausgebrochen.

Am Mittwoch wurde vor der Strafkammer gegen den Fuhrwerksbesitzer Keller aus Groß-Tschansch verhandelt. Zu dem Termin war u. a. auch der Bruder des Angeklagten, der Schiffsarbeiter Fritz Keller, gedalen, der zurzeit in Untersuchungshaft sitzt, da er im Verdacht steht, den Mord an dem Fleischermeister Weiß in Groß-Tschansch verübt zu haben. Der Zeuge wurde aus dem Gefängnis geholt und in eine Zelle gesetzt, die verschlossen wurde. Offenbar hatte er aber einen Dietrich in seinem Besitz; denn als ihn der Justizwachtmeister zur Vernehmung holen wollte, hatte Keller die Türen geöffnet, so daß es ihm gelungen war, das Gerichtsgebäude zu verlassen, was daher nicht auffiel, da er eigene Kleidung trug.

Konzerte.

Geistlicher Arien- und Liederabend.

Ein Bühnensänger, der sich körperlich oder seelisch nicht in dem Maße im Vollbesitz seiner Kräfte fühlt, um seine vorgeschriebene Rolle zu seiner und anderer Zufriedenheit durchzuführen, hat das durch ungeschriebene Statuten verbriefte Recht, eine Indisposition ankündigen zu lassen. Der Konzertsänger ist da weit übler dran. Er muß an dem festgesetzten Tage singen und darf sich nicht mit einer captatio benevolentiae mitleidheischend an die gütige Nachsicht des Publikums wenden. Es bleibt dann der Kritik überlassen, die Indisposition herauszuhören oder — nicht herauszuhören. Otto Gärtner schien mit seinem geistlichen Liederabend in der 11 000 Jungfrauenkirche stark unter beeinträchtigenden Einflüssen zu stehen, denn der hier empfangene Eindruck wollte sich gar nicht mit dem von Otto Gärtners letztem Auftreten beim Volkschorkonzert im Gewerkschaftshaus decken. Der Ton klang nicht rein, war von Nebengeräuschen begleitet, die den Kern nicht hervortreten ließen. Die Kopfstimme bekam etwas Stumpfes, Hohles, die beiden Enden der Skala waren nur mit Preßluft erreichbar. Dagegen funktionierte der Atemmechanismus in tadelloser Weise, so daß man den beängstigend langen Koloraturen bei Händel und Bach mit größter Ruhe entgegensehen konnte. Das Programm war gut gewählt bis auf den Schluß. Wie kann man nach Hugo Wolf Alfred Zobel singen!! Ich wenigstens habe noch kein Menu gegessen, bei dem man nach guten, hochnährwertigen Speisen als Dessert Schublieder serviert hätte.

Von Kaspar Kerll bis J. S. Bach ist ein schöner Weg. Man merkt es der Passacaglia des Münchener Hofkapellmeisters an, daß er seine Studienjahre in Rom bei Frescobaldi verbracht hat, denn die genrehafte Kleinarbeit weist offensichtlich Spuren des römischen Meisters und Vorbilds auf. Wie Kerll aber zum Schluß eine stolze Steigerung aufbaut, das verkündet einen Zug zum Großen. Otto Burkert hatte die Passacaglia liebevoll herausgearbeitet, mit Bachs Präludium und Fuge in g-moll stürzte er sich wie ein kühner Schwimmer ins unendliche, unerschöpfliche Meer, die Wogen mit sicherer Hand teilend.

Ein Streichquartett (Gertrud Schubert, Frau Dr. Lasker, Hans Hoffmann und Kurt Malig) spielt das „berühmte Largo" aus Haydns op. 76,5. Woher die Nummer 14? Sollte es etwa die vorletzte Nummer der „15 berühmten Quartette" sein? Ei, ei!!

Daß Fis-dur für Streicher eine unangenehme Tonart ist, werden die Ausführenden wohl ebenso wie die Zuhörenden gemerkt haben. gh.

Violin-Abend Hanna Schmack - Alfred Laserstein.

Das jugendliche Geigenkünstlerpaar Hanna Schmack und Alfred Laserstein, von seinem lebendig ineinander eingefühlten Musizieren aus dem Vorjahr in bester Erinnerung, hat sich rasch eine getreue Gefolgschaft zu gewinnen gewußt, die ihm bei seinem dieswinterlichen ersten Abend für zwei Violinen den Gehorsam nicht versagte. Das geschmackvoll angelegte Programm mußte wegen seines, abwechslungsreiche Ausblicke gewährenden Aufbaus und seiner alle Klangkombinationen geschickt heranziehenden Disposition, weitgehendes Interesse erregen. Ist's doch eine Seltenheit, einer Triosonate von Pugnani zu begegnen, und die Ausgrabung von Spohrs Violinduo ist geradezu ein künstlerisches Verdienst! Pugnani schreibt eine Musik, die den modernen Nerven außerordentlich wohltut. Sie streichelt, sie liebkost, sie ist von ausgeglichener Schönheit, und selbst da, wo sie auf das kontrapunktische Seil tanzen geht oder sich im Wirbelsturm der Caccia tummelt, verliert sie nie den Gedanken an schicklichen Anstand und gesittetes Ebenmaß aus dem Auge. Des großen Geigerkönigs Spohr d-moll-Duo op. 39,1 ist ein Prachtstück in seiner Art. In dem mit gesunder Erfindung gesegneten ersten Allegro ist nichts von jener melancholisch angekränkelten Chromatik zu finden, die sonst bei Spohr nicht eben selten ist. Die schmelzende, pizzicatobegleitete Kantilene des langsamen Mittelsatzes ist von dem Hauch Mozartischen Schönheitsadels übergossen, und das stürmische Spiel munterer Kräfte, das das Schlußpresto auszeichnet, gibt dem Ganzen einen schwungvollen Elan, der die „Dankbarkeit" dieses keinerlei Rivalität zwischen den beiden konzertierend behandelten Instrumenten aufkommen lassenden Stückes wesentlich erhöht.

Das Zusammenspiel Hanna Schmacks und Alfred Laserseins hat den höchsten Verschmelzungskoeffizienten erreicht. Beide Klangkörper sind eine nahezu ideale Ehe eingegangen. Vielleicht erscheint nur durch der weiblichen Partnerin Impulsivität der Wohllaut des Tones zugunsten stärksten Ausdrucks an vereinzelten Stellen gefährdet. Ansonsten aber herrscht überall technische Vollendung, von musikalischer Bildung zeugende Auffassung, Wärme und Beschwingtheit der Darstellung. gh.

Lieder- und Duett-Abend.

Im Hinblick auf den guten Zweck des zum Besten der Fürsorge für ehemalige Hilfsschulzöglinge veranstalteten Konzerts hätte man dem großen Saal des Gewerkschaftshauses eine behaglichere Fülle gewünscht. Die Ausführenden, Mary Schrader und Otto Gärtner, sowie der Mädchenchor der Katharinenschule unter Leitung von Alfred Zobel, ließen sich indessen durch den lückenreichen Prospekt nicht im mindesten beirren. Alfred Zobels jugendliche Sängerinnenschar trug ihr brav auswendig beherrschtes Pensum mit angenehmem Ton, frischer Munterkeit und zuverlässiger Präzision vor. Mary Schrader fühlt instinktiv, wo ihr eigentliches Gebiet liegt, nur ist es ihr gegenwärtig noch nicht voll erschlossen. Die sanften und schelmischen Farben der Schumann-Lieder sind ihr technisch und seelisch fraglos zugänglich. Der helle Timbre ihres Organs möchte sich aber das ihm naturgemäße Gebiet des Schwungvollen, Dithyrambischen, wie es „Ins Freie" oder Hugo Kauns „Daheim" vertritt, erobern. Vorderhand gehts nicht ohne Schärfen ab, doch darf man mit Berechtigung hoffen, daß die Stimme sich in gesundem Wachstum weiter entwickeln wird. Otto Gärtner befand sich offenbar in besserer Verfassung als am Vortage. Die altvertrauten Loewe-Balladen erhielten nur durch häufige Textvarianten ein ander Gesicht. Die beiden Brahms-Gesänge erfuhren eine stimmungsvolle Wiedergabe. Das Straußsche „Ständchen" ließ die Wonneschauer der Nacht nur entfernt aufglühen. gh.

Aus der Geschäftswelt.

Die Weingroßhandlung Sch. Normann u. Co. hat in ihren Probier- und Likörstuben (Kantorowicz-Liköre), Gartenstraße 81, gegenüber dem Landeshaus, vielfachen Wünschen ihrer Kundschaft entsprechend, mit dem Eintritt der kühlen Witterung feine, warme Küche eingeführt.

Vereinskalender.

Naturfreunde. Sonntag früh Tagesfahrt nach Leubus. Treffpunkt: 5,30 Uhr am Hauptbahnhof. Die Hütte bleibt geschlossen. Sonnabend abends 6 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses: Geselliges Beisammensein. Nur für Mitglieder.

Bauarbeiter-Verband, Sektion der Träger. Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 9 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses: Monatsversammlung. Der Sektionsleiter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Elektromonteure. Sonnabend, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses: Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute des elektrotechnischen Gewerbes. Bericht über die Tarifverhandlungen.

Arbeiter-Turn- und Sport-Verein des Landkreises Breslau. Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 9 Uhr: Sitzung in Klettendorf (Konrads Lokal). Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisausschußsitzung für Jugendpflege. 2. Die Verteilung der Staatsbeihilfen. Es ist notwendig, daß jeder Verein einen Delegierten sendet. Mit Frei Heil! O. Demelt.

SALAMANDER
BRINGT
FÜR DEN
HERBST
die neuesten
Modelle
in bekannter, guter
Ausführung und
Qualität
zu billigsten Preisen
MARKE SALAMANDER
Breslau, Schweidnitzerstr. 38/40
Fernruf: Ring 2834.

Sonntag, den 2. Oktober
vormittags pünktlich 11 Uhr
Jahrhunderthalle

Große öffentl. Volksversammlung

„Rettung aus ewiger Wohnungsnot, Teuerung und Verelendung." 6968

Redner: Reichstagspräs. Löbe, Dr. Damaschke-Berlin, Dr. Fronober-Tarnowitz O.S.

Orgelvorträge von Oberorganist **Burkert** und Liedergaben von Opernsänger **Dr. Ramsé.** — Unkostenbeitrag **50** Pfg.

Achtung! Angestellte, Arbeiter und Beamte erscheint in Massen! **Achtung!**
Es geht um unsere Zukunft!

Familiennachrichten

Am 28. September verschied nach langem, schweren Leiden mein inniggeliebter Gatte und treusorgender Pflegevater, unser lieber, guter Sohn, Bruder, Schwager, Schwiegersohn und Onkel
der Tischler
Kurt Burgund
im Alter von 29 Jahren.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung Sonnabend, den 1. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Oswitzer Friedhofes aus. 7115

Am 28. September verschied nach schwerem Leiden unser lieber Freund und Turngenosse, Mitgründer unserer Abteilung 7116
Kurt Burgund
im Alter von 29 Jahren
Sein Andenken wird in Ehren halten
5. Männer-Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau.
Beerdigung Sonnabend, den 1. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Oswitz aus.
Zahlreiche Beteiligung aller Turngenossen in Turnkleidung erwünscht. Der Vorstand.

Am 28. September starb mein langjähriger Mitarbeiter, der Tischler
Herr Kurt Burgund.
Ich betraure in ihm einen braven Mann, der mit außergewöhnlicher Treue bis an sein Ende wirkte. 7140
Ignatz Walsch
Möbelfabrik.

Am 28. September verschied nach langem, schweren Leiden unser lieber Freund und Mitarbeiter, der **Tischler** 1097
Kurt Burgund
im blühenden Alter von 29 Jahren.
Sein Andenken werden wir über das Grab hinaus in Ehren halten.
Das Personal der Möbelfabrik Ignatz Walsch.
Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes aus.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Am 28. September verstarb nach langer Krankheit unser Freund und Verbandskollege, der **Tischler**
Kurt Burgund.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Sonnabend, den 1. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes. 7138

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Am 27. September verstarb die Frau unseres Verbandskollegen, des Tischlers **Felix Schneider,**
Frau Marie Schneider.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr 7137
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 30. September, nachmittags 4 Uhr, vom St. Georg-Friedhof in Cosel.

Am 28. September verschied unser werter Genosse
Karl Kretschmer
im Alter von 50 Jahren. 7126
Ehre seinem Andenken!
Die Genossen des Distrikts 33.
Beerdigung Sonnabend, den 1. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Salvator-Friedhofes. — Trauerhaus Neudorfstraße 63.

Zurückgekehrt!
S.-R. Dr. Ritter
Gartenstr. 43.

In den meisten Fällen Schmerzloses Zahnziehen!
R. Barthelt, Poststr. 1
Ecke Ohlauerstraße 6397

Knabe, 4 Monate alt, für eigen weggegeben b. W. Tumak b. M. Ekell, Stuben, Kr. Wohlau. 7107

Pfänder-Auktion
Verlängerung nur bis zum 3. Oktober. **Mariannenstr. 6, I.**

Stenographie- und Schreibmaschinen-Unterricht
erteilt **Marie Thielking,**
Vorwerkstraße 62. 7121

Leihweise elegante **Frack- und Rock-Anzüge.**
H. Mohaupt,
Karlstraße 1, I. Tel. A. 1801
früher Albrechtstr. 7106

Marineblaue Tuchanzüge
fertig und nach Maß.
Moderne Ausführung in eigener Werkstatt.
Cutaway
streng nach neuesten Formen gearbeitet, in schwarz und marengo.
Ulster • Schlüpfer
Meine großzügig angelegte
Maßabteilung
bietet Ihnen die tatsächl. Garant. f. gt. Arbeit u. elev. Paß. Fachm. Ausk. f. all. Bekld.-Angelegenh. ohne irgend einen Kaufzwang.
Wilh. Ed. Schubert
43 Klosterstr. 43

Genossen!
Landleute u. Private!
Beim Ein- und Verkauf von Möbeln jeder Art
wendet Euch nur an den
Volksspeicher
Auch **Einlagerung** von **Möbeln** und **Hausgerät** von Wohnungslosen. 7058
Meldungen im Büro
Berliner Straße Nr. 9

Sonderangebot
in Modellhüten und Pelz-Verkauf
Kein Laden, Hölderlinstr. 50, I. Et.
1 Posten gut. Herrenpelzkragen 95 Mk.
Eleg. moderne Damenpelzgarnituren 250 Mk.
Beim Vorzeigen d. Inserats 3% Rabatt!

Mein Schlager!
Kompl. Speisezimmer
1 Büfett, ca. 135 br.
1 Kredenz
1 Ausziehtisch
4 Polsterstühle
3250.-
Otto Brandt
Breslau
Hauptgeschäft: Kirchstraße 19
Zweiggeschäft: Kupferschmiedestr. 43

Hamburger Latzhosen 7097
O. Dehmel, Neumarkt 45.

Hohe Belohnung.
Mittwoch, den 28. September, abends zwischen 9 bis ½10 Uhr, wurde am Wachtplatz ein **Stunkskragen** von einer alten, kranken Dame **verloren.** — Der junge Mann, der denselben gefunden hat, wurde erkannt und wird dringend gebeten, den Kragen gegen **hohe Belohnung** abzugeben, andernfalls erfolgt Strafantrag. 7117
Schuhhaus Wachtplatz, Friedr.-Wilhelmstr. 12

Im Namen des Volkes!
In der Privatklagesache der Arbeiterfrau Anna Heide in Breslau, Privatklägerin, gegen den Friseur Paul Schink, hier, Angeklagten, wegen Beleidigung, hat das Schöffengericht in Breslau in der Sitzung vom 14. September 1921, an welcher teilgenommen haben: Amtsgerichtsrat Wanjura als Vorsitzender, Polke, Kanzleiinspektor, Julius Ulrich, Schlossergeselle, als Schöffen, Kern, Referendar, als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt: Der Angeklagte wird wegen Beleidigung zu einhundert Mark Geldstrafe, ersatzweise zu zehn Tagen Gefängnis, und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Privatklägerin wird die Befugnis zugesprochen, binnen zwei Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils die Verurteilung des Angeklagten auf dessen Kosten durch einmalige Einrückung des entscheidenden Teils des Urteils in der hiesigen „Volkswacht" öffentlich bekannt zu machen. 7093

Schuhwaren-Ausverkauf
Wegen Aufgabe des Geschäfts verkaufen wir unsere gesamten Bestände an **Damen-, Herren-, Mädchen-, Knaben-** und **Kinderstiefeln, Sport-** und **Arbeiterschuhwerk,** sowie **Hausschuhe,** zu weit herabgesetzten Ausnahme-Preisen. 4395
Schuhquelle
Gartenstraße 16, an der Markthalle.

Gegen Wanzen, Flöh' u. Läuse
Nimmt **Riesoldat** nur der Weise:
Augenblicklich wird gesund
Tier und Mensch und Katz' und Hund.
In ½ Stunde vertilgen Sie unt. **Garantie** Kopf-, Filz- und Kleiderläuse samt Brut (Nissen), Wanzen, Flöhe bei Menschen und Tieren. Pat. gesch. Mittel, Wanden unschädlich. Verkauf: Breslau nur Friseur Lebschnitt, Kupferschmiedestraße 18, Verwald, Teichstr. 13, Fiedler, Matthiasstraße 45, Merz, Friedrich-Wilhelm-Str. 67.
Läuse
Preis 5.— und 7.50 Mark (Postversand). 6396

Tube 2.— und 3.60 Mk. — 6600

Lebensmittel-Großhandlung
Max Schönfelder
Breslau, Albrechtstraße 56

In letzter Stunde erinnere ich nochmals an die ins Wirtschaftsleben tiefeinschneidenden neuen Steuern, die zugenblicklich zur Beratung stehen und auf sehr wichtige Lebensmittel gelegt werden sollen.
Ich stelle mein Lager **von Kaffee und Tee** trotz der enorm gestiegenen Preise wie bisher zum Verkauf:

Rohkaffee, p. Pfd. Mk. 19,—, 21,—, 24,—, 26,— und Mk. 28,—
Röstkaffee, p. Pfd. Mk. 22,—, 24,—, 26,—, 28,— und Mk. 32,—
Tee, p. Pfd. Mk. 26,—, 30,— und Mk. 32,—
(Von Kaffee und Tee bleiben für den Privathaushalt je 10 Pfd. von der Nachverzollung befreit).

Infolge der enorm gestiegenen Schmalz-, Speck- und Talgpreise dürfte das bei mir zum Verkauf kommende
allerfeinste Bratenfett per Pfund Mk. 18.—
für den Haushalt von allergrößtem Interesse sein.
Dieses Bratenschmalz ist nicht zu verwechseln mit den im Handel befindlichen Kunstspeisefetten, sondern dies ist reines Braten-Abschöpffett. Es empfiehlt sich zum Einkauf Gefäße mitzubringen.

Gute Leberwurst, per 2 Pfd.-Dose Mk. 7,25, bei 5 Dosen à Mk. 7,—
Prima Delikateß-Rückenspeck . . . . . per Pfd. Mk. 19,—
Ia amerikanisches Schweineschmalz . . . . per Pfd. Mk. 17,50
Rinderfett, hervorragende Qualität . . . per Pfd. Mk. 15,—
Margarine, frische Zufuhr . . per Pfd. Mk. 12,—, 13,— und 14,—
do. Marke „Weißer Rabe" . . . . . per Pfd. Mk. 16,50
Sämtliche anderen Artikel zu den äußersten Tagespreisen.

Verkauf und Versand nur Albrechtstraße Nr. 56
Filialen unterhalte ich nicht! 7129

Damen-Filzhüte **Herren-Filzhüte**
werden umgeformt bei 4346
Freund & Krebs, Filzhut-Fabrik, **Karlstr. 30,** neb. d. Hofkirche
Neuheit! Spezialität!
Damen-Velouretie-Hüte in allen neuen heilen Farben.

Bei krankhafter **Periodenstörung** verlangen Frauen nur meine sicher wirkenden Mittel.
Billigste Preise in Gummiwaren
Irrigatoren, Spülspritzen, Leib- und Monatsbinden.
Katalog gegen 50 Pfg.-Marke.
Frau B. Zander,
Masseurin 6855
Breslau 9.
Gellhornstraße 28, 1. Stock an der Kaiserbrücke.

Möbel
billig geg. Kasse eventl. Teilz.
F. Dawid, 6594
Friedrich-Wilhelmstr. 9, I.
Eingang Wachtplatz.

Auffallend billig!

Kinderwagen, Klappwagen, Kind.-Metall Bettstellen

Leiter- u. Kastenwag. Reisekörb. Ersatz-Räder
Friedr.-Wilhelmstr. 17 Kinderwagenhaus.

Zu kaufen ges.
Kaufe alte, unzerbrochene Grammophonplatten oder nehme sie in Zahlung bei Kauf von neuen Platten.
Musikhaus **Metzer, Breslau,** Friedrich-Wilhelmstraße 36.

Altmetalle
kauft zu höchsten Preisen
Jungling, Gneisenaustr. 4. 7030

Die besten und billigsten Anzüge
Ulster und Raglans vollständig außer Konkurrenz
Zwischenhandel ausgeschlossen, da Selbstanfertigung, bekommen Sie nur **Nikolaistraße 48,** am Königsplatz
im neu eröffneten Herren-Bekleidungs-Haus
Große Auswahl in fertigen, modernen Anzügen.
Inh. Hermann Partetzke.

Ziehung unwiderruflich
nächste Woche, der 4401
Insterburger Pferde-Lotterie
Ziehung am 6. Oktober.
50 000
Hauptgew. **25 000** **15 000** usw. Wert
5× **12 000** = **60 000**
Pferdegewinne 70% Silbergewinne 90% bar.
Lose à 4.00 Porto und Liste 1.40 Mk. extra.
Bestellungen von auswärts erbitte ich mittels Einzahlung auf mein Postscheckkonto 3812.
Obige Lose empfiehlt und versendet
B. Klement
Breslau, Ring 22
gegenüber dem Schweidnitzer Keller.

Nur solange Vorrat!
Kavalier-Garderobe
modern und prima Verarbeitung, **neu und gebraucht,** spottbillig 7104
Schlesische Ein- und Verkaufs-Zentrale
Tannengasse 3 Bitte beachten Sie die Hausnummer!

So lange Vorrat reicht!
Prima Herren-Rindboxx- u. Roß-Chevreaux-Schuhe Mk. **158.00** und **168.00**
Erstklassige Verarbeitung, moderne Form.
Damen-Chevreaux-Hochschaft-Schuhe . von Mk. **98.00** an
Damen-Schnürschuhe, prima Verarbeitung . . Mk. **98.00**
Damen-Spangenschuhe, prima Verarbeitung . . Mk. **98.00**
Großes Lager in allen Sorten stets vorhanden!
Josef Gruschka
Neue Taschenstraße 6. 7105

Warnung! Das Sinken des Markkurses wird in kurzer Zeit eine ungeheure Preissteigerung zur Folge haben. Darum decken Sie Ihren Bedarf an Garderobe rechtzeitig. Wir offerieren Ihnen **alten Einkauf.** 7113
Herren-Anzüge, neu und gebraucht, zu Spottpreisen.
Schles. Ein- u. Verkaufs-Zentrale Tannengasse 3.

Arbeitsmarkt

Schlesien! 2070
Damen und Herren, mit Kolonnen **erfolgreich** arbeitend, **sofort** zum Abonnentensammeln auf Versicherungszeitschriften gesucht, hohe Provision und Spesenzuschuß. Angebote unter **H. 229** an die Expedition der Volkswacht erbeten.

Erfahrener, mit Reparatur vertrauter 4397
Chauffeur
für 5 t-Lastauto zum 1. Novbr. gesucht. Ausführliche Angebote mit Zeugnis-Abschriften unter G. D. 7875 an Ann.-Exp. Landsberger, Breslau 5.

Maß-Schneidergesellen
bei höchsten Löhnen sofort gesucht.
Beyer, Gräbschener Straße 4. 7152

Jüngere
Arbeitsmädchen
gesucht.
Müller, Großpietsch & Co.,
Kleinburgstraße 59. 7121

Metallbreher
für Armaturen finden dauernde Beschäftigung
Zemlin Armaturenfabrik G. m. b. H., 4400
Gemeinfeld Ufer, Pförtnerstraße Nr. 38.

Maurer
stellt ein 4792
R. Pyrzik, Breslau, Kletschkaustr. 26

Lehrmädchen
für feine Damenschneiderei gesucht.
Frau Alexander, Breslau, Ohlauerstraße 86.

Die Beichte der Bachantin

Eine fesselnde Uraufführung
Von der Zensur freigegeben!
Pikanterien der Großstadt!

Im Beiprogramm:
Fritzi's toller Einfall
7130

Wenn ein Mädchen 6 Liebhaber hat

Ein Lustspielschlager in 4 großen Akten.

Ah! Lichtspiele
Schweidnitzer Str. 37

In erstklassiger künstlerischer Besetzung.

Ein Berliner Pflänzchen
im internationalen Sittenbild:
Carrière!
Eine Glanzrolle für Ed. v. Winterstein.

Aus dem Inhalt:
Die Liebschaften d. Geigers — Atelier-Geheimnisse — Aus einem Absteigequartier — Russische Liebessitten — Nach San Francisco verkauft.

Bef! Lichtspiele
Heinrichstraße 21-23

Henny Porten

Im Doppel Riesen-Programm
in Gerhart Hauptmanns Meisterwerk
7131
Ein schlesisches Sittenbild mit Original-Dialekt in 6 Akten.

Rose Bernd

6 Akte vornehm. dram. Kunst
Emil Jannings
Werner Krauss

Im Beiprogramm:
Geheime Nächte der Berliner Lebewelt
Ein Großstadtsittenbild der modernen Zeit.
Das neue Paradies
Ein Liebesrausch in 5 Akten.

Letzte Vorstell.: Beg. 1/2 9 Uhr.
Besuchen Sie wegen des großen Andrangs die
Nachmittag-Vorstellung

Fledermaus-Lichtspiele
Dresdner Stadtgraben 21

Zweite Woche Zweite
Täglich stärkerer Andrang täglich!
Ständig ausverkauft

Mündlichen u. telephonischen Massenanfragen wegen Verlängerung des Films entsprechend und um den großen Andrang zu bewältigen:
Verlängert
Unwiderruflich nur noch bis Montag:
Das gewaltigste Filmwerk der Gegenwart! 7128

Der Gefangene

(Sklaven des 20. Jahrhunderts)
Eine Dichtung von **Paul Oskar Höcker** nach glaubwürdigen Erzählungen und Aufzeichnungen aus Kriegsgefangenschaft heimgekehrter Deutscher.
1 Vorspiel und 6 Akte.

Inhalt:
Das einzige Ringen zu der Westfront. Weltkrieg 1914/18. Herbst- u. Winterschlacht in der Champagne. Schlacht bei Arras u. Lorette. Nachgeschichte bei Verdun. Höhe 304. Toter Mann. Offensive Sommerschlacht. Artillerieschlachten. Flandernschlacht. Infanterieschlacht. Heiße Kämpfe mit schw. Franzosen. Tranchéekämpfer. Tank- u. Bombengeschwader. Handgranaten u. Minenwerferkämpfe. Die Flammenwerfer erhalten. Großkampftage.

Hauptrollen:
Reinhold Schünzel : Harry Liedtke

Kriegsteilnehmer
Kriegsgefangene, Kriegsverletzte, Front- und Heimatsoldaten bringt Eure Frauen, Bräute, Töchter und Söhne mit. Bruder Eure Schwestern.
Alle müssen kommen!
Jeder Deutsche muß den Film sehen!
Täglich 3, 4½, 6, 7½, 9 Uhr.
Vorzeiger von Legitimationskarten (Kriegsgefangene, Kriegsverletzte) erhalten z. 1. Vorstellung Ermäßigung.
Verstärktes Orchester: Linke.
Sonntag, vormittag 11 Uhr pünktlich:
Sonder-Vorstellung
für Mitglieder der Reichsvereinigung ehemal. Kriegsgefangener und deren Angehörigen. Halbe Preise! Einlaß 10 Uhr.

Eden-Theater
Nikolaistraße 27

Nur noch bis Montag

Der Bankräuber von Pittsburg

Kolossaler Sensationsfilm in 7 Akten
7134 Atemraubende Spannung!
Der schwarze Zeuge
Amerikan. Sensationsfilm in 6 Akten
Eine Handlung von ungeheurer Wucht!

Lichtspiel-Haus
Junkernstr. 38
zwischen Schweidnitzer Straße u. Christophoriplatz

Täglich 4 Uhr
Sonntags 3 Uhr
2 Erstaufführungen

1. Der echte Großstadt-Sittenfilm
Der Roman eines Büromädels

Die Sünde der Adrienne Bernard
Die Liebesbeichte einer Siebzehnjährigen
5 Akte mit
Hanni Weisse — Grete Weixler
7135
2. Meisterdetektiv Joë Jenkins
Der Fürst von Piccadilly
Entlarvung eines berüchtigten Erpressers in 5 gewalt. Akten

E. S. S.
Matthiasstraße 38 u. Moltkestraße 9

Beginn
Wochentags 4½ Uhr,
Sonntags 3 Uhr.

Der gr. Sensations-Abenteurer-Sportfilm
mit
Otto Flint der Meisterschaftsboxer von Deutschland
und **Henry Bender** als der
Weltkonzern-Schieber
in dem Film
Jim Corvey ist tot 5 Akte

Dazu: Ein Sittenbild aus heutiger Zeit
Die Frau mit schlechter Vergangenheit
5 Akte
Außerdem:
Eine himmlische Geschichte
Lustspiel 3134

Harry Piel-Woche

ZEPTER-KINO Kleiner Str. 47
½5, ½7, ½9 Uhr.

Harry Piel:
Der Reiter ohne Kopf
12 Akte.
Die Monica
1. Teil: Die
Todesfalle
6 Akte.
Montag-Dienstag
2. Teil:
Die Geisterstadt
6 Akte

Sonntag 3 Uhr: Kinder-Vorstellung.

In allen 3 Theatern: Der schärfste Sensationsfilm

NOBODY

in 52 Abenteuern
aus aller Welt, mit Preisaufgaben in Höhe von
760 000 Mk., die das Publikum gewinnt!
In der Hauptrolle der weltberühmte deutsche Artist: **Sylvester Schäffer**
Jede Woche ein neues Abenteuer.

★ Stern-Kino ★
Ecke Salzstraße

Heute Eröffnung!!
4½ Uhr nachmittags.
Erst-Aufführung für das Oderthor!
Der aufsehenerregende, orig.-amerikanische Raubtier-Sensationsfilm

Die Abenteuer der schönen Kathlyn

4463
5 Teile — 27 Akte. Heute 1. und 2. Teil:
Der Kriegsläufer v. Allaha
Im Tempel der Löwen
Sonntag 2 Uhr Kindervorstellung.

Kronprinz-Lichtspiele
Gartenstraße Ecke Agnesschule.

Harry Piel's Meisterwerk
Die große Wette
Detektivdrama in 4 Akten. 4393
— Als Beiprogramm: —
Fesseln der Lüge
Soziales Drama in 6 Akten.
Varietéschau! Ab 1. Oktober der beliebte und bekannte sächsische Humorist **Kindermann.**

Achtung! Achtung!
Reklame-Verkauf guter Schuhwaren
zu billigen Preisen
Sobald nicht wiederkehrende Gelegenheit!

	Nur Freitag, 30. 9. 21	Sonnabend, 1. 10. 21	Montag, 3. 10. 21
Schwarze Kernleder-Schnür-Stiefel	Rand genäht, 250, 225, 200, 190,		185 Mk.
„ Kernleder-Halbschuh	zeitgemäße Fassung, 225, 225, 190, 150,		135 „
„ „ Boxcalf-Lasting-Schuhe	durchweg 115,		125 „
Braune Kernleder-Lasting-Schuhe	mit Form 37,38,39,40, 85, 90, 110, 120, 130,		140 „

Arbeitsschuhe, Sandalen, Hausschuhe billig
719 Alles garantiert echtes, gutes Leder
Schuhmaßgeschäft, Graben 5, am Telegraphenamt.

Für jeden Schuh

4256
ob derb, ob fein
wird „Rotfrosch"-Pasta richtig sein
Erdal
pflegt die Schuhe, schont das Leder
Alleinhersteller Werner & Mertz A.-G. Mainz.
„Der wahre Jakob" Heft 30 Pfg.

Gewaschen mit
Dixin

Henkel & Co. Düsseldorf